PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 50 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 27.Mai 1975,fertiggestellt.

29. Mai 1975 Jg. 3 Nr. 21 50 Pfennig

Arbeiter- und Bauern-Komitees in Portugal !

Die aus 240 Soldaten und Offizieren bestehende Generalversammlung der Bewegung der Streitkräfte (MFA) hat in Lissabon in der Nacht vom Montag zum Dienstag beschlossen, Arbeiter- und Bauernkomitees zu schaffen, um eine engere Verbindung zwischen den arbeitenden Volksmassen und der MFA herzustellen.

Der Aufbau von Arbeiter- und Soldatenräten, denen dann auch die Armee untergeordnet wäre, fand keine Mehrheit.

Gleichzeitig beschloß die MFA, die Existenz verschiedener politischer Parteien nicht einzuschränken, aber ihre Funktionen bei der Ausübung der Regierungsgewalt zu beschneiden und diese unmittelbarer auf die Volksmassen selbst zu stützen.

In einer ersten Äußerung hat der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Soares, jeden Versuch zurückgewiesen, die Volksmassen unmittelbar an die Ausübung der Regierungsgewalt heranzuführen und das Gewicht der Parteien dabei zu vermindern.

Der NATO-Oberkommandierende, US-General Haig, hat in einer Rede zur Entwicklung in Portugal Stellung genommen und erklärt, man müsse jetzt in Portugal die Gemäßigten unterstützen, "hinter denen 90 Prozent der Bevölkerung" stünden. Offenbar wird mit solchen Erklärungen an einer Rechtfertigung gearbeitet, um notfalls im Namen der "gemäßigten 90 Prozent" intervenieren zu können.

Der Beschluß der Bewegung der Streitkräfte bedeutet, daß ein halber Schritt weiter auf das Volk zu gemacht worden ist und dessen Klassenkämpfe neue Möglichkeiten finden werden, sich zu entfalten, weil neue Schichten ins politische Leben aktiv einbezogen werden. Die MFA macht solche Schritte konsequenter als das die großen politischen Parteien tun, die sich auf die Arbeiterklasse berufen. Die revisionistische Kommunistische Partei Cunhals und die Sozialistische Partei von Mario Soares setzen jeweils auf die Verbindung zu einer imperialistischen Macht. Die Kommunistische Partei Portugals (PCP) auf die sozialimperialistische Sowjetunion, die Sozialistische Partei auf das imperialistische Westeuropa. Die MFA ist entschiedener auf die Unabhängigkeit des Landes bedacht. Sie kann darum gar nicht anders, als sich auf das Volk zu stützen und damit dem Volk Entfaltungsmöglichkeiten beim Kampf für seine Interessen zu öffnen.

Der Kampf der portugiesischen Arbeiterklasse und des Volkes kann von der Arbeiterklasse in Westdeutschland vor allem dadurch unterstützt werden, daß sie allen imperialistischen Versuchen der Einmischung entgegentritt.

–W.M.–

Ausführlicher Artikel
Die Klassenkämpfe in Portugal
auf Seite 14



Die Arbeiter bei SEL in Dortmund im Streik gegen Entlassungen Seite 5



Genosse Sithole kommt in die Bundesrepublik

formen und nach Verbesserung der Lage des afrikanischen Volkes in einem System, das von Grund auf ungerecht ist; ihre neue Linie gründet sich auf die genaue Analyse der Lage des afrikanischen Volkes in Zimbabwe – seiner Lage unter der Herrschaft der imperialistischen und kolonialistischen Mächte in ganz Afrika,

koloniale Beherrschung Zimbabwes durch die Imperialisten zu sichern. Das Feuer des bewaffneten Kampfes der ZANU sollte zertreten und eine Kompromißlösung erzwungen werden, die einigen afrikanischen Bourgeois die Teilnahme an einer vom Imperialismus beherrschten Regierung ermöglicht, aber die weitere Ausbeu-

Existenz verschiedener politischer Parteien nicht einzuschränken, aber ihre Funktionen bei der Ausübung der Regierungsgewalt zu beschneiden und diese unmittelbarer auf die Volksmassen selbst zu stützen.

In einer ersten Äußerung hat der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Soares, jeden Versuch zurückgewiesen, die Volksmassen unmittelbar an die Ausübung der Regierungsgewalt heranzuführen und das Gewicht der Parteien dabei zu vermindern.

Der NATO-Oberkommandierende, US-General Haig, hat in einer Rede zur Entwicklung in Portugal Stellung genommen und erklärt, man müsse jetzt in Portugal die Gemäßigten unterstützen, "hinter denen 90 Prozent der Bevölkerung" stünden. Offenbar wird mit solchen Erklärungen an einer Rechtfertigung gearbeitet, um notfalls im Namen der "gemäßigten

imperialistischen Macht. Die Kommunistische Partei Portugals (PCP) auf die sozialimperialistische Sowjetunion, die Sozialistische Partei auf das imperialistische Westeuropa. Die MFA ist entschiedener auf die Unabhängigkeit des Landes bedacht. Sie kann darum gar nicht anders, als sich auf das Volk zu stützen und damit dem Volk Entfaltungsmöglichkeiten beim Kampf für seine Interessen zu öffnen.

Der Kampf der portugiesischen Arbeiterklasse und des Volkes kann von der Arbeiterklasse in Westdeutschland vor allem dadurch unterstützt werden, daß sie allen imperialistischen Versuchen der Einmischung entgegentritt.

–W.M.–

Ausführlicher Artikel
Die Klassenkämpfe in Portugal
auf Seite 14

Röhm: Kurzarbeit und Entlassungen Seite 5
ÖTV-Ausschlußantrag gegen SPD-Mitglied Seite 6

Genosse Sithole kommt in die Bundesrepublik



Auf Vereinbarung zwischen Rex Chiwara, Vertreter der ZANU für Westeuropa, und dem Zentralen Komitee des KBW wird der Genosse Ndabaningi Sithole, Präsident der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) und Mitglied des Exekutivkomitees des erweiterten ANC (Afrikanischer Nationalkongreß), vom 11. bis 14. Juni eine Rundreise durch die Bundesrepublik durchführen.

Präsident Sithole wird auf Veranstaltungen sprechen am:
11. Juni in Heidelberg,
12. Juni in München,
13. Juni in Westberlin und am
14. Juni in Köln.

Für die antiimperialistische Bewegung in Westdeutschland und West berlin ist dies eine große Anerkennung und Ehre, ein Ansporn, die Unterstützung für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe weiter zu verstärken. Das Zentrale Komitee des KBW ruft alle fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik und in Westberlin auf, zum Erfolg der Rundreise des Genossen Sithole beizutragen.

Sithole ist Präsident der ZANU seit ihrer Gründung am 8. August 1963. Sie war die Konsequenz aus der langen Erfahrung kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung und den fruchtlosen Versuchen des Volkes von Zimbabwe, über Reformen und durch friedliche politische Aktionen die Gleichberechtigung mit den weißen Kolonialisten zu erlangen. Immer, wenn eine Organisation den Wünschen der afrikanischen Mehrheit (6 Millionen gegenüber 230.000 weißen Siedlern) Ausdruck verlieh, wurde sie verboten und ihre Führer ins Gefängnis geworfen. So geschah es dem ANC, der darauf gebildeten NDP (Nationaldemokratische Partei) und der ZAPU (Afrikanische Volkseinheit von Zimbabwe).

In dieser Situation gründete ein Teil der alten ZAPU-Führung mit Sithole die ZANU. Sie zog die Konsequenz aus den bisherigen Erfahrungen des Volkes von Zimbabwe, daß die Gewaltherrschaft der Kolonialisten und Imperialisten nur durch die revolutionäre Gewalt der Volksmassen zu beseitigen ist.

"Sie strebt nicht mehr nach Re-

formen und nach Verbesserung der Lage des afrikanischen Volkes in einem System, das von Grund auf ungerecht ist; ihre neue Linie gründet sich auf die genaue Analyse der Lage des afrikanischen Volkes in Zimbabwe – seiner Lage unter der Herrschaft der imperialistischen und kolonialistischen Mächte in ganz Afrika,

in Zimbabwe und in der ganzen Welt. Diese Analyse zeigte den Führern der ZANU eindeutig die Notwendigkeit einer neuen politischen Ausrichtung: nicht Verbesserung innerhalb des Kolonialregimes, sondern bewaffneter Widerstand. Dies bedeutet eine tiefgreifende Umwälzung der gesamten Vorstellungen von der Gesellschaft in Zimbabwe. Wir erkannten, daß wir nicht unterdrückt und ausgebeutet werden, nur weil wir schwarz sind, und daß die Weißen nicht die Ausbeuter sind, weil sie weiß sind, sondern daß wir unter einem internationalen System der Ausbeutung und Unterdrückung stehen: dem internationalen Kapitalismus und Imperialismus, dessen Macht hinter dem kleinen Regime von weißen Siedlern in unserem Land steht. Die ZANU entwickelte sich seither zu einer neuen Kraft in Zimbabwe, die eine völlige Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse anstrebt ..." (Der ermordete Genosse Chitepo in einem KVZ-Interview vom 16. Oktober)

Als deutlich wurde, daß die weißen Siedler ihre einseitige Unabhängigkeit von Großbritannien erklären würden, richtete die ZANU im April 1964 ihren ersten "Aufruf an alle Afrikaner in Zimbabwe", jede mögliche Waffe zu ergreifen und sich im ganzen Land zu erheben. Die Kolonialisten erhofften sich durch die Unabhängigkeitserklärung von Rhodesien die Kolonialherrschaft über die afrikanische Bevölkerung verewigen zu können.

Sithole wurde als Präsident der ZANU 1964 von Smith wegen des Aufrufs zu den breit erfolgten Volksaufständen ins Gefängnis geworfen. Aber kein Terror, keine Folter, nicht die Zerstörung ganzer Dörfer, das Abschlachten des Viehs und keine Zwangsumsiedlung ganzer Stämme können das Volk von Zimbabwe unter Führung der ZANU vom einmal eingeschlagenen Weg abbringen. Und zehn Jahre später nach einer erfolgreichen Offensive der ZANU seit 1972 sieht sich das Smith-Regime zum Einlenken gezwungen. Den Imperialisten ist klar, daß nach der Unabhängigkeit von Mozambique die Stunde des rhodesischen Kolonialregimes geschlagen hat. Unter der Regie von Vorster, Präsident des südafrikanischen Kolonialistenregimes, inszenieren sie einen Entspannungsschwindel, um wenigstens eine neo-

koloniale Beherrschung Zimbabwes durch die Imperialisten zu sichern. Das Feuer des bewaffneten Kampfes der ZANU sollte zertreten und eine Kompromißlösung erzwungen werden, die einigen afrikanischen Bourgeois die Teilnahme an einer vom Imperialismus beherrschten Regierung ermöglicht, aber die weitere Ausbeu-

tung und Unterdrückung des Volkes von Zimbabwe sichert.

Um die Verhandlungen mit der ZANU und anderen politischen Organisationen Zimbabwes führen zu können, mußte Smith Sithole und weitere afrikanische politische Führer im November 1974 freilassen. Aber die Rechnung der Imperialisten ging nicht auf: Beim Zusammenschluß der ZANU mit den anderen politischen Organisationen, ZAPU, FROLIZI und ANC, die den bewaffneten Kampf nicht führen oder ihn bisher überhaupt ablehnten, setzten Sithole und die ZANU als gemeinsame Plattform für die Vereinigung in einem erweiterten ANC durch, daß keine Verhandlungslösung akzeptiert wird, die nicht die Übergabe der Macht an die Mehrheit unmittelbar, ohne Übergangsbeteiligung an einer Kolonialregierung, zur Grundlage hat. Solange Smith nicht bereit ist, die Macht an die afrikanische Mehrheit abzutreten, wird der bewaffnete Kampf weitergeführt werden.

Da Sithole die Bewegungsfreiheit in Rhodesien nutzte, um den Volksmassen den Standpunkt der ZANU klarzumachen, und die breiteste Unterstützung der Massen fand, wurde er von Smith erneut gefangengesetzt. Da weder durch die Ermordung des Generalsekretärs Chitepo noch durch die Festnahme der gesamten äußeren Führung in Zambia und die verstärkte Verfolgung von ZANU-Anhängern der Einfluß der ZANU zerstört werden konnte, mußte Smith Sithole erneut freilassen, wollte er den Verhandlungsschwindel nicht von sich aus platzen lassen.

Sithole ist seither nicht nach Rhodesien zurückgekehrt. **"Es ist sinnlos, weiter mit dem weißen Regime zu verhandeln. ... Nach dem, was Smith gesagt hat** (in einer Fernsehrede im britischen Fernsehen am 5. Mai) **gibt es für mich keine Zweifel mehr, daß es keinen Grund gibt, zu glauben, daß es notwendig ist, mit ihm zu reden Ich war stets der Ansicht, daß Smith nicht daran interessiert ist, das Problem zu lösen. ... Der bewaffnete Kampf muß deshalb fortgesetzt und verstärkt werden."** (The Guardian vom 6. Mai)

Bei diesem schwierigen, aber allein erfolgversprechenden Weg wird die internationale Solidarität eine wichtige Unterstützung sein. Diese zu stärken, ist das Ziel der Rundreise des Genossen Sithole.

Im Kampf um Hegemonie: USA fordern Stärkung der NATO

Am 29. und 30. Mai findet in Brüssel die Gipfelkonferenz der Ministerpräsidenten der NATO-Mitgliedstaaten statt. Diese Konferenz kommt auf Initiative der USA zustande. Noch ehe die Niederlage der USA in Vietnam, Laos und Kambodscha endgültig besiegelt gewesen ist, hat Präsident Ford diese Konferenz angeregt.

Diese Konferenz beweist erneut, daß sich der US-Imperialismus in seinem Hegemoniestreben ganz ebenso wie die andere Supermacht auf Europa konzentriert. Vorausgegangen ist diesem Gipfeltreffen eine Tagung des CENTO-Paktes in der Türkei, ein Blitzbesuch Kissingers in Westdeutschland und Westberlin und eine Außenministerkonferenz der NATO-Staaten in Brüssel. Unmittelbar davor findet eine OECD-Konferenz zu "Energiefragen" statt, an der Kissinger teilnimmt. Behandelt werden auf der Gipfelkonferenz die wichtigsten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Fragen des imperialistischen NATO-Bündnisses.

Hierbei geht es um die Verschärfung des Wettrüstens mit dem anderen imperialistischen Bündnissystem, dem Warschauer Pakt unter Führung der sozialimperialistischen Sowjetunion, um die Verschärfung des Drucks auf die Staaten der Dritten Welt, insbesondere auf die Erdölförderländer, um die Verschärfung der Einmischung in die inneren Verhältnisse einzelner NATO-Länder und die Stärkung und Sicherung der imperialistischen Positionen in der Welt als Flankenschutz im Ringen um Europa.

Welche Bedeutung die USA Europa im Kampf um die Weltherrschaft geben, erkennt man schon daran, daß die USA laut Aussage des US-Heeresministers allein in der Bundesrepublik Deutschland ein Drittel ihrer aktiven Truppen unterhalten und seit ihrem offiziellen Abzug aus Vietnam ständig bestrebt sind, die Kampfstärke dieser Truppen zu erhöhen, sei es durch Erhöhung der Gesamtzahl der Truppen, sei es durch Verbesserung des Verhältnisses der Kampftruppen zu den Versorgungstruppen (Wehrkunde Nr. 3/75, Seite 116)

Unter Führung der USA und ihrem Druck strebt die NATO gegenwärtig an, ihre militärische Ausrüstung zu standardisieren und zu rationalisieren. Das wird im Effekt auf eine weitere Stärkung der Vorherrschaft der USA innerhalb des NATO-Bündnisses hinauslaufen und gleichzeitig den relativen Einfluß der Bundesrepublik Deutschland als stärkster Wirtschaftsmacht Westeuropas und zuverlässigstem Bündnispartner der USA stärken. Hierbei wird es der

Fortsetzung und
Artikel zum Warschauer
Pakt Seite 8

20 000 gegen Kernkraftwerk



Fessenheim. Ca. 20 000 Menschen waren am Sonntag, 25. Mai, nach Fessenheim im Elsaß gekommen, um gegen die geplante Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes im Herbst zu protestieren.

Diese erneute große Kundgebung zeigt, daß der Widerstand gegen den Bau von Kernkraftwerken sich verbreitert. Aufgerufen hatte das internationale Komitee des oberen Rheintales.

Der französische Staatsapparat hatte sich gut vorbereitet. Mit allen Mitteln mußte verhindert werden, daß nach Kaisersaugst und Wyhl auch Fessenheim besetzt würde. An den Grenzübergängen wurden Autos mit Emmendinger und Freiburger Kennzeichen durchsucht. Das Baugelände war hermetisch abgeriegelt. Ein ca. 3 m hohes Eisengitter umgibt den Bauplatz. An der Innenseite des Zaunes fahren alle paar Minuten Jeeps und Polizeifahrzeuge Patrouille. Ab und zu sieht man Panzerfahrzeuge. Immer wieder kreist ein Polizeihubschrauber in der Luft. Die empörten Menschen haben ihrer Wut durch Zettel am Zaun Luft verschafft. "Fessenheimer Zoo" und "Füttern verboten", kann man lesen.

Bei einem kleinen Zwischenfall wird die Stärke des Polizeiaufgebotes deutlich. Französische Anarchisten und Spontaneisten werfen Steine und ein paar Molotows auf die Strasse, die ins Innere des Zentrums führt. Schlagartig stürmt eine Hundertschaft vor, bewaffnet mit Gewehren und aufgesteckten Gasgranaten. Dutzende Polizeifahrzeuge riegeln die Strasse ab. Im umliegenden Wald steht auf einmal eine lebendige Mauer von Polizisten. Jedem muß klar werden, daß an eine Besetzung in dieser Situation nicht zu denken ist. Die bürgerlichen Zeitungsfritzen frohlocken jetzt über diese Machtdemonstration des französischen Staates. In der 'Badischen Zeitung' heißt es am Montag: "Da ist die französische Gendarmerie von anderem Holz."

Daß der Bauplatz derart abgesichert wurde (ca. 2 000 Militärs und Polizei) liegt daran, daß eine Besetzung den weiteren Bau von Kernkraftwerken ernsthaft in Frage gestellt hätte. Das Kernkraftwerk in Fessenheim steht kurz vor seiner Vollendung und die Inbetriebnahme muß mit allen Mitteln durchgesetzt werden, notfalls auch mit Militär. Aber, wie viele Menschen während der Kundgebung meinten: "Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen." Der Widerstand wird weitergehen und wachsen.

–Di., Ortsaufbaugruppe Emmendingen–

Zum Tod des türkischen Kindes in der Spree

Heuchelei auf beiden Seiten

"Einhellige Empörung" der gesamten bürgerlichen Presse, die Bundesregierung ist *"erschüttert"*, Schütz *"verurteilt auf das entschiedenste die Unmenschlichkeit, aus der heraus politischen Bedenken der Vorzug vor der Rettung von Menschenleben gegeben wird"*.

Ein Kind war beim Spielen am Spree-Ufer nahe der Oberbaumbrücke in Kreuzberg ins Wasser gefallen und ertrunken. Das ist das vierte Kind, das an dieser Stelle ums Leben kam. Die Spree gehört an dieser Stelle in voller Breite zur DDR. Weil die DDR-Grenzbehörden der Westberliner Feuerwehr den Einsatz in ihren Grenzgewässern verweigerte, wird behauptet, sie seien schuld am Ertrinken des Kindes.

Wie war es wirklich?

An der Stelle der Spree, an der das Unglück passierte, ist die Uferböschung sehr steil. Das Ufer selbst ist vollständig ungesichert. Obwohl bekannt ist, daß hier oft Kinder spielen, und trotz mehrerer tödlicher Unfälle hatte sich das Kreuzberger Bezirksamt bisher geweigert, die Stelle abzusichern. Begründung: *"Hohe Zäune sollen nicht errichtet werden, um Flüchtlingen nicht den Weg in die Freiheit zu versperren."* (Morgenpost) Die Feuerwehr traf eine Viertelstunde, nachdem das Kind ins Wasser gefallen war, am Unfallort ein. Die Feuerwehrtaucher, die einzigen, die das Kind überhaupt hätten herausholen können, trafen sogar erst nach 29 Minuten ein. Es ist also gelogen, wenn behauptet wird, das Kind sei ertrunken, weil die DDR-Behörden der Feuerwehr den Einsatz verwehrt haben. Das Boot der DDR-Grenzschutzpolizei, von dem aus das Kind dann gesucht und tot geborgen wurde, war sogar eher am Unfallort als die Feuerwehr. Senatssprecher Struve mußte selbst zugeben, *"nach seiner Auffassung habe auch für die Westberliner Feuerwehr keine Möglichkeit bestanden, das Kind noch lebend zu bergen"*. (Morgenpost)

Nicht auf eine zeitliche Verzögerung, sondern auf die ungesicherte Böschung ist also der Tod des Kindes zurückzuführen. Die Westberliner Behörden selbst sind verantwortlich für den Tod des Kindes. Statt Flüchtlingen den Weg in die "Freiheit", haben sie schon vier Kindern den Weg in den Tod gebahnt.

aus: Ortsbeilage der KVZ, Westberlin

RAF - Prozeß vertagt

Der Prozeß gegen die RAF ist inzwischen vom 30. Mai weiter auf den 5. Juni verschoben worden. Der Grund dafür ist, daß das Gericht mit dem Ausschluß der Verteidiger nicht klar kommt. Denn der Abbau der Rechte der Verteidigung für Angeklagte und ihre Rechtsanwälte soll nicht willkürlich erscheinen, sondern seine Ordnung haben.

Mit dem Vorwurf der Unterstützung einer "kriminellen Vereinigung" waren alle drei Wahlverteidiger von Andreas Baader von der Verteidigung ausgeschlossen worden. Diese Möglichkeit, die nun durch Gesetz für alle politischen Prozesse gilt, war vom Bundestag zusammen mit einer weiteren Gesetzesänderung beschlossen worden. Diese untersagt, daß ein Verteidiger mehrere Angeklagte gleichzeitig verteidigen darf. Durch dies weitere Gesetz soll eine gemeinsame Verteidigung behindert werden.

Demzufolge kann aber ein Verteidiger auch nur für die Verteidigung des einen Angeklagten ausgeschlossen werden, den er verteidigt. Die von der Verteidigung Baaders ausgeschlossenen Anwälte haben nun erklärt, daß sie je einen der, anderen Angeklagten verteidigen werden. Nun basteln Richter, Justizminister und zuletzt der Bundestag an einer Regelung, die es erlaubt, Verteidiger von der Verteidigung aller Angeklagten auszuschließen, während zugleich überhaupt nur die Verteidigung einzelner Angeklagter erlaubt ist.

Wie immer sie das Recht biegen werden, es wird am Ende ein ordentliches Gesetz sein. Der Justizapparat soll wie geschmiert laufen, um für seine große Aufgabe ein für alle Mal gerüstet zu sein: die herrschende Klasse und ihre staatliche Ordnung zu verteidigen.

In einem politischen Prozeß soll deshalb die einzig mögliche Verteidigung, der Angriff auf die bestehende kapitalistische Ordnung, unterbunden werden. Wie das geschehen soll, kann man an der Einrichtung der Pflichtverteidiger sehen, die den Angeklagten gegen ihren Willen zugewiesen werden, also Zwangsverteidiger sind. Was ihre Aufgabe ist, sieht man schon an der Sitzordnung. Die "Zwangsverteidiger" sitzen vor der Bank der Staatsanwaltschaft, als Gehilfen der staatlichen Anklage.

b.

einen Angeklagten ausgeschlossen werden, den er verteidigt. Die von der Verteidigung Baaders ausgeschlossenen Anwälte haben nun erklärt, daß sie je einen der, anderen Ange-
schon an der Sitzordnung. Die "Zwangsverteidiger" sitzen vor der Bank der Staatsanwaltschaft, als Gehilfen der staatlichen Anklage.
b.

Israelischer Überfall im Südlibanon gescheitert

Ein Überfallkommando der israelischen Armee ist im Südlibanon erstmals auf heftigen Widerstand der libanesischen Armee gestoßen. Die israelische Armee setzte größere Einheiten und die Luftwaffe ein, um ihre in den Libanon eingedrungene Truppe zu unterstützen. Über diesen Vorfall wurde bekannt: *"Die israelischen Truppenkommandanten genießen im Grenzraum eine außerordentliche Bewegungsfreiheit und dürfen bis auf eine Tiefe von drei Kilometern in libanesischem Gebiet operieren, ohne daß die politische Führung ihr Einverständnis geben muß."* (Neue Zürcher Zeitung, 26. Mai)

Rhodesische Kolonialisten aus dem Internationalen Olympischen Komitee ausgeschlossen

Mit 41 zu 26 Stimmen faßte am Donnerstag das Internationale Olympische Komitee (IOC) den Beschluß, das von den rhodesischen Kolonialisten unterhaltene Nationale Olympische Komitee Rhodesiens auszustoßen. Der Antrag war von Nationalen Olympischen Komitees aus 19 afrikanischen Staaten gestellt worden. Eine Untersuchungskommission des IOC hatte in einem ausführlichen Bericht die rassische Diskriminierung der schwarzen Mehrheit durch die weißen Kolonialisten dokumentiert.

Bolivien strengt Prozeß gegen Gulf Oil an

Die bolivianische Regierung hat den Vertreter des amerikanischen Ölkonzerns Gulf Oil, Dorado Chopitea, unter Hausarrest gestellt und gleichzeitig angeordnet, daß gegen das Unternehmen wegen der Zahlung hoher Bestechungsgelder an die frühere Regierung unter General Barrientos das Verfahren eröffnet werde. Der zuständige Staatsanwalt erklärte, man habe den Präsidenten der Ölgesellschaft, Bob Corsey, nach Bolivien vor Gericht geladen, wo er die Namen der Bestochenen nennen solle. Das Unternehmen hatte zugegeben, Präsident Barrientos und Mitgliedern seiner Regierung in der Zeit von 1966 bis 1969 Bestechungsgelder in Höhe von rund 460 000 Dollar gezahlt zu haben.

Größtes Exportgeschäft für westdeutsche Konzerne

Das westdeutsche Monopolkapi-

Größtes Exportgeschäft für westdeutsche Konzerne

Das westdeutsche Monopolkapital steht vor dem Abschluß des größten Exportgeschäftes seiner Geschichte. Die Bundesregierung gab ihre Zustimmung zur Lieferung von 8 Kernkraftwerken und modernen atomtechnischen Anlagen an Brasilien. Die Bundesrepublik soll im Ausland dafür für mehr als 10 Milliarden DM brasilianisches Natururan bekommen. Liefern soll die Kernkraftwerke die Kernkraftwerksunion (KWU), eine Tochterfirma des Siemens- und des AEG--Konzerns. Diese Konzerne machen jetzt das Geschäft, nachdem in den letzten Jahren die Kerntechnologie mit rund 12 Milliarden DM aus Steuergeldern gefördert worden ist. Brasilien muß bei diesem Geschäft zustimmen, sich von der internationalen Atomenergie-Kommission kontrollieren zu lassen. Bisher hatte Brasilien es abgelehnt, dem von den Supermächten ausgehandelten und kontrollierten Atom-Waffensperrvertrag beizutreten. Am 26. Mai wurde gemeldet, daß der Auftrag für zunächst zwei der Atomkraftwerke unterschriftsreif ist.

Den Reichen geht es gut in der Krise

Die "Welt" vom 23. Mai meldete:

"Trotz Flaute mehr Kaviar

Der Verbrauch an echtem Kaviar hat im vergangenen Jahr trotz nicht so guter wirtschaftlicher Entwicklung deutlich zugenommen. Auch Preiserhöhungen zwischen 10 und 15 Prozent konnten die Verbrauchszunahme um 14 Prozent auf knapp 35 Tonnen nicht aufhalten. Immerhin: Für ein 28,35 g-Glas muß man zwischen 15 und 18 DM auf den Ladentisch legen."

Offenbar trifft die "Flaute" nicht alle gleichermaßen; sondern das wachsende Elend der Arbeiterklasse ist Bedingung für den wachsenden Reichtum der besitzenden Klassen.

An Bord die CIA–Zentrale von Saigon

Spionagemission Mayaguez

An Bord die CIA–Zentrale von Saigon
Spionagemission Mayaguez

Die Mayaguez hatte die Ausrüstung der Zentrale des amerikanischen Geheimdienstes von Südostasien an Bord.

"In dem Container des Schiffes befand sich die gesamte Elektronik, befanden sich Funk- und Dechiffriergeräte sowie Geheimakten des aufgelösten CIA-Hauptquartiers in Saigon und einer nördlich von Saigon gelegenen CIA-Außenstelle." Das enthüllte der "Stern" in seiner Ausgabe vom 22. Mai 1975.

Die US-Imperialisten hätten unter allen Umständen die Mayaguez zurückerobern müssen, um zu verhindern, daß die CIA-Ausrüstung und das Material den Kambodschanern in die Hände fiel. Für den Notfall haben sie während der Zeit, die die Maya guez von den Kambodschanern festgehalten wurde, von Tauchern Haftminen an das Schiff angebracht, damit es beim Scheitern der Militäraktion hätte in die Luft gesprengt werden können.

Die Mayaguez befand sich auf der Fahrt von Hongkong nach Bangkok, der thailändischen Hauptstadt. Dorthin sollte die CIA-Zentrale für Südostasien verlegt werden. Zuvor war die Ausrüstung in Saigon an Bord genommen worden.

Stellungnahmen, die den "Stern"-Bericht bestätigen

Der "Stern"-Bericht wurde von einem Vertreter der Reederei, den "Sea Land Services" dementiert: *"An Bord befand sich kein Spionagematerial des CIA."* Wer sind die "Sea Land Services"? Die französische Zeitung "Le Monde" schreibt am 24. Mai: *"Die 'Sea Land Services" soll verschiedentlich dem CIA als Tarnfirma gedient haben."* Die Zeitung stützt sich dabei auf englische und amerikanische Quellen.

Indirekt wird dieser Hinweis durch den stellvertretenden Schiffsingenieur der Mayaguez bestätigt. Albert Minichiello hat in seinem und im Namen der Besatzung Klage erhoben vor einem Gericht in San Francisco gegen den Kapitän Charles Miller und die Reederei. *"Er führte zur Begründung an, Kapitän und Reederei hätten offizielle Warnungen mißachtet und die Besatzung dadurch gefährdet, daß sie sich auf das riskante Unterfangen des Passierens der Gewässer nahe der kambodschanischen Küste eingelassen hätten."* (Süddeutsche Zeitung vom 27. Mai)

Der "Stern"-Artikel schließlich hat zu einer Kontroverse zwischen dem amerikanischen Regierungssprecher und dem Chef des CIA, Colby, geführt. Wie die "New York Times" berichtete, gab der Sprecher des Weißen Hauses zu, *"daß die Mayaguez 'gewisse Regierungsdokumente' nach Hongkong mitgenommen habe, die aus der Botschaft der Vereinigten Staaten in Saigon stammten"* (Le Monde, 27.5.)

Die CIA-Verlegung nach Thailand wird scheitern

Ist mit all diesen Artikeln und Hinweisen in der bürgerlichen Presse nicht auf die vollkommenste Weise die Feststellung der kambodschanischen Regierung bestätigt, daß die Mayaguez in feindlicher Absicht in die kambodschanischen Hoheitsgewässer eindrang, um einen Spionageauftrag auszuführen? (vgl. letzte KVZ)

Der kambodschanischen Regierung und dem revolutionären Volk von Kambodscha entgehen die Bewegungen der US-Imperialisten nicht. Sie haben nicht nur die Aggression zurückgeschlagen. Sie haben auch den Plan des CIA aufgedeckt, seine Zentrale nach Thailand zu verlegen. Nachdem dieser Plan einmal aufgedeckt ist, wird er unausführbar, denn die thailändische Regierung hat dazu ihr Einverständnis nicht gegeben.

–g.j.–

2 Bemerkungen zur Zeitung „Arbeiterkampf"

Der "Arbeiterkampf" hat 48 Seiten. Einen beträchtlichen Teil dieser Seiten widmet er "Problemen des ML". Hier und an anderer Stelle breitet er soviel Unsinn aus, daß es vollständig unmöglich ist, all diesen Unsinn zu widerlegen in einer Zeitung wie der Kommunistischen Volkszeitung. Weil wir nicht auf jeden Unsinn eingehen, beklagt sich der "Arbeiterkampf". Auf zweierlei wollen wir deshalb eingehen.

Wir haben in KVZ Nr. 18/75 gezeigt, daß der "Arbeiterkampf" im Kampf gegen die Militarisierung der Gesellschaft durch den bürgerlichen Staat eine pazifistische Linie vertritt. Wir hatten ein langes Zitat von Lenin gegen diese Linie angeführt. Mit einem Satz aus diesem Zitat will der "Arbeiterkampf" in seiner Nr. 61 die Sache vom Tisch kriegen: **"Wir 'unterstützen' diese Entwicklung nicht, wir 'fordern' so etwas nicht, wir kämpfen dagegen."** Na also, sagt der Arbeiterkampf. Lenin fährt jedoch fort: **"Aber wie kämpfen wir?"** Genau darum geht es. Hierbei gibt es zwei Linien. Die eine Linie ist die pazifistische Linie der Entwaffnung und die andere Linie ist die revolutionäre Linie der Volksbewaffnung und der Zerschlagung der bürgerlichen Armee als Teil des bürgerlichen Staatsapparates. Der "Arbeiterkampf" verbreitet die erste Linie. Das ist enthüllt worden. Jetzt versucht er sich hinter einer Nebelwand zu verstecken.

Zweitens: In der KVZ wurde auf neun Stützpunkte der Sowjetunion hingewiesen im Indischen Ozean. Der "Arbeiterkampf" behauptet, dort gebe es in Wirklichkeit keinen einzigen. Hierzu zitieren wir einen unverdächtigen Zeugen, den indischen Offizier Maharaj K. Chopra:

"In den Vereinten Nationen wurden seit 1966 mehrere Resolutionen gefaßt. Zuletzt ernannten sie 1972 einen aus 15 Mitgliedern bestehenden Ausschuß, um den Vorschlag, aus dem Indischen Ozean eine Friedenszone zu machen, zu studieren. Dieser Ausschuß erhielt den besonderen Auftrag, 'einen Tatsachenbericht über die militärische Präsenz der Großmächte unter allen Gesichtspunkten abzufassen und dabei speziell auf die im Zusammenhang mit der Rivalität der Großmächte zu verstehende Dislozierung (Auseinanderziehung, d. Red.) der Seestreitkräfte Bezug zu nehmen'. Dieser Ausschuß ernannte einen Unterausschuß von drei Experten aus Indien, dem Iran und Schweden, um die Untersuchung durchzuführen und zu berichten.

Der von diesem Unterausschuß Mitte 1974 vorgelegte Bericht erzeugte eine heftige Reaktion. Alle Großmächte sagten, sie hätten keine Stützpunkte in dieser Gegend, und die ihnen zur Verfügung stehenden Einrichtungen hätten keinerlei militärischen Zweck. Die kleinen Mächte erklärten, sie hätten keine Erlaubnis erteilt, daß auf ihren Territorien ausländische militärische Anlagen gebaut werden. Angesichts dieser Proteste wurde der Bericht zurückgegeben und eine revidierte Version herausgebracht, die alles weiß zu waschen schien: Kommentare wurden nicht gestattet, Folgerungen wurden nicht gezogen. Nachdem man die Köpfe in den Sand gesteckt hatte, war jedermann glücklich, aber das löschte die Realitäten des Spiels um die Macht im Indischen Ozean nicht aus."

Der Artikel des indischen Offiziers findet sich freilich nicht in der "Prawda", sondern in der westdeutschen Militärzeitschrift "Wehrkunde" vom Februar 1975. Also wird der "Arbeiterkampf" seine Glaubwürdigkeit bestreiten. Dann soll er die UNO-Protokolle studieren.

Die Völker am Indischen Ozean treten nicht zum Spaß gegen das Ringen der beiden Supermächte um die Beherrschung des Indischen Ozeans auf. Das aber will der "Arbeiterkampf" glauben machen.

Red.

Die Bundesregierung informiert:

Aufschwung null Prozent

Die Bundesregierung hat jetzt bekanntgegeben, daß der Aufschwung null Prozent betragen werde. Bundeswirtschaftsminister Friderichs sagte dazu: *"Die Konjunktur hält nicht, was wir von ihr erwarten."* Im September hatte die Bundesregierung noch ein Wachstum des Sozialproduktx von 3 bis 3,5 % vorausgesagt. Dann stiegen die Arbeitslosenzahlen. Im Dezember sagte Schmidt: *"Macht Schluß mit der Resignation, macht Schluß mit der Verunsicherung! Der Aufschwung kommt, wenn wir ihn alle in Gang setzen!"* Friderichs sagt den Aufschwung für's Frühjahr voraus. Die Arbeitslosenzahl steigt weiter. Vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Saarland hieß es: *"Der Aufschwung kommt! Wählt den Aufschwung!"* Inzwischen heißt es "Nullwachstum". Das Wachstum sei inzwischen bei minus 2,5 %. In der zweiten Jahreshälfte sollen es plus 2,5 % sein. Die Arbeitslosigkeit werde im Jahresdurchschnitt 900 000 betragen. Bisher aber sind noch über eine Million arbeitslos, und fast eine Million arbeitet kurz.

In einem Interview sagte Friderichs inzwischen, daß die Arbeitslosigkeit auch bei einem Aufschwung bleibe, denn sie habe ihren Grund in "Strukturveränderungen". Diese seien *"notwendig, wenn unsere Wirtschaft auch in den 80-er Jahren international wettbewerbsfähig bleiben will ... Ein solcher Prozeß ist freilich nicht von heute auf morgen abgeschlossen."* Das ist freilich richtig. Dieser "Prozeß" ist nichts anderes als der normale Gang der kapitalistischen Entwicklung, in dem Krisen notwendig sind, aus denen das große Kapital durch die Vernichtung des kleinen Kapitals rauskommt, wobei immer größere Teile der Arbeiterklasse ihre Arbeit verlieren. Dieser Prozeß kann nur abgeschlossen werden durch den Sturz der Kapitalistenherrschaft und den Aufbau des Sozialismus. Nur dadurch kommt der Aufschwung für die arbeitende Bevölkerung! b

Die Genossenschaften beuten die Kleinbauern aus

In der letzten Ausgabe der KVZ wurde beschrieben, wie die "Nordfleisch"-Genossenschaft sich an der Schröpfung von Bauern und Verbrauchern beteiligt: Sie kauft den Bauern ihr Vieh für niedrige Erzeugerpreise ab, um das Fleisch dann teuer an die Verbraucher oder an die staatlichen Vorratsstellen zu verkaufen.

Am Beispiel der "Nordfleisch" läßt sich auch gut sehen: Die meisten Bauern haben – ebenso wie die Arbeiter – keinen Einfluß auf die Genossenschaften. Denn in den Aufsichtsräten sitzen fast nur Großbauern. Dafür streben die Genossenschaften umso mehr Einfluß an über die Bauern.

"Lohnmast-Verträge" = Heimarbeit für die "Nordfleisch"

Wie andere Nahrungskonzerne hat auch die "Nordfleisch" ein Interesse daran, von den Bauern Agrarprodukte in großen Mengen zu bekommen, die von einheitlicher Qualität sind und kontinuierlich geliefert werden. Denn so kann sie ihre Maschinen und ihren Absatz besser standardisieren und planen. Das klingt auf den ersten Blick ganz vernünftig, aber wenn man näher hinschaut, sieht man schnell, daß im Kapitalismus alle Mittel zur Entwicklung der Produktion zu Lasten der Arbeitenden und zugunsten der Kapitalisten gehen. Schauen wir uns an, wie sich "Nordfleisch"-Direktor Hahlbrock die "Verbindung zwischen Vermarkter und Erzeuger" mittels der "Vertragslandwirtschaft" vorstellt:

"Das System wird darauf beruhen, daß den Mästern die Lieferung qualitativ hochwertigen Ferkelmaterials und die marktgerechte Abnahme der fertigen Schweine garantiert wird. Daß auch die Futterversorgung in ein solches System integriert wird, ist wahrscheinlich. Von Bedeutung ist in vielen Fällen die Sicherstellung der Finanzierung der Ferkel und der Futtermittel. Die Finanzierung schließt kontrollierende Beratung mit ein." (top agrar 3/74)

Das heißt im Klartext: Die Genossenschaft liefert Ferkel und genossenschaftseigenes Futter auf Kredit; die erzeugten Schweine muß der Bauer zu diktierten "marktgerechten" Preisen an die "Nordfleisch" abliefern und an keinen sonst. Der Produktionsablauf und die Wahl der Produktionsmittel werden durch "Beratung" reglementiert, weil der Bauer durch Kredite abhängig wurde. Das Produktionsrisiko bleibt beim Bauern, bei Seuchen bekommt er für die verendeten Tiere von der "Nordfleisch" keinen Pfennig. Das ist der ganze Rest von der einstigen "Selbständigkeit" des Bauern, denn die Produktionsmittel gehören ihm weitgehend nicht mehr. Das Entgelt für die Mastschweine nähert sich einem Arbeiterlohn an, der "Lohnmäster" wird praktisch zu einem Heimarbeiter der Genossenschaft! Hat er neben der Schweinemast keine anderen Betriebszweige mehr, ist er der Genossenschaft auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, denn er ist durch langfristige Verträge gebunden! In der Geflügel- und Gemüseproduktion ist diese "Vertragslandwirtschaft" schon weitverbreitet.

Das neue Genossenschaftsgesetz dient der Anpassung an den Kapitalismus

Man sieht am Beispiel der "Nordfleisch"-Genossenschaft, daß sich Genossenschaften im Kapitalismus nicht von anderen Kapitalisten unterscheiden. Um im Konkurrenzkampf bestehen zu können, müssen sie sich verhalten wie ihre kapitalistischen Konkurrenten.

Das neue Genossenschaftsgesetz erleichtert diese Anpassung an die kapitalistischen Verhältnisse: Künftig kann auf Mitgliederversammlungen das Prinzip "Ein Mann – eine Stimme" aufgehoben werden zugunsten einer Stimmenhäufung bei kapitalkräftigen Großbauern. Die großen Höfe werden zudem durch günstigere Bedingungen (geringere Haftung und höhere Gewinnausschüttung auf ihr angelegtes Kapital) dazu angeregt, mehr Geld in der Genossenschaft anzulegen. Aufsichtsrat und Vorstand können künftig der Mitgliederversammlung Auskünfte verweigern, "wenn es um überwiegende Belange der Genossenschaft geht, die auch die Konkurrenzsituation betreffen und sich schädigend für die Genossenschaft auswirken können" (Bauernblatt, 13.4.74). Im Aufsichtsrat und Vorstand sitzen aber meist Großbauern, die dort ihre Interessen verfolgen!

Das ist nur die eine Seite der Medaille. Die Kehrseite davon ist, daß jetzt Kleinbauern aus den Genossenschaften ausgeschlossen werden können. Diese sogenannte "Mitgliederselektion" ist dann möglich, wenn die Kleinbauern zuwenig Agrarprodukte an die Genossenschaft liefern, zuwenig Betriebsmittel abkaufen, genossenschaftliche Anlagen zu wenig in Anspruch nehmen oder zuwenig Anteile einzahlen können.

Die Großbauern versuchen mit der Genossenschaft, die Kleinbauern gegen die Arbeiter auszuspielen

Diese Unterordnung der kleinen Bauern unter die Interessen der großen Bauern hat die Raiffeisen-Genossenschaftsführung im Bundestag wie folgt begründet: "Ein moderner landwirtschaftlicher Großbetrieb hat kein Verständnis dafür, wenn er keinen größeren Einfluß auf die Geschicke der Genossenschaft hat als ein anderer, wesentlich kleinerer Betrieb, wo doch seine ökonomischen Belange viel stärker mit den Interessen der Genossenschaft verknüpft sind."

Dagegen müssen die Kleinbauern gegenüber den kapitalistischen Großbauern und dem kapitalistischen Staat auf dem Genossenschaftsrecht bestehen: Ein Mann – eine Stimme! Rechenschaftspflicht des Vorstands in allen Fragen! Weg mit allen Selektionsbestimmungen!

Sind die Kleinbauern erst ruiniert, dann sind sie vielleicht wieder in der Genossenschaft gern gesehen – und zwar als Lohnarbeiter! Momentan beschäftigt die "Nordfleisch" schon um die 1 000 Arbeiter. Und wie die Erzeugerpreise der kleinen Bauern bedeuten auch die Arbeiterlöhne für Direktor Hahlbrock unliebsame Kosten, die er nach Kräften zu senken sucht: Auf der letzten Mitgliederversammlung beklagte er sich über den "Verteilungskampf um Gewinne, verbunden mit Reduzierung der Arbeitsleistung durch kürzere Arbeitszeit, mehr Urlaub und mehr Krankheit" der Arbeiter.

Man sieht hieran sehr gut, daß Arbeiter und Kleinbauern sich nicht gegeneinander aufhetzen lassen dürfen Vielmehr müssen sich die Kleinbauern den Arbeitern anschließen im Kampf für den Sozialismus. –E.N.–



Über 5 000 Winzer protestierten am Samstag, den 24. Mai, auf einer Kundgebung in St. Aldegund (Kreis Cochem-Zell) gegen die Verschlechterung ihrer Lage. Sie wiesen auf die steigenden Kosten und die fallenden Preise hin. Insbesondere protestierten sie gegen die EG-Politik der Regierung, die sie ruiniert.

Der Protest der Winzer kann den Arbeitern nicht egal sein. Die Bewegung der Bauern und der Winzer richtet sich gegen Staat und Regierung, auch wenn oft noch Großbauern und -winzer den Ton angeben. Weil die Arbeiterklasse die kapitalistischen Verhältnisse nur umstürzen kann, wenn sie den kapitalistischen Staat bekämpft, kann man auch nur tiefe Sympathie empfinden, wenn man vom Kampf der Bauern und Winzer hört. Es ist ein Kampf gegen einen gemeinsamen Feind. S.

Die Aussenpolitik der VR China im Bundestag

In der NATO-Debatte im Bundestag kamen die bürgerlichen Politiker verschiedentlich auf die Außenpolitik der Volksrepublik China zu sprechen.

Zunächst stellte der Abgeordnete Jäger betrübt fest, daß revolutionäre Regierungen wie die Provisorische Revolutionsregierung Vietnams und sozialistische Staaten wie die Volksrepublik China im Kampf gegen die Aggression imperialistischer Staaten auf die Solidarität der Völker dieser Staaten selber rechnen können. Jäger, dieser imperialistische Holzkopf, versteht dies als Auswirkungen der "psychologischen Kriegsführung": *"Dabei ist der Krieg* (des US-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk) *nicht wegen eines Mangels der äußeren Macht der Vereinigten Staaten zu dem Ende gekommen, das er gefunden hat, sondern zum Teil durch eine falsche Strategie, indem man die Theorien der Professoren der Ostküste über Stufe und Pause, die man bezüglich der modernen Strategie entwickelt hatte, anwandte; aber vor allem, weil der Osten, weil der Vietcong den psychologischen Krieg in den Vereinigten Staaten selbst geführt und gewonnen hat ("Sehr richtig!" bei der CDU/CSU). Die Wichtigkeit des psychologischen Krieges kann ich nur jedem, der in Europa Verantwortung hat, auch dem Verteidigungsminister und seinem parlamentarischen Staatssekretär, ans Herz legen. Man soll diese Dinge nicht nebensächlich behandeln oder lächerlich machen. Mao Tsetung und Ho Tschi Minh wissen beide – und wir sollten es auch wissen – daß die militärische Kriegführung nur ein Teil des Krieges ist. (Wehner (SPD): "Das haben Sie in Taiwan studiert, nicht?") Herr Kollege Wehner, ich habe in meinem Leben versucht, mir meine politische Bildung möglichst auf allen Seiten zu holen. Das kann man sowohl im nationalen wie im kommunistischen China. Ich habe beide besucht; ich kann ihnen nur das gleiche empfehlen. (Heiterkeit bei der CDU/CSU – Lachen bei der SPD) Aber Herr Wehner, da Sie vielleicht noch größere Hemmungen haben, ins nationale China zu reisen, möchte ich sagen: Reisen Sie auch ruhig allein ins kommunistische China; Sie können dort sehr viel an Außenpolitik lernen."*

Nicht gelernt hat der Abgeordnete Jäger jedenfalls, daß nur gerechte Kriege eine breite Unterstützung bekommen können. Da der BRD-Imperialismus keinen gerechten Krieg führen kann, sondern in Fortsetzung seiner imperialistischen Politik nur einen ungerechten, wird dem Abgeordneten Jäger und seinen Kollegen ihr Wissen um die Bedeutung der angeblichen "psychologischen Kriegführung" nicht viel nützen.

Wenig später in seiner Rede kam der Abgeordnete Jäger erneut auf die Außenpolitik der Volksrepublik China zu sprechen: *"Da Sie schon von China sprechen: Ich habe als Leiter einer Parlamentsdelegation aller politischen Parteien dieses Land besucht und zusammen mit meinen Kollegen ein langes Gespräch mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Teng Hsiao-ping gehabt, der gestern in Paris eingetroffen ist – ein Mann, der inzwischen zum drittwichtigsten Mann seines Landes geworden ist. (Wehner (SPD): "Hört! Hört! Und Sie noch nicht? !" – Heiterkeit bei der SPD) – In einem kommunistischen Land möchte ich nicht einmal der unbedeutendste sein! (Beifall bei der CDU/CSU – Wehner (SPD): "Im bajuwarischen Deutschland!" – Heiterkeit bei der SPD) – Also Herr Wehner, an Ihre Bedeutung kommt ja sowieso niemand heran! (Heiterkeit bei der CDU/CSU – Dr. Mertes (CDU/CSU): "Dem Wehner fehlen die Argumente!") Dieser Mann ist sicher Kommunist, aber als solcher kennt er die Sowjets besser als die meisten hier in Europa. (Zuruf von der CDU/CSU: "Besser als Wehner!") Er hat von einer ernsthaften Kriegsgefahr in Europa gesprochen, er hat uns die Einigung Europas ans Herz gelegt, er hatte sogar nicht einmal Bedenken gegen die amerikanischen Truppen in Europa. (Wehner (SPD): "Sie verstehen etwas von psychologischer Kriegsführung!") Wenn dies schon ein Kommunist, der natürlich einst im Bündnis mit den Sowjets stand, einsieht, wieviel leichter sollten wir es einsehen und aus unserer falschen Sicherheit aufschrecken!"*

So weit Jäger. Verstanden hat er natürlich nicht viel, denn immer noch nicht versteht er, daß die Auseinandersetzung zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion keine Auseinandersetzung unter Kommunisten ist, sondern zwischen Kommunisten und Renegaten, die die sozialistische Sowjetunion in eine sozialimperialistische Macht umgewandelt haben. Was er verstanden hat, ist bloß, daß von der Sowjetunion heute nicht mehr eine revolutionäre Gefahr ausgeht, sondern eine Kriegsgefahr. Während die Imperialisten früher stets von einem Angriffskrieg auf die sozialistische Sowjetunion ausgehen konnten, müssen sie heute auch mit einem Angriff der sozialimperialistischen Sowjetunion rechnen.

Nun, es gibt in Westdeutschland Leute, die sich für Marxisten-Leninisten halten und glauben, sie müßten sich mit dem BRD-Imperialismus und womöglich mit der NATO und der Anwesenheit der US-Truppen in der Bundesrepublik abfinden, weil Vertreter der sozialistischen Volksrepublik China Vertreter des westdeutschen Imperialismus auf die Kriegsgefahr aufmerksam machen, die von der inzwischen sozialimperialistischen Sowjetunion ausgeht. Solchen Leuten muß in Erinnerung gerufen werden, was Lenin seinerzeit in einer Lage, als die Sowjetunion noch ein sozialistisches Land war und, wie heute die Volksrepublik China, von den Imperialisten bedroht wurde, über die Außenpolitik sozialistischer Staaten sagte:

"Die praktische Aufgabe der kommunistischen Politik besteht darin, diese Feindschaft der Kapitalisten auszunutzen und sie aufeinander zu hetzen. Hier ergibt sich eine neue Situation. Nehmen wir die zwei imperialistischen Länder Japan und Amerika. Sie wollen Krieg führen und sie werden Krieg führen um die Vormachtstellung in der Welt, um das Recht auf Raub. Japan wird Krieg führen, damit es Korea weiterhin plündern kann, das es mit unerhörter Brutalität ausraubt, wobei es die neuesten Erfindungen der Technik mit rein asiatischen Foltermethoden verbindet. Unlängst haben wir eine koreanische Zeitung erhalten, in der berichtet wird, was sich die Japaner dort leisten. Hier vereinigen sich alle Methoden des Zarismus und alle modernen Errungenschaften der Technik mit einem rein asiatischen Foltersystem, mit unerhörter Brutalität. Diesen fetten Bissen Korea wollen aber die Amerikaner den Japanern entreißen. Verteidigung des Vaterlandes in einem solchen Krieg wäre natürlich das größte Verbrechen, wäre Verrat am Sozialismus. Unterstützung des einen Landes gegen das andere wäre natürlich ein Verbrechen am Kommunismus, aber wir Kommunisten müssen das eine Land gegen das andere ausspielen. Begehen wir damit nicht ein Verbrechen am Kommunismus? Nein, denn wir tun das als sozialistischer Staat, der kommunistische Propaganda treibt und der gezwungen ist, jede ihm durch die Umstände geschenkte Stunde zu nutzen, damit er möglichst rasch erstarkt. Wir haben begonnen, stark zu werden, aber wir werden sehr langsam stark. Die wirtschaftliche und militärische Macht Amerikas und anderer kapitalistischer Länder wächst mit verteufelter Schnelligkeit. Wie sehr wir auch unsere Kräfte anstrengen mögen, wir werden unvergleichlich langsamer wachsen." (Lenin, Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisationen der KPR (B), 6. Dezember 1920, Werke Band 21, Seite 441 f.)

Entsprechend stellt sich die Lage heute für die Volksrepublik China dar, auch wenn es ihr inzwischen gelungen ist, die Einkreisung durch den US-Imperialismus und den Sozialimperialismus zu durchbrechen und große Fortschritte beim Aufbau des Sozialismus zu erzielen. Die Volksrepublik China handhabt die Diplomatie, um die objektiven Widersprüche in der Welt, die nicht von ihrem Willen abhängen, zu ihren Gunsten auszunutzen. Sie hat gut verstanden, was Lenin 1918 an einen diplomatischen Vertreter der Sowjetunion schrieb:

"Die Schwierigkeiten sind unermeßlich. Vorläufig retten uns nur die Widersprüche und Konflikte und der Kampf zwischen den Imperialisten. Sie müssen es verstehen, diese Konflikte auszunutzen: zunächst muß man lernen, Diplomatie zu treiben." (Werke Band 35, Seite 306)

Die Lage der Volksrepublik China und die internationale Lage ist heute viel günstiger als die Lage der Sowjetunion 1918. Die Volksrepublik China hat es auch schon gelernt, Diplomatie zu treiben. Insofern hat selbst Jäger recht, daß man von der Volksrepublik China Außenpolitik lernen kann. Das aber sollte niemand, der sich als Marxist-Leninist begreift, dahin mißverstehen, daß die Kommunisten ihre Aufgaben in einem imperialistischen Land mit den Aufgaben der Außenpolitik eines sozialistischen Staates verwechseln. Während die chinesischen Kommunisten korrekt die Widersprüche zwischen den Imperialisten ausnutzen, könnte es einem solchen "Marxisten-Leninisten" leicht passieren, daß er das "größte Verbrechen" und "Verrat am Sozialismus" begeht, indem er in einem imperialistischen Krieg die Verteidigung des Vaterlandes auf seine Fahne schreibt, statt den Krieg für die Revolution zu nutzen, wenn sie ihn nicht verhindern konnte. J.S.

Gegen Entlassungen bei Thyssen-Niederrhein



Die Stahlarbeiter auf dem Marsch in die Stadt

Duisburg. 1 500 Stahlarbeiter des Werkes Thyssen-Niederrhein streikten und demonstrierten am letzten Donnerstag gegen die geplante Stillegung von zwei Feineisenstraßen.

Dadurch werden 300 Arbeitsplätze abgebaut.

Die Streikenden demonstrierten zum Hochfelder Markt und führten eine Protestkundgebung durch.

Schon einmal, 1966 wurde die Belegschaft von Thyssen-Niederrhein um die Hälfte verringert. Ein Kollege meinte: **"Wir dulden nicht mehr, daß man mit einem Federstrich unsere Arbeitsplätze wegputzt."** (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 23. Mai) Nach der Kundgebung wurde ein kilometerlanger Autokonvoi mit Transparenten gebildet. Über 400 Autos fuhren zum Sportheim des Werkes, wo für den Nachmittag eine Verhandlung zwischen Betriebsrat, Vertrauensleuten und Geschäftsleitung angesetzt war. Die Direktoren wurden mit lauten Pfiffen empfangen. Mit Sprechchören forderten die Arbeiter, daß keine Arbeitsplätze abgebaut werden.

Fliesenlegerstreik

Bei Verhandlungen über die Fliesenleger herabgedrückt haben.
Die Fliesenleger wehren sich ge-

Fliesenlegerstreik

Bei Verhandlungen über die Löhne der Fliesenleger in Bayern hatte die IG Bau Steine Erden einer Lohnkürzung von 7 % zugestimmt. Das war den Unternehmern nicht genug.

Gegen den geplanten Lohnabbau streiken die bayrischen Fliesenleger in mehreren Städten seit dem 7. Mai.

Gegen den Streik der Fliesenleger hetzen die Kapitalisten des Fliesenlegerverbandes in den Zeitungen. Die Kapitalisten erklären: Die Akkordsätze hätten *"die Grenzen der Realität weit überschritten"* (Nürnberger Nachrichten vom 21.5.75).

Die Arbeiter haben die Realität wahrgenommen und die Löhne durchgesetzt, die sie bekommen konnten und einen guten Lohn erzielt.

Die Unternehmer planen einen Lohnabbau von 300 bis 600 DM. Sie wollen die Chance wahrnehmen, mit dem Arbeitslosenheer im Rücken die Löhne zu drücken. Die Bauunternehmer ließen in der 'Augsburger Allgemeinen' vom 22.5. erklären: *"Der Streik sei unsozial bei über 150 000 Arbeitslosen in der Bauwirtschaft."*

Mache sich doch keiner was vor, daß die Kapitalisten auch nur einen Kollegen mehr einstellen, wenn sie die angeblich zu hohen Löhne der Fliesenleger herabgedrückt haben.

Die Fliesenleger wehren sich gegen den Lohnabbau. Das ist gut, denn die Kapitalisten wollen den gesamten Lohn aller am Bau Beschäftigten senken. Der Streik der Fliesenleger ist ein Teil des Kampfes gegen die weitergehenden Pläne der Kapitalisten.

In der Ortsbeilage Augsburg der KVZ vom 23.5.75 schreibt die Gruppe Augsburger Kommunisten:

"Am 1.Mai auf der DGB-Demonstration trugen Fliesenleger ein rotes Transparent mit der Aufschrift: 'Fliesenleger wehren sich gegen Lohnabbau'. Am Streik beteiligten sich fast alle Kollegen. Die Unternehmer versuchen jedoch laufend, die geschlossene Streikfront zu schwächen, indem sie Streikbrecher nachts an Baustellen arbeiten lassen (wollen). Da sind sie bei den Fliesenlegern aber an die falsche Adresse geraten. Die haben sich nämlich trotz Krise und Hetze nicht einschüchtern lassen: Sie organisieren mit Autos Kontrollen an den verschiedenen Baustellen. Wenn Streikbrecher erwischt werden, und das war auch mal nachts der Fall, werden diese am Weiterarbeiten gehindert und mit unwiderstehlichen Argumenten zum Verlassen der Baustelle veranlaßt.

Weiterhin wurde Streikbrecherarbeit rückgängig gemacht, indem die gelegten Fliesen einfach wieder von den Wänden genommen wurden. Auf einer weiteren Baustelle wurde eine von Streikbrechern geflieste Wand mit roter Farbe 'Streik' bemalt."

Massenentlassungen drohen bei der Deutzer Auer Mühle

Köln. Am 26. Mai fand eine Betriebsversammlung der Auer Mühle statt.

Dort informierte der Betriebsrat die Kollegen darüber, daß der neue Besitzer der Mühle, der Hamburger Mühlenkonzern Kampffmeyer, beabsichtige, das Werk stillzulegen. Damit droht mindestens 480 Kollegen die Arbeitslosigkeit. Auf der Versammlung machten die Kollegen aber deutlich, daß sie nicht gewillt sind, dies so einfach zu schlucken. Zusammen mit der Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststädten erklärten sie, daß sie keinen Sozialplanvorschlag des neuen Besitzers akzeptieren, sondern geschlossen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen wollen. Als weitere Schritte beschloß die Belegschaft die Durchführung von Protestkundgebungen und Demonstrationen, zu denen auch Kollegen des Erwitter Zementwerks Seibel & Co. geladen werden sollen.

10 Wochen Streik in Erwitte

Kündigungen erneut durch Urteil aufgehoben

Der Streik der Kollegen von Seibel zur Erhaltung ihrer Arbeitsplätze dauert nun schon zehn Wochen.

Das Ende des Streiks ist zur Zeit auch noch nicht absehbar. Die Auseinandersetzung vor dem Arbeitsgericht will Seibel zumindest durch alle Instanzen treiben. Er weiß, daß seine Sache bei den Richtern in guten Händen liegt. Das haben auch die Kollegen erfahren.

Bei Beginn des Streiks und der Besetzung waren sie der Meinung, daß das Recht auf ihrer Seite ist. Sie haben inzwischen festgestellt, daß zwischen ihren Interessen und dem bürgerlichen Recht, welches am Gericht gesprochen wird, ein Unterschied ist.

Am 22. Mai fand in Paderborn nun ein weiterer Prozeß statt. Es ging darum, ob die Kündigungen rechtmäßig sind. Nachdem Seibel nicht zum Prozeß erschienen war, ließ Arbeitsrichter Sauerländer ihn von seinem Anwalt holen. Als Seibel endlich kam, fragte Sauerländer besorgt: "Herr Seibel, sie Sie uns böse, daß wir Sie gerufen haben? "

Obwohl Sauerländer goldene Brücken baute, ließ Seibel sich auf nichts ein.

Seibel meint, ein öffentlicher Terror sei über ihn ergangen, und deshalb will er mit seinen Arbeitern auch nichts mehr zu tun haben. Er ist vielmehr der Meinung, daß die Belegschaft nach den Gesichtspunkten der Geschäftsleitung ausgesiebt werden muß.

Am 27.5. wurden die Versäumnisurteile, die gegen Seibel ergangen waren und die er angefochten hatte, aufrecht erhalten. Das heißt, die Kündigungen sind nicht wirksam. Die Kollegen wollen am Mittwoch erneut ihre Arbeit anbieten.

Die Lage in der westfälischen Zementindustrie

21 Zementwerke gibt es im Raum Ostwestfalen. Davon fünf in Erwitte. Die hohen Transportkosten bei Zement haben zur Folge, daß sich jeweils nur begrenzte Märkte herausbilden. Deshalb sind die Konkurrenzkämpfe auch regional begrenzt. In der ostwestfälischen Region herrscht nun seit einiger Zeit ein scharfer Konkurrenzkampf Der Zement kostet

weils nur begrenzte Märkte herausbilden. Deshalb sind die Konkurrenzkämpfe auch regional begrenzt. In der ostwestfälischen Region herrscht nun seit einiger Zeit ein scharfer Konkurrenzkampf Der Zement kostet

jetzt etwa 33 DM pro Tonne. Demgegenüber in Süddeutschland z.B. etwa 100 DM pro Tonne. Die Herstellung von einer Tonne Zement kostet mindestens 40 bis 50 DM.

Das Resultat dieses Preiskampfes war die Schließung des Werkes Evers mit 80 Beschäftigten in Erwitte.

Mit den 151 Entlassenen bei Seibel bei insgesamt 735 Arbeitsplätzen in der Zementindustrie Erwittes sind das mehr als ein Drittel der Arbeitsplätze, die wegfallen. Bei einer industriellen Monostruktur und über 6 % Arbeitslosigkeit besteht für die meisten Kollegen wenig Aussicht auf einen neuen Arbeitsplatz, dazu kommt noch, daß fast alle älter als 40 Jahre sind.

Diese Verhältnisse haben die Kollegen von Seibel zu ihrem entschlossenen Kampf veranlaßt, und sie finden die breite Unterstützung der Bevölkerung. Denn die Maßnahmen der Kapitalisten führen zur Veränderung der ganzen Region und bedrohen so die Arbeiter und die anderen Lohnabhängigen der ganzen Region.

Wie hat sich die Gewerkschaftsführung in diesem Kampf verhalten?

Der Sekretär der Verwaltungsstelle Neubeckum der IG Chemie, H. Borghoff, und der Organisationssekretär K. Lieberum haben den Streik von Anfang an unterstützt.

Der Druck der streikenden Kollegen und die bundesweite Solidarität haben den Hauptvorstand der IG Chemie gezwungen, den Streikenden eine Notlagenunterstützung zu bewilligen. Die Notlagenunterstützung ist zwar genau so hoch wie die Streikunterstützung, hat aber zur Folge, daß die Gewerkschaft sich nicht offiziell hinter den Streik stellt und ihn von ihrer Seite auch nicht legalisiert.

Dadurch richten sich auch alle Strafandrohungen wie einstweilige Verfügungen und Schadenersatzansprüche an die einzelnen Kollegen und nicht an die Gewerkschaft als Organisation. Dies hat den Kampf der Kollegen vor allem auf gewerkschaftlicher Ebene geschwächt. Die Gewerkschaftsorganisation kann nicht direkt zur Führung des Streiks eingesetzt werden.

Um den Kampf der Erwitter Kollegen zum Erfolg zu führen, ist es notwendig, daß die Gewerkschaft den Streik in aller Konsequenz unterstützt. Das kann nur heißen: Übernahme des Streiks durch die Gewerkschaft.

Der Ausgang dieses beispielhaften Kampfes ist nicht nur für die Belegschaft wichtig, sondern für die Arbeiterbewegung von ganz Westdeutschland von großer Bedeutung. Deshalb muß auf allen gewerkschaftlichen Ebenen für die konsequente Unterstützung und Legalisierung des Streiks durch die Gewerkschaft eingetreten werden.

H., Paderborn



Am 22. Mai im Gerichtssaal, ganz rechts Seibel



Am 22. Mai im Gerichtssaal, ganz rechts Seibel

Auflösungsvertrag bei VW

Interview mit einem entlassenen VW-Arbeiter

Kollege, Du bist italienischer Herkunft. Du hast im VW-Werk Braunschweig und im VW-Werk Salzgitter gearbeitet. Heute bist Du arbeitslos. Warum bist Du vom Werk Braunschweig ins Werk Salzgitter gegangen?

In Braunschweig konnte ich kein Zimmer finden, weil ich Ausländer bin. Das Werk Salzgitter hat ein Wohnheim für ausländische VW-Arbeiter. Ich ging also nach Salzgitter, um nicht nur Arbeit, sondern auch eine Wohnung zu haben.

Später hast Du einen Auflösungsvertrag gemacht. Warum?

Ich bin nicht freiwillig gegangen. Ich bin mit der Drohung, ohne 5 000 DM Abfindung entlassen zu werden, gezwungen worden. Diese Drohung ist ausgesprochen worden, weil wir mit etwa 10 bis 12 Kollegen am Band am 20. Januar ungefähr eine Stunde lang gestreikt haben. Wir haben einen schriftlichen Verweis bekommen, auf dem mit Entlassung gedroht wurde. Ich und alle anderen, die diesen Verweis bekamen, fast alles ausländische Kollegen übrigens, haben daraufhin ihren Auflösungsvertrag gemacht.

Warum habt Ihr gestreikt?

An unserem Band arbeiteten bis Dezember '74 etwa 300 Kollegen. Am 20. Januar wurden etwa 80 bis 100 Kollegen in andere Abteilungen versetzt. Viele, vor allem türkische Kollegen, waren in den vorausgegangenen Tagen entlassen worden — ohne Abfindung. Gerade war der Akkord um 30 Wagen pro Schicht (vorher schon 210 Wagen) erhöht worden. Nun sollten auch noch die Arbeitsgänge erweitert werden. Das wollten wir nicht hinnehmen.

Leider nur etwa 12 Kollegen von etwa 200 sammelten sich und verweigerten die Arbeit. Sofort hatten wir einen ganzen Schwarm von Vorgesetzten auf dem Hals. Einem Vorgesetzten, der meinte, wir müßten mehr arbeiten, weil im Werk die Leute fehlten, entgegnete ich: Fahren Sie nach Braunschweig auf das Arbeitsamt, dort finden Sie genug Arbeiter.

Da wir Streikenden zu wenige waren, konnten wir gezwungen werden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Später wurde ich als "Aufrührer" in eine andere Abteilung versetzt. Dann kam der Verweis, von dem ich vorhin schon sprach.

Ich kündigte, weil ich lieber mit 5 000 DM arbeitslos werden wollte, als nachher ohne Geld auf der Straße zu stehen.

Wie hat man Dich auf dem Arbeitsamt behandelt?

Zuerst bekam ich die üblichen 6 Wochen Sperrfrist. Arbeit suchte ich bisher vergeblich. Ich bekomme etwa 800 DM Arbeitslosengeld im Monat. Demnächst fahre ich nach Italien, um dort Arbeit zu suchen. Wenn ich einen Arbeitsplatz in Italien finden sollte, bleibe ich dort, finde ich keinen, komme ich zurück. Das Arbeitslosengeld wird mir für diese Zeit gezahlt. Nach einem Jahr erlischt allerdings mein Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Droht Dir eine Abschiebung?

Auf keinen Fall aktuell. Meine Aufenthaltsgenehmigung läuft noch etwa 3 Jahre. Was allerdings wird, wenn ich länger als ein Jahr arbeitslos bin, weiß ich nicht.

Was erhoffst Du Dir von der Zukunft?

Ich hoffe, daß ich Arbeit finde, ob hier oder in Italien ist mir egal. Und ich hoffe, daß sich die westdeutsche Arbeiterbewegung in der Krise entwickelt.

—W., VW Braunschweig—

Solidarität mit dem Streik in Erwitte

Spendensammlung bei AEG

Essen. Bei AEG-Kanis wurde auf Beschluß des Betriebsrates und des Vertrauensleutekörpers unter der Belegschaft für die streikenden Kollegen vom Zementwerk Seibel in Erwitte eine Sammlung durchgeführt. Allein in einer Abteilung wurden über 1 000 DM gesammelt. Die Belegschaft von AEG-Kanis hatte 1972 erfolgreich gegen die Schließung des Werkes gekämpft und weiß von der Notwendigkeit der Unterstützung im Kampf gegen Willkürmaßnahmen der Kapitalisten auch durch andere Belegschaften.

—n., Essen—

Jugendmitgliederversammlung der IG Chemie in Wiesbaden

Auf der Jugendmitgliederversammlung der IG Chemie Papier Keramik in Wiesbaden wurde von den etwa 30 anwesenden Kollegen 200 DM für die streikenden Kollegen der Zementfabrik Erwitte gespendet.

Außerdem sprachen sich die anwesenden Kollegen gegen den Tarifabschluß aus und verabschiedeten eine Resolution dagegen.

—B., Wiesbaden—

Darmstadt. Die Jugendversammlung der Firma Röhm solidarisiert sich mit eurem entschiedenen Kampf um die Arbeitsplätze in Erwitte. Wir sehen in eurem Kampf ein Beispiel dafür, wie man um die Arbeitsplätze kämpfen muß. Wir stehen hinter euch und wünschen euch einen vollen Erfolg.

Hamburg. Der Ortsverband 5 (Eimsbüttel) hat am 23.5. einstimmig Solidaritätsadressen an die streikenden Steinmetze in Hamburg, die streikenden Fliesenleger in München und die streikenden Kollegen in Erwitte verabschiedet.

Warnstreik bei SEL-Dortmund nach Entlassungsankündigung

Dortmund. Gegen die Entlassungspläne der SEL-Kapitalisten in verschiedenen Werken wehren sich die Kollegen mit Streiks. Nach Mannheim (siehe letzte KVZ) wurde jetzt in Dortmund die Arbeit niedergelegt.

Bei Standard-Elektrik-Lorenz AG (SEL) in Dortmund sollen ab Juni 350 der insgesamt 500 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen werden.

Das erklärte Werksleiter Hoffmann am Freitag, den 22.5., auf einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung.

Die Kollegen und Kolleginnen, hauptsächlich Frauen und 35 % ausländische Kolleginnen, waren zunächst völlig entsetzt, dann brach ein Sturm der Empörung los.

Einzelne Kollegen waren so wütend, daß sie dem Werksleiter fast an den Kragen wollten. Ohne große Debatte war allen klar, daß erstmal nicht mehr gearbeitet wird.

Schnell wurden Schilder gemalt: "Wir fühlen uns verarscht" und ähnliches und die 500 Kollegen zogen in einem Protestmarsch durchs Werk und zum Werkstor.

Die Werksleitung ließ hinterher offiziell verlautbaren: 'Sie habe nach der Belegschaftsversammlung den Feierabend vorverlegt, sie wolle diese Maßnahme aber nicht als Aussperrung verstanden wissen.'

Die Ankündigung der Massenentlassungen macht drastisch deutlich, daß die SEL-Kapitalisten rücksichtslos ihren Profitinteressen folgen und sich einen Dreck um die Folgen für die Arbeiter scheren. Und das ist nicht neu:

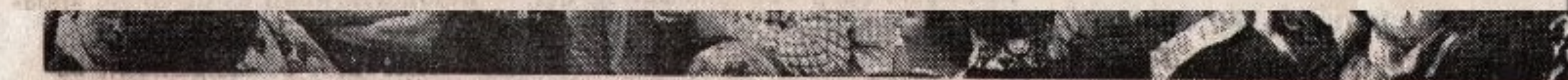
- 1966 wurden zwei Werke in Dortmund geschlossen, 2 100 Kollegen wurden auf die Straße gesetzt.
- 1967 wurde ein Werk wiedereröffnet; nur unter anderem Namen – vorher Graetz-Werke, jetzt Standard-Elektrik-Lorenz AG.. Im selben Jahr noch wurden wieder 300 entlassen.
- 1969 wurde das jetzige Werk an der Lindenhorststraße wieder eröffnet.
- 1975 soll das Werk offensichtlich wieder geschlossen werden.

Mit dieser Betriebspolitik sind die SEL-Kapitalisten bis jetzt gut gefahren. Ihre Dividenden waren immer über Durchschnitt.

Für die Arbeiter hat das immer bedeutet Akkordschinderei und völlige Unsicherheit der Existenz. Die Empörung und Entschlossenheit der Kollegen am Freitag deutet an, daß sie diesmal nicht bereit sind, die Entscheidung der Kapitalisten widerstandslos hinzunehmen. Ab Montag wurde teilweise weitergestreikt. r./b.–



Zum dritten Mal seit 1966 sollen die Kollegen auf die Straße fliegen



Zum dritten Mal seit 1966 sollen die Kollegen auf die Straße fliegen

27 Streikende in Abschiebehaft



Polizeieinsatz gegen streikende Dynamit-Nobel Arbeiter

Fürth. Polizeieinsatz gegen Streikende bei Dynamit Nobel.

Am 13.5. streikten 35 Kollegen spontan gegen 19 Entlassungen von deutschen, griechischen und türkischen Kollegen. Sie entrollten vor dem Tor Transparente. Die Werksleitung drohte mit Polizeieinsatz. Es gelang nicht, den Streik auszuweiten. Als die Kollegen am Dienstagmorgen, 14.5., wieder vor das Tor zogen, stand die Polizei schon da. Am Nachmittag vor Betriebsschluß griff die Polizei die Streikenden an. Mit einer großen Übermacht von mehr als hundert Polizisten wurden die Streikenden festgenommen. Gegen 27 türkische Arbeiter wurde Haftbefehl erlassen. Sie wurden in Abschiebehaft genommen. Am Donnerstag besetzten mehrere hundert Polizisten den ganzen Betrieb. Sie übten den Notstand unter dem Vorwand, daß das Werk gestürmt werden solle.

Sofortige Freilassung aller inhaftierten Arbeiter!

Kurzarbeit bereitet Entlassungen vor

Bei Röhm ist am 3. Juni Betriebsversammlung

Mit verstärkter Disziplinierung und Ausweitung der Kurzarbeit sollen weitere Entlassungen bei Röhm vorbereitet werden.

Darmstadt. Die Vertrauensleute von Röhm hatten auf einer Versammlung sich entschieden gegen geplante Entlassungen gewandt und eine Betriebsversammlung gefordert. Mittlerweile steht bei Röhm fest: Am 3. Juni ist Betriebsversammlung im Werk Darmstadt. Am 2. im Werk Weiterstadt und am 4. im Werk Worms.

Beide Seiten, Belegschaft und Geschäftsleitung, bereiten sich vor.

Die Geschäftsleitung dadurch, daß sie die Akademiker zusammengerufen hat und bekanntgab, daß aller Wahrscheinlichkeit nach in den Angestelltenbereichen Kurzarbeit eingeführt werden soll, und dadurch, daß sie der Belegschaft mittlerweile die Preiserhöhungen für die hauseigene Wäscherei um durchschnittlich 30 % aufs Auge gedrückt hat.

Die Begründung war, daß in der hauseigenen Wäscherei ausgeschiedenes Personal nur dann ersetzt werden soll, wenn von seiten des Betriebsrates den Preiserhöhungen zugestimmt wird.

Der Betriebsrat hat diesen Erpressungsversuch zwar erkannt, hat aber den Preiserhöhungen dort zugestimmt, wo die Preise unter denen der gewerblichen Wäschereien liegen.

Gleichzeitig hat er in derselben Sitzung festgehalten, daß er sich grundsätzlich gegen die von der Geschäftsleitung geplanten Entlassungen ausspricht und diesen Standpunkt auf der Betriebsversammlung vertreten wird.

Diese Aussage des Betriebsrats, der ja bisher den Krisenmaßnahmen der Geschäftsleitung zugestimmt hat, kam dadurch zustande, daß sich in der Belegschaft ein klares Votum gegen die Entlassungen herausgebildet hat.

Dieses Votum ist aber noch nicht so klar, daß vollständig mit dem Gedanken Schluß gemacht wird, nach einem Weg zu suchen, um gemeinsam mit der Geschäftsleitung aus der Krise herauszukommen.

Dies kann man deutlich sehen an der Diskussion über die Einführung der Kurzarbeit bei den Angestellten.

Klar ist, daß der Grund für die Einführung der Kurzarbeit bei den Angestellten kein produktionstechnischer ist.

Die Erfahrung der Arbeiter, daß in Kurzarbeit einfach in weniger Zeit mehr gearbeitet werden muß, ist auch auf die Angestellten übertragbar.

Viele Kollegen aber sagen noch: *"Gut, die Arbeit werden wir auch in weniger Zeit schaffen können"* oder *"Kurzarbeit ist besser als Entlassungen"*. Diese Argumentation führt aber in die Kapitulation.

Bei den Arbeitern ist es genauso gewesen.

Nach der Kurzarbeit folgten Entlassungen

Erst kam die Kurzarbeit, und die Geschäftsleitung konnte feststellen, wo in weniger Zeit fast genauso viel geschafft werden konnte, und folgerte daraus, daß da natürlich Leute entlassen werden können.

Bei den Angestellten ist die Position der Geschäftsleitung noch deutlicher: Schon vor Wochen hat sie den Betriebsratsvorsitzenden der Werke Worms und Darmstadt mitgeteilt, daß der "Wasserkopf" bei den Angestellten abgebaut werden müßte.

Damit versucht sie den Eindruck zu erwecken, daß die Firma ein Heer von Angestellten durchschleift, die allesamt nichts arbeiten. Das trifft natürlich für einige hochbezahlte Angestellte zu – für die Masse aber nicht.

Viele Kollegen denken: Gegen die Entlassungen muß was gemacht werden, aber gegen die Ausweitung der Kurzarbeit wird man wohl nichts machen können.

Und das ist falsch.

Die Kollegen, die schon in Kurzarbeit stehen, wissen, wo das hinführt.

In den Kurzarbeitsbereichen in der Plexiglasherstellung, wo die angekündigten Entlassungen stattfinden sollen, wird zur Zeit so vorgegangen, daß die Kollegen zu immer höherer Arbeitshetze angetrieben werden.

Jeder, der nicht mitmacht, muß befürchten, daß er auf die "Liste" kommt, die dann zur Entlassung vorgeschlagen wird und wo der Betriebsrat sich dann welche raussuchen soll.

Verweise: Vorbereitung auf Entlassungen

Die Geschäftsleitung bereitet auch dadurch weitere Entlassungen vor, indem sie in verstärktem Maße Verweise aussprechen läßt. Zuerst natürlich für die Kollegen, die den Betriebsleitern schon länger ein Dorn im Auge sind.

Die Verweise beinhalten z.B., man habe nicht die richtige Einstellung zur Arbeit.

Hat man einen solchen Verweis, der meist noch festhält, daß im *"Wiederholungsfall"* oder im Falle der *"Nichtbesserung der Einstellung"* die Kündigung ausgesprochen werden kann, steht man auf der Abschußliste.

Diese Verhältnisse zeigen, daß es keinen gemeinsamen Weg mit der Geschäftsleitugeben kann.

Bis zur Betriebsversammlung muß klar werden, daß nicht nur die Entlassungen abzulehnen sind, sondern daß diese Maßnahmen, die allesamt auf dem Rücken der Kollegen stattfinden, hingenommen werden kann.

M.

Streik der Steinmetze in Hamburg

Hamburg. 100 Steinmetze streikten vom 21. Mai bis 27. Mai für höhere Löhne.

Die Unternehmer boten 5,5 %. Daraufhin legten die Hamburger Steinmetze in acht Betrieben die Arbeit nieder. 93 % hatten für den Arbeitskampf gestimmt. Die Forderung lautete 9,8 %.

Am Beginn der Tarifrunde hatten die Unternehmer auf die Forderung der Kollegen mit provokatorischen 0 Prozent geantwortet; dann wurden 2,5 % und schließlich 5,5 % geboten.

Nach einer Woche Streik wurde bei 7,1 % abgeschlossen.

Betriebsratswahlen

Betriebsratswahlen

Einheitsliste

Betriebsratswahlen bei Klöckner

Bremen. Für die erneuten Betriebsratswahlen auf der Klöckner-Hütte Bremen (notwendig geworden durch die Wahlanfechtung des christlichen Metallarbeiterverbandes) haben sich die Vertrauensleute am 20.5. ohne Gegenstimme für eine betriebliche Einheitsliste ausgesprochen.

Der IGM Vertrauensleutekörper hat damit dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Belegschaft entsprochen. Damit sind gute Bedingungen geschaffen, daß die Belegschaft solche Betriebsräte wählen kann, die im Kampf gegen die Krisenmaßnahmen der Klöckner-Kapitalisten an der Spitze stehen.

Man muß sich jedoch vorbereiten, daß kurz vor Toresschluß noch eine Spalterliste etwa durch den Christlichen Metallarbeiterverband eingereicht wird. Wenn der IGM-Vertrauenskörper darauf nicht eingestellt ist, indem er einen einheitlichen IGM-Listenvorschlag aufstellt, um ihn dann einzubringen, dann wird es leicht wieder scharfe Spaltungen geben.

Aus den einzelnen Werken und Abteilungen heraus sollen jetzt die Kandidaten für die Einheitsliste aufgestellt werden. –U., Bremen–

Opel Rüsselsheim

Liste des alten Betriebsrats bei der Wahl geschlagen

Rüsselsheim. Gegen die Liste des alten Betriebsrates, die als IG-Metall-Liste geführt wurde, hatten die IG-Metall-Vertrauensleute eine Liste aufgestellt, die ebenfalls als IG-Metall-Liste anerkannt wurde. Die Belegschaft wählte die IG-Metall-Liste der Vertrauensleute mehrheitlich; sie errang 20 Sitze. Die Liste des alten Betriebsrates erhielt mit nur 14 Sitzen die Quittung für eine Politik, mit der der Betriebsrat treu jedem Wunsch der Opel-Kapitalisten nachgekommen war. Zuletzt hatte der alte Betriebsrat Sonderschichten zugestimmt, mit denen die Opel-Herren am billigsten aus den Arbeitern mehr Arbeit herausholen, um die gestiegene Nachfrage zu befriedigen.

Der neue Betriebsrat, dessen Vorsitzender von der Liste der IG-Metall-Vertrauensleute gestellt wird, lehnte jetzt weitere Sonderschichten, die von der Geschäftsleitung beantragt worden waren, ab. Die Frage der Sicherheit der Arbeitsplätze stand bei der Diskussion im Vordergrund.

Zwangsurlaub bei Merck

Darmstadt. In der letzten Woche wurde bekannt, daß auch die chemische Firma Merck, 8 000 Beschäftige, in Absatzschwierigkeiten geraten ist. Noch im letzten Jahr betrug die Umsatzsteigerung der Firma, die vor allen Dingen Pharmazeutika herstellt, 24,4 %.

In dem Produktionsbetrieb, der die Vorstufe für die Ascorbinsäureproduktion (Vitamin C) ist, ist seit Tagen die Hälfte der Kollegen an einen anderen Betrieb ausgeliehen worden – der Betriebsrat wurde über diese Maßnahme nicht informiert.

Jetzt ist bekannt geworden, daß der Betrieb, der die Ascorbinsäure herstellt und der der größte Produktionsbetrieb bei Merck überhaupt ist, im Sommer einen Monat dichtgemacht werden soll.

Die Kollegen sollen in dieser Zeit ihren Jahresurlaub nehmen – wenn sie das nicht wollen, werden auch sie an andere Betriebe "verliehen".

Die Vorgehensweise der Geschäftsleitung läuft insgesamt auf Verunsicherung der Belegschaft hinaus.

Den Kollegen, die betroffen sind von dieser Maßnahme, wurde per Gerücht von seiten der Geschäftsleitung zugetragen, der Betriebsrat hätte schon zugestimmt.

Als dem Betriebsrat bekannt wurde, daß die Geschäftsleitung die Kollegen zusammenrufen will, um ihr diese Maßnahme mitzuteilen, bestand er darauf, an dieser Versammlung teilzunehmen. Daraufhin ließ die Geschäftsleitung die Versammlung ausfallen. Nach diesem Zwangsurlaub, so hört man jetzt schon, soll Kurzarbeit folgen, und dies ist schon immer das Mittel gewesen, um Entlassungen vorzubereiten.

Gegen die anlaufenden Maßnahmen muß die Belegschaft von vorneherein Position beziehen.

Betriebszelle Merck

Satzungshauptversammlung der GEW Hamburg

GEW - Hamburg: Pyrrhussieg für den Vorstand

Hamburg. Fünfeinhalb Stunden tagte am 22.5. die Hauptversammlung des GEW-Landesverbandes Hamburg.

Über 3 600 Mitglieder waren in Hamburgs größter Sporthalle erschienen, um über Annahme oder Ablehnung der Mainzer und Kölner Satzungsbeschlüsse der GEW-Bundesvertreterversammlung zu entscheiden.

Nur 200 Kollegen verließen die Versammlung vor ihrem Ende.

Dieses herausragende Interesse war begründet. Hinter den trockenen Satzungsparagrafen stand die Frage: Findet sich die GEW klanglos ab mit der breiten und massiven Verschlechterung der Lage im Bildungswesen, lügt sie sich selbst vor, es handele sich vielmehr um eine *"Konsolidierung und Stabilisierung"* des erreichten Fortschrittes, hofft sie auf einen *"neuen Aufschwung"* oder macht sie die Erfahrung zur Grundlage ihrer Tätigkeit, daß nur der Zusammenschluß und der Kampf gegen den staatlichen Gegner zur Veränderung führen kann.

Die GEW-Führung meint, es sei nur eine *"törichte Methode"*, zu behaupten, die Reformpolitik sei gescheitert (Frister, Erziehung und Wissenschaft 2/75).

Doch schwer ist es, einen Lehrer, der ständig größerem Druck ausgesetzt ist, zu überzeugen, er habe keinen Grund zu kämpfen. So brachten z.B. vor gut einem Jahr 10 000 Lehrer auf einer Kundgebung in Köln massiv ihre Kampfbereitschaft gegen den Staat zum Ausdruck und durchkreuzten den Plan der GEW-Bundesführung, die diese Kundgebung zu einem Forum für die Spitzen der Kultusbürokratie machen wollte.

Gegen die Bestrebungen in der Lehrerschaft, die GEW zu einem Instrument des Widerstands und der Organisierung des Kampfes gegen die staatliche Bildungspolitik und ihre Folgen für die Lehrer zu machen, suchte der Vorstand sich durch Änderung der Satzung ein Instrument zu schaffen, um trotz schwindenden Bodens für seine Politik die GEW auf den Kurs der Zusammenarbeit und Treue zur Regierung zu halten.

Die Mainzer und Kölner Beschlüsse

In zwei Vertreterversammlungen peitschte sie Beschlüsse durch, die das Bekenntnis zur Staatstreue zum wichtigsten Mitgliedskriterium machen, über dessen Einhaltung nur der Hauptvorstand entscheidet. Die endgültige Entscheidung selbst über Warnstreiks wurde dem Hauptvorstand allein in die Hand gegeben.

So waren satzungsmäßig die Instrumente geschaffen zur Durchsetzung eines Kurses der Obrigkeitstreue und der Hinnahme der staatlichen Bildungspolitik.

Auf der zweiten Vertreterversammlung war der Widerstand gegen die Vorstandslinie erheblich geringer. Resignation und Einschüchterung hatten sich in der GEW breitgemacht.

Die ersten Landesverbände nahmen die Bundessatzung an. Da rückte der Ausschluß von 63 Mitgliedern durch den Hauptvorstand die schädliche Auswirkung dieser Satzung voll ins Bewußtsein breiter Mitgliederteile. Die Hamburger Hauptversammlung stand jetzt vor der Aufgabe, den Widerstand gegen die Entwaffnung der GEW zu artikulieren, ihr Einhalt zu gebieten und selber den ersten Schritt zur Stärkung der Kampfkraft gegenüber dem Staat zu tun. Das hieß, Ablehnung der Mainzer und Kölner Beschlüsse, Einberufung einer erneuten Bundesvertreterversammlung mit Neuwahl der Delegierten zur Zusammenfassung der kämpferischen und demokratischen Bestrebungen aus allen Landesverbänden.

Die Lage im Hamburger Landesverband

Die Bedingungen zur Erreichung dieses Zieles waren in Hamburg recht schwierig. Es gab einen besonderen, schon zwei Jahre währenden Satzungsstreit, der um die Abschaffung der Hauptversammlung aller Mitglieder und die Einrichtung einer Landesvertreterversammlung als höchstem beschlußfassendem Organ ging.

Nach Mainz versuchte der Vorstand, sein undemokratisches Landesvertreterversammlungsmodell per Handstreich durchzusetzen. Breiter Mitgliederwiderstand und gerichtliche Verbote ließen ihn scheitern. Er wurde zur Einberufung einer Hauptversammlung gezwungen. Es stellte sich aber während dieses Prozesses langsam eine Sitzungsmüdigkeit ein und die Kölner Satzungsbestimmungen gingen darüber weitgehend unter. Unsere Organisation machte in der Satzungsfrage Fehler.

In der Korrektur des Fehlers, die Auseinandersetzung mit dem Vorstand abzulösen von den Kampfaufgaben der Gewerkschaft, kamen wir dahin, Satzungsfragen als hinderlich für die eigentliche gewerkschaftliche Arbeit anzusehen. Die Auffassung wurde vertreten, Satzungsfragen seien "ausgereizt". Man müsse die Sache über sich ergehen lassen, um dann an der richtigen Front des gewerkschaftlichen Kampfes die Politik des Vorstandes zu schlagen.

Der Kommunistische Bund (Nord) forderte zwar die Ablehnung der Mainzer und Kölner Beschlüsse, aber damit konnte er keinen Masseneinfluß gewinnen, weil er diese Position verband mit der Beibehaltung der Hauptversammlung und seine Linie geprägt war von dem Wunsch, Freiräume der Gewerkschaftsbasis gegenüber den Vorstandszugriffen auszugrenzen, statt die GEW zur Kampforganisation zu machen.

Er lehnte eine einheitliche GEW-Bundesorganisation generell ab.

Wenige Wochen vor der Hauptversammlung kamen die Fronten in Bewegung

Sie verschoben sich von der Frage der Einführung der Landesvertreterversammlung zur Auseinandersetzung um die Mainzer und Kölner Beschlüsse.

Der Vorstand machte weitgehende Zugeständnisse in der Frage der Landesvertreterversammlung.

Auf der anderen Seite stellt er Ausschlußanträge gegen 25 Mitglieder. Haupt- und Landesvorstand hetzten gegen die Kommunisten, die das Ansehen der GEW "schädigten" und drohten mit einem Ausschluß des Landesverbandes, falls die Annahme der Mainzer und Kölner Beschlüsse nicht "ohne wenn und aber erfolge".

Auf der Hauptversammlung selber schienen Frister und der erste Vorsitzende der Hamburger GEW, Wunder, wie gewandelt. Sie trauten sich nicht, ihre Hetze gegen die Kommunisten fortzusetzen.

Statt loszudonnern, wie allgemein erwartet, betonten sie die notwendige bundesweite Einheit gegenüber der zentralisierten Bildungspolitik des Staates. Sie hatten gerade eine Niederlage erlitten. Ein Hamburger Gericht erklärte den Ausschluß der Hamburger GEW-Mitglieder für unrechtmäßig.

Der Genosse Köhler, eines der ausgeschlossenen Mitglieder, trat der GEW-Führung entgegen. Er faßte die Position, mit der wir in den vorhergehenden zwei Wochen zur Hauptversammlung in der Korrektur alter Fehler mobilisiert hatten, zusammen, indem er ausführte, die Mainzer und Kölner Satzungsbeschlüsse hintertrieben gerade den bundesweiten Zusammenschluß gegenüber dem staatlichen Arbeitgeber, dem Staat als Organisator des staatlichen Bildungswesen.

Die Annahme dieser Beschlüsse ließe die GEW zurückfallen auf den Status eines obrigkeitstreuen Lehrervereins. Er forderte die Ablehnung der Bundessatzung und die Einberufung einer neuen Bundesvertreterversammlung.

Die folgende Abstimmung war ein Schlag für den Vorstand

Von 3 627 Kollegen stimmten 1 611 gegen den Vorstandsantrag, der die automatische Gültigkeit der Bundesssatzungsbestimmung für den Landesverband beinhaltete. 1 979 stimmten dafür. Damit hatte er die notwendige Zweidrittelmehrheit weit verfehlt.

Nach hektischer Verwirrung schwenkte der Vorstand um. Er empfahl für den ersten Teil eines Antrages zu stimmen, der von Teilen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokra-

ges zu stimmen, der von Teilen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokra-

tischer Lehrer und der DKP getragen wurde.

Dieser Antrag war als der große Schlag gegen die Absichten des Vorstandes verkündet worden und dieser hatte ihn entsprechend scharf bekämpft. In Wirklichkeit enthielt dieser Vorschlag in seinem ersten Teil die Annahme der Bundessatzung in verklausulierter Form mit der Maßgabe in seinem zweiten Teil, jede einzelne Satzungsbestimmung müsse noch mit einer Zweidrittelmehrheit von der Landesvertreterversammlung angenommen werden.

Der erste Teil des Antrages erhielt mit 2 627 Ja-Stimmen und 759 Nein-Stimmen eine 2/3-Mehrheit. Damit war eine Situation geschaffen, nach der die Tätigkeit des Landesverbandes gemäß der Bundessatzung zu vollziehen ist, deren Annahme aber im einzelnen noch nicht stattgefunden hat. Während der zweite Teil des Antrages mit 1 762 Ja- und 1 591 Nein-Stimmen die 2/3-Mehrheit zur Annahme verfehlte.

Wunder und Frister verkündeten anschließend, sie hätten ihr Ziel im großen und ganzen doch erreicht. Froh werden sie über diesen "Sieg" nicht werden.

Die fortschrittlichen Kollegen haben dem Vorstand einen Schlag versetzt. Ihre Selbständigkeit und Kampfbereitschaft ist ungebrochen. Vielen ist durch das Einschwenken des Vorstandes auf den Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer/DKP dessen Schädlichkeit erst richtig klar geworden. Außerdem hat die Hauptversammlung eine gute Grundlage erbracht, den Wahlkampf für die Landesvertreterversammlung gegen die Politik der Zusammenarbeit mit dem Staat zu führen.

Die Landesvertreterversammlung wird weiter über Satzungsfragen beschließen müssen.

Besonders wenn es in einem anderen Landesverband gelingt, die Mainzer und Kölner Anschläge auf die Kampfkraft und Einheit der GEW zurückzuweisen, wird das für den Vorstand nicht sehr gut abgehen. Es sei ein "Pyrrhussieg" gewesen, sei aus Kreisen des Vorstandes verlautbart worden, schreibt die lokale Presse. Sie hat recht.

–K., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Hamburg–

–K., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Hamburg–

ÖTV-Ausschlussantrag gegen SPD-Mitglied

ÖTV-Ausschlussantrag gegen SPD-Mitglied

ÖTV-Kreisvorstand stellt Ausschlußantrag gegen seinen stellvertretenden Vorsitzenden

Freiburg. Nach einer Serie von Ausschlußanträgen gegen ÖTV-Mitglieder, denen Mitgliedschaft im KBW oder Unterstützung des KBW vorgeworfen wird, verbreitete sich jetzt wie ein Lauffeuer der jüngste Coup des ÖTV-Kreisvorstandes: Er stellte Ausschlußantrag gegen das SPD-Mitglied Reinhard Opitz und enthob ihn sofort aller Rechte und Pflichten.

Opitz ist stellvertretender Vorsitzender des ÖTV-Kreisvorstandes Freiburg, Vorsitzender der Hauptabteilung Landesbedienstete, Beiratsmitglied der ÖTV und Gesamtpersonalratsvorsitzender. Der ÖTV-Führung war der Ausschluß so wichtig, daß Müller vom Bezirksvorstand, wahrscheinlich auf direkte Weisung Klunckers, aus Stuttgart angereist war, um den Kreisvorstand Freiburg auszurichten.

Opitz habe den Gewerkschaftsfrieden gebrochen und sei ein "Gewerkschaftszerstörer", soll ihm auf der Vorstandssitzung als Begründung des Ausschlußantrages vorgeworfen worden sein.

Er sei "Steigbügelhalter" und "Aushängeschild" des KBW und habe immer tiefe Genugtuung empfunden, wenn Kiefer und Stimpel (Kreisvorsitzender und Geschäftsführer der ÖTV Freiburg) auf Mitgliederversammlungen angegriffen worden seien.

Er habe es gewagt, im Kreisvorstand gegen den Ausschlußantrag der Kollegen Hindermann und Lukaschek, denen die Kandidatur für den KBW zu den Gemeinderatswahlen vorgeworfen wird, zu stimmen, und außerdem benutze er sogar das Vokabular des KBW: In seinem offenen Brief zur 1. Mai-Feier des DGB spreche er doch einfach von den Interessen aller "werktätigen Kollegen und Kolleginnen". Das sei zuviel.

Was bezweckt der Kreisvorstand mit seinem Ausschlußantrag?

Dem Kreisvorstand war Opitz ein Dorn im Auge, wurde er doch schon mehrfach dabei beobachtet, wie er sich bei seiner Arbeit auf die Meinung der Mitglieder stützte und ihre Interessen zur Richtschnur seiner Gewerkschaftsarbeit machte. In den Tarifrunden setzte er sich für einheitliche Mark-und-Pfennig-Forderungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein.

In der vorletzten Tarifrunde trat er zusammen mit der überwältigenden Mehrheit der Vertrauensleute für eine öffentliche Protestkundgebung gegen die unverschämten Angebote des bürgerlichen Staates ein und wollte nicht nur, wie der Kreisvorstand, im Saal des Gasthauses "Schwanen" in Herdern "schimpfen".

Aus Protest gegen die 1. Mai-Feier des DGB im Kaufhaussaal – exklusiv für Funktionäre – verteilte er einen offenen Brief und forderte eine Demonstration auf der Straße.

Sein Vorschlag, zum Thema Umweltschutz eine Podiumsdiskussion der ÖTV durchzuführen, fand auf der letzten Mitgliederversammlung der Hauptabteilung Land breite Unterstützung.

Der Kollege Opitz ist kein Kommunist.

Er kandidierte in Emmendingen für die SPD zum Gemeinderat und sitzt als SPD-ler im Kreistag. Er ist in Emmendingen 2. Vorsitzender der SPD.

Als überzeugter Sozialdemokrat wendet er sich gegen den Einfluß der Kommunisten; so setzte er sich für eine DGB-Demonstration zum 1. Mai auch deshalb ein, um nicht **"die Straße linksextremen Kräften und Gruppierungen freizugeben und zu überlassen"**.

Einerseits betreibt er Gewerkschaftspolitik für die unmittelbaren Interessen der Kollegen, andererseits wendet er sich gegen diejenigen, die sich auch in den Gewerkschaften für die Beendigung der Herrschaft der Kapitalisten und für die politischen Rechte der Arbeiterklasse einsetzen. Nicht nur ihn selbst wird der Ausschlußantrag durch seine Parteifreunde zum Nachdenken über sozialdemokratische Politik bewegen. W.

GEW-Ausschlußanträge in Braunschweig

Mitglieder fordern Rücknahme

Braunschweig. Am 21. Mai beschloß der Kreisvorstand der GEW Braunschweig, beim Hauptvorstand den Ausschluß von drei Mitgliedern zu beantragen.

Nach der jüngsten Satzungsänderung kann bei "Verstößen gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB" der Hauptvorstand Mitglieder auf Antrag ohne Verfahren sofort ausschließen. Anlaß war bei allen drei die Teilnahme an der Demonstration des KBW zum 1. Mai. Als Beweismaterial diente u.a. ein Farbfoto, das den einen Kollegen mit dem Transparent "Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!" zeigte.

Der enge Zusammenhang zwischen der politischen Überprüfung durch den Staat und durch die Gewerkschaftsführung, zwischen Berufsverbot und Gewerkschaftsausschluß zeigte sich in der weiteren Begründung der Ausschlußanträge:

Zwei innergewerkschaftliche Berichte, die beide Kollegen über die politischen Überprüfungen vor ihrer Einstellung gegeben hatten, dienten als Material zum Nachweis der "Unterstützung des KBW". Offensichtlich hat der Vorstand diese Kollegen herausgegriffen in der Meinung, diese Ausschlüsse ohne größere Schwierigkeiten durchsetzen zu können, da die Kollegen durch ihre politischen Überprüfungen sowieso schon "verdächtig" seien.

Die am nächsten Tag stattfindende Mitgliederversammlung zeigte jedoch schon, daß trotz des Versuchs, die Sache möglichst im Stillen abzumachen – die Vorsitzende hatte einzelnen Vorstandsmitgliedern jegliche Informationen über den geplanten Tagesordnungspunkt verweigert – viele Kollegen das Vorgehen des Vorstandes nicht billigten. **Mit 35 gegen 14 Stimmen wurde ein Antrag auf Rücknahme der Ausschlußanträge angenommen.** Dieser Beschluß der Mitgliederversammlung stellt einen ersten Erfolg dar im Kampf gegen die geplanten Ausschlüsse.

H., Braunschweig

Überprüfung - nur aufgeschoben?

Bremen. Das zentrale Schreibbüro unter akkordähnlichen Bedingungen ist seit über einem Jahr das Rationalisierungsziel des politischen Senats für alle Stenotypistinnen im Bremer öffentlichen Dienst.

Jetzt ist diese Methode, mehr Arbeit aus den Schreibkräften zu pressen, vorerst vom Tisch: der Gesamtpersonalrat lehnte eine Überprüfung der Tippleistungen der Stenotypistinnen nach halbjährigem Zögern endlich ab.

Öffentlich war von der Senatskommission für das Personalwesen immer behauptet worden, die Überprüfung diene nur der gerechteren Arbeitsverteilung unter den Kolleginnen, so brachte es ein internes Schreiben der Behörde ans Licht: Ziel sei die Zusammenpferchung in Schreibbüros, um Personal zu sparen.

An der Uni, wo eine ähnliche Aktion schon vor einem Jahr gebremst wurde, macht's der Senat heute anders: Er denkt sich neue harmlosere Fragebogen aus, will Stichproben ansetzen und schließlich die interviewen, die den Schreibkräften die Schreibarbeiten geben: die Hochschullehrer. Und wenn sich alle weigern mitzumachen, dann werden trotz steigender Arbeit keine neuen Stellen bewilligt. –U./Red.–

Kiel: GEW-Ausschlüsse vorerst zurückgewiesen

Kiel. In Schleswig-Holstein sind sieben Mitglieder der Studentengruppe der GEW an der Pädagogischen Hochschule Kiel aus der GEW ausgeschlossen worden.

Dagegen haben mehrere GEW-Gremien Stellung bezogen. Zum Beispiel die Mitgliederversammlung der Kieler Studentengruppe, der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher Kiel, die Fachgruppe Hochschule Land.

Der Hauptvorstand Bund der GEW hatte so offensichtlich gegen die Landessatzung der GEW verstoßen – die von der Bundesvertreterversammlung der GEW zum reibungslosen Ausschlußverfahren gefaßten Beschlüsse gelten für den Landesverband Schleswig-Holstein noch gar nicht – daß das Landgericht Kiel eine einstweilige Verfügung erließ, durch die der GEW unter Androhung von Geld- oder Haftstrafe untersagt wird, die sieben Kollegen an der Ausübung **ihrer Mitgliedsrechte zu hindern.**

L.

Investitionskontrolle: Ein neues Windei der DGB-Führung

Investitionskontrolle im Mittelpunktdes 10. ordentlichen Bundeskongresses des DGB / An der Lohnarbeit und Ausbeutung ändert sie nichts

Auf dem 10. DGB-Bundeskongreß stehen die Anträge zur Investitionslenkung und -kontrolle im Mittelpunkt. Loderer meinte, daß dies das einzig "brisante" Thema des Kongresses sei. Aber weder kapitalistische Wirtschaftskrisen können so beseitigt werden noch wird dadurch die kapitalistische Ausbeuterordnung angegriffen.

Auf dem Gewerkschaftstag liegen verschiedene Vorschläge zur Investitionskontrolle vor. Am wichtigsten ist jener der IG Metall, die über ein Drittel der Delegierten dieses Kongresses stellt. Der Vorschlag sieht eine *"öffentliche Investitionsmeldestelle"* vor, die *"über Auflagen und Prämien private Investitionsentscheidungen belohnen oder ;bestrafen und im Grenzfalle auch Maßnahmen zur Verhinderung unerwünschter Investitionen in Verdichtungsgebieten erlassen"* soll (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 23.5.). Der Investitionsmeldestelle sollen Investitionen ab einer bestimmten Größe gemeldet werden, um *"Überkapazitäten und Engpässe vor allem in solchen Wirtschaftszweigen vermeiden"* zu können, *"die für die Beschäftigungslage der Arbeitnehmer und für die Versorgung der Bevölkerung besonders wichtig sind"* (Antrag der IG Metall).

Während nach dem IG Metall-Vorschlag die Investitionstätigkeit der Kapitalisten durch Prämien einerseits und Abgaben oder Auflagen andererseits beeinflußt werden soll, sieht der Antrag des DGB-Vorstandes die Bildung eines neuen Gremiums vor, in dem die Investitionen beraten und aufeinander abgestimmt werden können. Die Investitionslenkung und Kontrolle war stets auch schon ein Lieblingskind der Jungsozialisten, die versprachen, damit den Sozialismus schon halb einführen zu können. Ihr Vorschlag sieht ein Bundesamt für Investitionskontrolle vor, das alle Investitionen ab einer bestimmten Größenordnung überprüft, sie genehmigt, abändert oder ablehnt. Dabei soll dieses Bundesamt anhand eines Planes entscheiden, der festlegt, welche Investitionen gewünscht sind, und der gemeinsam durch Gewerkschaften, Parteien und Bürgerinitiativen erstellt wird.

Wäs kann die Investitionskon-

Wäs kann die Investitionskontrolle erreichen?

Für ihre Profitproduktion brauchen die Kapitalisten Gebäude, Maschinen, Material und Arbeitskräfte, die mit diesen Produktionsbedingungen Waren produzieren. All dies, einschließlich der Arbeitskräfte, müssen die Kapitalisten auf dem Markt kaufen, bevor die Produktion beginnen kann oder wenn sie die Produktion ausweiten wollen.

Der Zweck der Produktion besteht für den Kapitalisten einzig darin, daß sich das Geld, das er im Kauf von Gebäuden, Maschinen und in Löhnen anlegt, vermehrt, daß er einen Ge winn macht. Aber die Gebäude, Maschinen, das Material, das der Kapitalist kauft, gewinnt nicht dadurch an Wert, indem es herumliegt, sondern einzig dadurch, daß die Arbeiter damit neue Waren schaffen, dadurch, daß sie durch ihre Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum produzieren.

Während so die Arbeiter den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, erhalten sie davon nur, was sie brauchen, um sich am Leben zu erhalten und auch noch dafür müssen sie im Lohnkampf ständig kämpfen.

Den anderen Teil erhält der Kapitalist und er bezeichnet dies als seinen Profit, der ihm zustehe. Indem die Arbeiter so allen gesellschaftlichen Reichtum produzieren und mit ihrem Lohn nur erhalten, was sie zum Leben brauchen, schaffen sie den Profit des Kapitalisten, der seinen Reichtum der Lohnarbeit verdankt.

Der Kapitalist ist damit nicht zufrieden, einmal Profit zu machen. Er verwendet den Profit wieder, um daraus mehr Geld zu machen, zu welchem Zwecke er seinen Profit verwendet, um seine Fabrik zu vergrößern, um noch mehr Arbeiter auszubeuten oder auch, um weniger Arbeiter mit neuen Maschinen mehr auszubeuten. Diese Verwendung des Profits für zusätzliche Maschinen und Gebäude nennt man Investitionen (Neuinvestitionen).

Dabei wird er sein Geld dort anlegen, wo er hoffen kann, einen möglichst hohen Profit zu machen. Er wird sich überlegen, in welcher Branche, in welchem Gebiet er den höchsten Gewinn herausschlagen kann. So versucht jeder Kapitalist, einen möglichst hohen Gewinn herauszuschlagen, jeder versucht, in der gewinnträchtigsten Branche zu investieren oder dort, wo die Löhne niedrig sind, oder wo gute Verkaufsbedingungen für die eigenen Waren herrschen. Daran sieht man, daß es zwischen den Kapitalisten ständig Konkurrenz geben muß, daß jeder versucht, seinen Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen.

Alle Vorschläge zur Investitionslenkung laufen nun darauf hinaus, daß der Staat und auch die Gewerkschaften Einfluß nehmen müßten darauf, wo die Kapitalisten ihr Geld anlegen, in welcher Region, in welcher Branche und in welchem Umfang. Die kapitalistische Profitmacherei, die Lohnarbeit als Grundlage der Profitmacherei, wird dadurch nicht berührt.

Einfluß genommen werden soll durch den Staat einzig darauf, wo und in welchem Umfang sich die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten vollzieht. Daß selbst dies den Kapitalisten nicht schmeckt, liegt auf der Hand, denn sie wollen investieren, wo sie den höchsten Profit erwarten und sind gegen staatliche Einmischungen und Auflagen, die ihnen etwas vorschreiben wollen.

> **Parlament der Arbeit**
>
> Parlament der Arbeit nennt sich der 10. ordentliche Bundeskongreß des DGB, der am Wochenende in Hamburg eröffnet wurde. Mit dem Parlament in Bonn hat er gemeinsam, daß seine Vertreter nicht kontrolliert und abgewählt werden können.
>
> Die 478 Delegierten des Kongresses setzten sich zusammen aus 261 hauptamtlichen und 217 ehrenamtlichen Delegierten. 335 der Delegierten sind Angestellte, 102 Arbeiter, 38 Beamte und 3 Rentner.

Die Gewerkschaftsführung behauptet, mit der Investitionslenkung und Kontrolle könnten die Wirtschaftskrisen verhindert werden. Frister erklärte: *"Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf der einen Seite sowie die Bankrotterklärung der öffentlichen Hand hinsichtlich der Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben auf der anderen Seite zeigen nachdrücklich, daß die Ordnungs- und Lenkungsinstrumente des wirtschaftlichen Geschehens und der Verteilung des Sozialprodukts unzureichend entwickelt sind."* (Welt der Arbeit, 23.5.)

Für die Gewerkschaftsführer hängt die Krise also einzig davon ab, daß die Kapitalisten richtig investieren, daß sich die Ausbeutung am richtigen Ort und im richtigen Umfang vollzieht. Dieser Glaube trog schon einmal. Nach der Krise 1966/67 wurde für die Regierung ein "Stabilitätsgesetz" geschaffen, damit sie die richtigen Mittel habe, künftige Krisen zu vermeiden. Auf der Grundlage dieses Gesetzes erhielten und erhalten heute die Kapitalisten Investitionsprämien, wurde mit dem Mittel der Konzertierten Aktion der Lohnraub vorangetrieben. Genutzt hat es den Kapitalisten, deren Gewinne stiegen, aber Wirtschaftskrisen verhindert wurden dadurch nicht, wie sich gegenwärtig drastisch zeigt. Verwundern kann dies nicht, denn die Ursache der Krise ist die Ausbeutung und Profitmacherei, die soziales Elend für die Massen und die Verfügung des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen von wenigen Kapitalisten beinhaltet.

In einer solchen Produktionsweise kann aber nicht für die Bedürfnisse der Massen produziert werden, denn nicht der Wille der Massen, sondern das Profitinteresse der Kapitalisten beherrscht die gesellschaftliche Produktion.

Worum es sich bei der Investitionskontrolle handelt, schreibt die 'Welt der Arbeit' auch richtig, wenn sie sagt: *"Die Globalsteuerung, seit Karl Schiller das konjunkturpolitische Allheilmittel, muß ergänzt werden."* So wie bisher die Wirtschaftspolitik darin bestand, den Kapitalisten durch Steuergelder, Prämien, Kredite, Subventionen – wie z. B. die Förderung für Investitionen in Grenzgebieten zur DDR – Investitionen in bestimmten Branchen und Regionen schmackhaft zu machen, so soll dies nun verstärkt durch ein zentrales Investitionsamt geschehen, das zugleich aber Investitionen verhindern können soll.

Wie wird dies praktisch aussehen?

Wird den Kapitalisten durch ein solches Amt eine Investition verboten oder mit zu hohen Auflagen versehen, dann werden sie eben gar nicht investieren, oder in einem Bereich, in dem sie dafür Prämien erhalten. Wenn sie gar nicht investieren, wird dies zu nichts anderem als zu Krisenerscheinungen führen und man wird sie schnell in den Genuß von Investitionsprämien bringen müssen, damit sie doch investieren. Man sieht daran, daß die kapitalistischen Wirtschaftskrisen ihre Ursachen nicht in einer zu schlechten Planung durch die Regierung haben, sondern darin, daß der Zweck der kapitalistischen Produktion in der Profitmacherei auf der Grundlage der Ausbeutung der Lohnarbeit besteht.

Und nach welchen Gesichtspunkten soll ein solches Investitionsamt entscheiden, welche Investitionen erwünscht sind und welche nicht? Der IG Metall-Vorstand sagt, nach dem Gesichtspunkt der Vermeidung von "Überkapazitäten", daß nur produziert wird, was auch verkauft werden kann.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise aber hat klar gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien, die Regierung und ihre Wirtschaftspropheten allesamt im Nebel tappen, wenn sie sich darüber auslassen, wie sich der Markt und die Wirtschaft entwickeln soll. Mal war Aufschwung, mal nicht.

Das hat seinen Grund darin, daß "Überkapazitäten" gerade darin bestehen, daß mehr Waren produziert werden, als mit Gewinn auf dem Markt verkauft werden können. Die Kapitalisten kaufen nur so viel, wie sie investieren können, also wie sie brauchen, um aus der Ausbeutung der Lohnarbeit einen möglichst hohen Profit zu schlagen. Die Lohnarbeiter können die Waren nicht kaufen, weil sie für ihren Lohn stets nur einen Bruchteil der Waren erhalten, die sie produziert haben. Denn "Überkapazitäten" bestehen nicht einfach darin, daß zu viel Waren da sind, sondern darin, daß die zahlungsfähige Nachfrage im Verhältnis zu den Waren zu gering ist.

Es kann daher ein solches Investitionsamt "Überkapazitäten" nur dadurch zu vermeiden suchen, daß es die Kapitalisten zu mehr und weiteren Investitionen anreizt, damit alle Waren verkauft werden. Eben dies wird momentan mit Investitionsprämien gemacht. Das heißt aber nichts anderes, als "Überkapazitäten" damit zu bekämpfen, daß noch mehr investiert wird, daß die Fabriken vergrößert und neue errichtet werden. Zu nichts anderem als zu neuer Überproduktion und zu neuen Krisen kann dies führen.

Solange die gesellschaftliche Produktion Privatsache der Kapitalisten ist und auf dem Profit durch Ausbeutung der Lohnarbeit beruht, wird sich dies auch nicht ändern. Nur in einer Gesellschaft, in der die Produktion durch den einheitlichen Willen der Arbeiterklasse und des Volkes getragen wird, die Ausbeutung und Lohnarbeit ausschließt, wird es eine gesellschaftliche Planung geben können, die Krisen ausschließt.

Erhaltung der Marktwirtschaft statt Kampf für die Ziele der Arbeiterklasse

Daß die Investitionskontrolle im Mittelpunkt des DGB-Kongresses steht, zeigt auch, daß es um mehr geht, als um eine bloße Vervollständigung der wirtschaftspolitischen Instrumente der Bundesregierung.

So schreibt die 'Stuttgarter Zeitung" in diesem Zusammenhang: *"Wegleugnen der Konzentration und der gesellschaftlichen Folgen ihrer Macht, wie die Arbeitgeber es tun, wird die Fehlentwicklung nicht aufhalten, wird wachsenden politischen Radikalismus und Kollektivismus hervorbringen."* (Stuttgarter Zeitung vom 24.5.)

Daran wird deutlich, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise ein Lehrmeister für die Erkenntnis ist, daß eine Wirtschaftsordnung, die auf dem Privateigentum der Kapitalisten und der Ausbeutung beruht, nicht im Interesse der arbeitenden Menschen sein kann.

Die Kommunisten haben diese Auffassung stets vertreten und sie arbeiten daher für das Ziel, daß die Arbeiterklasse die Produktionsmittel und Fabriken beherrscht, daß die Arbeiterklasse, die allen Reichtum produziert, auch über die Ziele und Organisation der gesellschaftlichen Produktion bestimmt.

Ganz andere Ziele verfolgt die Gewerkschaftsführung mit der Investitionslenkung. Vetter erklärte: *"Nicht weil wir gegen den marktwirtschaftlichen Wettbewerb sind, sondern weil wir dafür sind, streben wir solche Veränderungen an"* (Handelsblatt vom 20.5.). Auf dem Bundeskongreß selbst warf er den Kapitalisten vor, daß sie *"Hunderte von Millionen für Investitionshilfen und die zusätzliche Beschaffung von Arbeitsplätzen"* nicht genommen hätten (Heidelberger Tageblatt vom 27.5.).

Erhaltung der Konkurrenz und des Wettbewerbs statt Kampf für die selbständigen Ziele und Interessen der Arbeiterklasse, das ist das Motto der Reformvorschläge der Führung des DGB.

Den Kapitalisten können solche Vorschläge im Mittelpunkt des Gewerkschaftskongresses nur recht sein. Denn obwohl sie gegen die Investitionslenkung sind, können sie so die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften auf einem Gebiet führen, das den grundsätzlichen Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und den Kapitalisten gar nicht berührt. Hier wer den sie auch immer Sieger bleiben, denn in Fragen der kapitalistischen Profitmacherei und ihrer Sicherung sind sie stets die Gewiefteren und Erfahrereren.

So soll durch den Vorschlag der Investitionskontrolle das in der Krise wachsende Interesse der Massen an der Abschaffung dieses Wirtschaftssystems, das auf der Lohnarbeit und Ausbeutung beruht, durch den Vorschlag der Investitionskontrolle erstens auf bürgerlichen Boden gestellt und zweitens auf ein Gebiet gelenkt werden, in dem sich die Gewerkschaften nur Niederlagen einhandeln können.

Investitionslenkung und Mitbestimmung

Eng verbunden ist für die Gewerkschaftsführung die Investitionslenkung mit der Frage der paritätischen Mitbestimmung.

Die DGB-Zeitschrift "Die Quelle" schreibt dazu: *"Wird das gesamte Instrumentarium der (indirekten) Investitionssteuerung zielstrebig eingesetzt, lassen sich sicherlich die anfangs genannten Mängel der privaten Investitionsentscheidungen stärker als bisher vermeiden. Dabei bleibt die Verantwortung über Art und Umfang der Investitionen im Bereich des einzelnen Unternehmens, wie dies auch das DGB-Grundsatzprogramm von 1963 in dem Abschnitt über Investitionslenkung vorsieht. Die paritätische Mitbestimmung in allen Großbetrieben der Wirtschaft würde im übrigen den Entscheidungsprozeß über die Investitionen demokratischer gestalten und die Arbeitnehmer an diesem Machtkomplex teilhaben lassen."* (Quelle 2/75)

Die Gewerkschaften hoffen , daß durch die Verbindung von Investitionslenkung und paritätischer Mitbestimmung die kapitalistische Wirtschaft "demokratischer" würde. Aber worin soll die "Demokratie" in einer Wirtschaft bestehen, in der die Arbeiter den Reichtum produzieren und die Kapitalisten ihn sich aneignen?

Worin soll die "Demokratie" bezüglich von Investitionen bestehen, die stets unterdem Gesichtspunkt vorgenommen werden, wieviel Profit sie abwerfen, zu welchem Zweck die Ausbeutung und Arbeitshetze so gut wie möglich gestaltet werden muß? Auch die Beteiligung der Gewerkschaften an einem Investitionsamt oder die Beteiligung der Gewerkschaften an der Investitionslenkung durch Wirtschaftsräte, wie vorgeschlagen wurde, ändert nichts daran, daß hier stets nur darüber entschieden wird, ob Produktionskapazitäten zur Ausbeutung der Arbeiterklasse geschaffen werden sollen oder nicht.

Die Gewerkschaften können sich durch eine solche Mitbestimmung auch nicht mehr einhandeln, als daß sie auf das Interesse der Kapitalisten verpflichtet werden, in deren Interessen Krisen bekanntlich ebenfalls nicht sind. Für die Arbeiterklasse bedeutet dies aber nur, daß ihre Selbständigkeit eingeengt wird, daß die Gewerkschaften als elementare Organisationen der Arbeiterklasse auf das Ziel des Überlebens der kapitalistischen Ausbeuterordnung verpflichtet werden.

Die Arbeiterklasse braucht den Sozialismus

Während Vetter die Investitionslenkung als Mittel zur Rettung des Kapitalismus angepriesen wird, wird sie von linken Sozialdemokraten, den Jungsozialisten und Teilen der Gewerkschaft als Mittel zur Erreichung des Sozialismus angepriesen.

So schreiben die Jungsozialisten: *"Notwendig ist eine gezielte und bewußte gesamtgesellschaftliche Planung und Investitionslenkung, die zu einer demokratischen Kontrolle der Investitionsentscheidung auf den gesellschaftlichen Ebenen führt."* (Juso 5/74)

Richtig ist, daß eine gesellschaftliche Planung der Produktion not tut. Erreicht werden kann diese aber nicht, indem die wirtschaftspolitischen Befugnisse des bürgerlichen Staates vergrößert und die Arbeiterklasse durch ihre Gewerkschaften gemeinsam mit den Kapitalisten berät, wie die Profitmacherei am Leben zu erhalten sei.

Daß diese Ausbeuterordnung zu ihrer Erhaltung immer mehr die Notwendigkeit ihrer Planung durch den bürgerlichen Staat erfordert, was zeigt dies anderes, als daß sie einen Grad der Vergesellschaftung der Produktion erreicht hat, der es notwendig macht, daß sich die Massen zum Beherrscher der Produktion aufschwingen.

Nicht mit dem bürgerlichen Staat wird das gehen, sondern nur, wenn der bürgerliche Staat gestürzt wird, der die kapitalistische Ordnung verteidigt.

"Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befreit es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitaleigenschaft und gibt ihrem gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit sich durchzusetzen. Eine gesellschaftliche Produktion nach vorherbestimmtem Plan wird nunmehr möglich. (...) Die Menschen, endlich Herren ihrer eignen Art der Vergesellschaftung, werden damit zugleich Herren der Natur, Herren ihrer selbst – frei." (Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft)

–e.r.–

Fortsetzung v. S. 1

... USA fordern Stärkung der NATO

BRD darauf ankommen, den Leopard II als Standardtyp der Panzerbewaffnung der NATO-Staaten durchzusetzen, wie es den USA darauf ankommt, die Nachfolge für den Starfighter für die F 16 zu sichern. Die Kosten für diese weitere Aufrüstung in Europa sollen selbstverständlich die europäischen Völker zahlen. Nach Vorstellungen des US-Kriegsministers Schlesinger sollen die westeuropäischen Staaten die Rüstungsausgaben um drei bis vier Prozent real steigern. Bei der gegenwärtigen Stagnation des Bruttosozialprodukts wird dies eine gewaltige Steigerung der Ausplünderung der europäischen Völker bedeuten, ohne daß sich die Bedrohung durch die beiden Supermächte auch nur ein bißchen verringert.

Vor allem die USA und die BRD werden nicht müde zu betonen, daß die Aufgaben der NATO sich heute gewaltig gesteigert hätten und längst aufgehört hätten, ein reines Militärbündnis gegen den Warschauer Pakt darzustellen. Was sie damit meinen, ist klar: Die NATO soll noch mehr als bisher ein Instrument der Aggression gegen die Staaten der Dritten Welt werden und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der europäischen Staaten. Als Beweis für die Notwendigkeit der Aggression gegen die Völker der Dritten Welt führen die westdeutschen Politiker die Politik der OPEC-Staaten an. Entsprechend wie Kissinger und Schlesinger äußert sich auch der Wehrexperte der CDU, der Bundestagsabgeordnete Wörner: *"Wenn sowohl die nationale Sicherheit jedes westlichen Staates als auch die Sicherheit des gesamten freien Westens unmittelbar abhängig sind von der Stabilität des internationalen ökonomischen Systems, dann folgt hieraus zwingend, daß jede bewußt unternommene Störung dieses Systems als Aggression erkannt, bewertet – und beantwortet werden muß. Die Art der Antwort und die Wahl der Mittel haben sich nach Art und Ausmaß der Bedrohung zu richten."* (Wehrkunde Nr. 2/75, Seite 64 f.)

Diese Auffassung entspricht auch der Auffassung der Bundesregierung, die stets die wachsende Bedeutung weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Fragen für das NATO-Bündnis betont. Was daraus folgt, spricht Wörner folgendermaßen aus:

"Sicherheit aber, das ist wohl die zentrale Erkenntnis dieser Tage, ist nicht einfach die Erhaltung eines bestehenden Zustandes – und sei er auch noch so 'sicher'. Sicherheit bedeutet heute auch Hoffnung auf politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und hat damit eine dynamische Dimension bekommen." (Wehrkunde Nr. 2/75, Seite 65) Dieser politische, wirtschaftliche und soziale "Fortschritt" ist aber für die westdeutschen Imperialisten gleichbedeutend mit der Verschärfung des Drucks auf die Völker der Dritten Welt und der Ausbeutung der Arbeiterklasse in Westdeutschland sowie der Ausplünderung des Volkes. Die "dynamische Dimension" der "Sicherheit" besteht also in nichts anderem als der Aggression nach innen und außen.

Um diese Politik zu gewährleisten, ist eine Politik der Einmischung in die inneren Verhältnisse der anderen NATO-Staaten notwendig. Bei dieser Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer NATO-Staaten sind die USA nach wie vor führend, erhalten in der Bundesrepublik aber zunehmend einen entschlossenen Helfershelfer und gleichzeitig Konkurrenten.

Auf der NATO-Gipfelkonferenz soll auch die Lage in Portugal beraten werden. Was dabei beraten werden soll, liegt auf der Hand: Wie kann dieses Land, dessen Arbeiter und Bauern nach dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes den Klassenkampf entfalten, wieder vollständig unter die Kontrolle des Imperialismus und der Monopolbourgeoisie gebracht werden? In der NATO-Debatte des Bundestages hat diese Frage in allen Reden eine große Rolle gespielt. Präsident Ford hat bereits vor seiner Abreise nach Brüssel gesagt, daß die Entwicklung in Portugal eines der wichtigsten Probleme der Gipfelkonferenz darstellen werde. Ähnliche Probleme stellen sich jedoch nicht nur für Portugal, sondern auch für Italien und andere NATO-Staaten. Hier überall nimmt sich der US-Imperialismus und entsprechend der westdeutsche Imperialismus ein Recht auf Einmischung heraus. Daß es tatsächlich nicht nur um die Auseinandersetzung mit dem Sozialimperialismus geht, sondern vor allem um die Unterdrückung revolutionärer Bewegungen im vom US-Imperialismus beanspruchten Einflußgebiet, lassen die bürgerlichen Politiker manchmal selber raus. So sagte Brandt im Bundestag: *"In Portugal, im Nahen Osten, selbst in Indochina – so der amerikanische Außenminister – resultieren die Schwierigkeiten mehr aus gebietlichen Gegebenheiten, oder, wie er hinzufügte, aus unangemessenen amerikanischen Reaktionen, als aus sowjetischen Interventionen."* (Protokoll, Seite 11857) Sofort sucht Brandt nach "angemessenen" Reaktionen für den BRD-Imperialismus: *"Der amerikanische Außenminister sprach – ich sagte es eben – von Portugal. Ich frage, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen: Was hat der Westen eigentlich im Laufe eines guten Jahres getan, um den Portugiesen bei dem zu helfen, worum es für sie eigentlich geht (Damm, CDU/CSU: "Das frage ich mich auch!"), nämlich Zusammenarbeit zum Nutzen der wirtschaftlichen und demokratischen Stabilität?"*

Hier sieht die BRD eine Aufgabe, um die wirtschaftliche Abhängigkeit Portugals zu erhalten und die Herrschaft der Bourgeoisie durch den bürgerlichen Parlamentarismus zu sichern, nachdem dies durch den Faschismus nicht mehr möglich erscheint.

Eine weitere Frage, die auf der NATO-Gipfelkonferenz erörtert werden wird, ist die Sicherung der imperialistischen Positionen in der Welt, die im Ringen der beiden Supermächte um Europa wichtige Flanken bilden. Bei der Außenministerkonferenz hat hier neben dem Nahen Osten das Rassistenregime der Südafrikanischen Republik eine große Rolle gespielt. Nach Auffassung des US-Imperialismus soll hier eine offizielle Bastion der NATO errichtet werden, um die Rohstoffzufuhr um das Kap der Guten Hoffnung und die Beherrschung des ind. Ozeans zu sichern. Bei der Eröffnung dieser "dynamischen Dimension" der Sicherheit Europas ist der US-Kriegsminister bei einigen europäischen Ländern auf Widerstand gestoßen. Mit der beifälligen Unterstützung durch die Bundesrepublik, die im südlichen Afrika große Investitionen tätigt, kann er jedoch ebenso rechnen wie bei der tatsächlichen Einbeziehung des faschistischen Spanien in die Strategie der NATO.

Den imperialistischen Charakter der Politik der BRD in der NATO hat Blumenfeld (CDU) als Berichterstatter ohne Widerstand der anderen Parteien zum Ausdruck gebracht:

"Es ist einfach notwendig, zu erkennen, daß 20 Jahre und mehr, nachdem dieses große Verteidigungsbündnis der westlichen Welt ins Leben gerufen wurde, die Einwirkungsmöglichkeiten und auch die Spannungen und die von außen auf uns zukommende Problematik eine Verkürzung *nur* auf die eigenen geographischen Grenzen des Bündnisses *nicht mehr unterstützen bzw. nicht mehr als berechtigt erscheinen lassen. Ich will damit zum Ausdruck bringen, daß heute das nordatlantische Bündnis weit über seine geographischen Grenzen hinaus politisch – politisch, meine verehrten Damen und Herren! – sich engagieren muß und im Hinblick auf die militärische Beobachtung und Verhütung ebenfalls über die Grenzen hinausschauen muß. Wir brauchen doch nur den Konflikt im Nahen Osten anzusehen oder die Möglichkeiten des Abschneidens unserer Energieversorgung, um völlig klar zu sehen, was damit angesprochen ist."* (Protokoll, Seite 11855)

Die NATO-Gipfelkonferenz verfolgt von seiten des US-Imperialismus die Absicht, vor aller Welt klarzumachen, daß ihn seine Niederlagen in der Welt nicht davon abhalten können, seine hegemonialen Interessen in Europa wahrzunehmen. Von seiten des BRD-Imperialismus wird auf dieser Gipfelkonferenz seine Politik fortgesetzt, im Rahmen der NATO und im Windschatten des US-Imperialismus seine eigenen imperialistischen Interessen durchzusetzen: Denn sowohl sein Eindringen auf die Märkte Osteuropas und der Sowjetunion auf der einen Seite wie seine Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt und in Europa sieht der BRD-Imperialismus gegenwärtig militärisch am besten im Rahmen der NATO und in enger Gefolgschaft zum US-Imperialismus gewährleistet.

So voll die bürgerlichen Poltitiker das Maul nehmen: Die NATO dient dem Frieden und der Entspannung genausowenig wie der Warschauer Pakt unter Führung des Sozialimperialismus. Wollen die Völker Europas Frieden und Entspannung, dann müssen sie sich an die Liedzeile halten: **"Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein."**

Unter der Herrschaft des Imperialismus können die Völker jedoch niemals selber reden. Deshalb müssen sie in ihren Ländern die Herrschaft des Imperialismus stürzen und unter Führung der Arbeiterklasse ihre eigene Herrschaft errichten.

J.S.



Inspekteur des Heeres bei der Siegesparade der spanischen Faschisten

Der Insepekteur des Heeres der Bundeswehr, Generalleutnant Horst Hildebrandt (rechts im Bild) nahm in Madrid an der von Franco abgenommenen Siegesparade der Faschisten in voller Uniform und mit Ordensschmuck teil. Diese Parade führen die spanischen Faschisten zur Feier des Tages durch, an dem es ihnen vor 36 Jahren gelungen ist, die Republik zu zerschlagen und das Volk zu unterdrücken. Auch damals nahmen deutsche Generale an den Siegesparaden teil, die Nazi-Generale der Legion Condor, die den spanischen Faschisten in den Sattel geholfen haben. Der Besuch des Bundeswehrgenerals fügt sich ein in die Bestrebungen der USA und der BRD, Spanien enger an die NATO zu binden.

Während der Inspekteur des Heeres der Siegesparade der Faschisten beiwohnte, herrscht in den spanischen Nordprovinzen der Ausnahmezustand, Hunderte von Personen wurden verhaftet, ein Student von der Polizei erschossen. – Links auf dem Bild Spaniens Generalstabschef Villaescusa mit dem von Hitler ihm verliehenen EK 1 an der Brust.

Der Warschauer Pakt ist ein aggressives Militärbündnis

Vom 11. bis zum 14. Mai 1955 tagte in Warschau die Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa.

An dieser Konferenz nahmen Regierungsdelegationen der Volksrepublik Albanien, Polens, der DDR, Bulgariens, Rumäniens, Ungarns, der CSSR und der UdSSR teil; als Beobachter waren auch Vertreter der VR China anwesend. Vor 20 Jahren, am 14. Mai 1955, zum Abschluß dieser Konferenz unterzeichneten die teilnehmenden Staaten den "Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand", den sogenannten Warschauer Vertrag.

Dieser Vertrag zwischen den damaligen Volksrepubliken und der UdSSR kam unter außerordentlich scharfen internationalen Widersprüchen zustande.

1949 wurde die NATO in Europa gegründet, 1954 die SEATO, 1955 die CENTO, aggressive Militärbündnisse, gerichtet gegen die Befreiungskämpfe der Völker, gegen die sozialistischen Länder und gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse in den jeweiligen Ländern selbst.

Insbesondere in Europa war die NATO ein wichtiges Instrument zur "Zurückdrängung des Kommunismus" (wie es damals hieß). Durch die Pariser Verträge (1954) wurde schließlich 1955 auch die BRD in die NATO aufgenommen. Damit wurde in Europa ein einheitlicher Block der Imperialisten gebildet, der in der Tat eine ernsthafte Bedrohung für die jungen Volksdemokratien Europas war.

Noch 1954 unterbreitete die UdSSR einen Vorschlag an die Westmächte, die Teilnahme der UdSSR an der NATO zu erörtern, um mindestens einen gewissen Einfluß innerhalb des Bündnisses ausüben zu können, aber auch um den imperialistischen Charakter der NATO vor den Völkern Europas zu entlarven. Der Vorschlag wurde abgelehnt.

1954 unternahm die UdSSR einen erneuten Versuch, die aggressiven Bestrebungen der westlichen Imperialisten auf diplomatischem Wege einzudämmen: sie wandte sich an alle europäischen Staaten, eine Konferenz über die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa einzuberufen. Am 2. Dezember 1954 fand die Konferenz statt, an der sich allerdings nur die 8 europäischen sozialistischen Länder und die VR China als Beobachter beteiligten.

Erst nach diesen Ereignissen, auf einer erneuten Konferenz zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa sind die sozialistischen Staaten daran gegangen, ein eigenständiges militärisches Bündnis zu gründen.

In der Präambel des Vertrages wird festgehalten, daß die Bündnispartner das Interesse verfolgen, die Freundschaft, die Kooperation und die gegenseitige Hilfe untereinander zu vertiefen, und dies **in Einklang mit den Prinzipien der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit der Mitgliedsstaaten.** Heute wird dieser Passus in einem DDR-Werk über den Warschauer Pakt, "Sozialistische Staatengemeinschaft", gar nicht mehr zitiert. Ebenso wird der Artikel 1 des Vertrags nicht mehr erwähnt, in dem festgehalten wird: Die Parteien verpflichten sich, in ihren internationalen Beziehungen sich der Drohung mit oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten.

Weshalb wird heute über diese Abschnitte des Vertrags geschwiegen? Deswegen, weil der heutige Charakter des Warschauer Pakts diesen Prinzipien in keiner Weise mehr entspricht.

Seitdem in der UdSSR durch die revisionistische Entartung der KPdSU die neue Bourgeoisie an der Macht ist, nutzen diese neuen Machthaber den WP als Werkzeug zur Unterdrückung und Ausbeutung der anderen Mitgliedstaaten und zur Aggression gegen andere Völker und Staaten.

Organisatorisch wird dies gewährleistet dadurch, daß alle bedeutenden Leitungspositionen von sowjetischen Militärs besetzt sind, die Vertreter der anderen Staaten müssen sich mit Vertreterposten begnügen.

Durch den Vertrag fühlt sich die Sowjetunion berechtigt, auf dem Territorium der Mitgliedstaaten ihre Truppen zu stationieren.

"Die westliche Presse berichtete, daß gegenwärtig 31 Divisionen der SU in Osteuropa stationiert sind: 20 (!) in der DDR, 2 in Polen, 4 in Ungarn und 5 in der CSSR. Die dort stationierten sowjetischen Truppen genießen Exterritorialität. Zum Beispiel ist im sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag festgelegt, daß, wenn sowjetische Militärs in den ihnen zugeteilten "Standorten" im Dienst Verbrechen begehen, ihr Fall vom Staatsanwaltschaftsorgan der SU und von anderen, entsprechend dem sowjetischen Gesetz wirkenden Abteilungen behandelt werden muß. Die Länder, in denen sowjetische Truppen stationiert sind, haben kein Recht, sich an solchen Verfahren zu beteiligen." (Zit. nach Peking Rundschau 1975/9, S. 22,23)

Von den Militärmanövern sind alle Mitgliedstaaten bedroht. Die Besetzung der CSSR 1968 sollte für alle eine Warnung sein, die nicht nach der Fuchtel der Sowjetunion tanzen wollen.

Die Militärmanöver des Warschauer Paktes stellen jedesmal eine Bedrohung der Mitgliedstaaten dar. Wo die Sowjetunion einmal Truppen hingeschickt hat, zieht sie sie heute nimmer ab. Nach der Zerschlagung der Konterrevolution in Ungarn hat die Sowjetunion ihre Truppen dort gelassen. Heute sind sie eine Besatzung, und die Sowjetunion nutzt sie zur politischen Bevormundung und zur wirtschaftlichen Ausplünderung des Landes.

Aber nicht alle Mitgliedstaaten sind bereit, dies länger hinzunehmen. Die VR Albanien ist September 1968, nach dem Einmarsch in die CSSR, ausgetreten. Rumänien gewährt den Truppen des WP seit dem selben Zeitpunkt keine Durchmarschrechte mehr, trotz des massiven Drucks seitens der SU.

Der Warschauer Pakt ist jedoch nicht nur ein Mittel der Ausplünderung der Mitgliedstaaten durch die SU und zur Niederhaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse durch die eigenen neuen Bourgeoisien dieser Länder.

Der WP ist ein Werkzeug in den Händen der Sozialimperialisten, ihre aggressiven Ziele, vor allem in Europa zu verwirklichen.

Dadurch, daß die UdSSR die Machtposition im "vereinten Oberkommando" an sich gerissen hat, hat sie de facto die militärische Macht der Mitgliedstaaten an sich gerissen. Sie nutzt nicht nur die Armeen, also die Menschen dieser Staaten für ihre imperialistischen Ziele, sondern verwandelt das Land fremder Völker in Kriegsschauplätze.

So fand z. B. auf dem Gebiet Südungarns eine der größten Militärmanöver des WP statt, als sich im vergangenen Jahr der Gesundheitszustand Titos verschlechterte, und die Sozialimperialisten hofften, im Trüben fischen zu können. Die ganzen letzten Jahre schon bedroht die SU vom Gebiet Ungarns und Bulgariens aus Jugoslawien und wartet nur auf den günstigen Augenblick, dieses Land unter ihre Vorherrschaft zu bekommen.

Die Truppen des Warschauer Pakts sind mit Waffen ausgerüstet, die sich eindeutig für Eroberungskriege eignen (Lang- und Mittelstreckenraketen). In den großen Militärmanövern der letzten Zeit ist gewöhnlich der "Allseitige Angriff" trainiert worden. (Nach Peking Rundschau 1975/9, S. 23)

Es ist bekannt, daß der größte Teil des sowjetischen Militärpotentials in oder um Europa stationiert ist, daß sowjetische Kriegsflotten die Meere um Europa unsicher machen. Die Kriegsrüstung der Sozialimperialisten in Europa ist unübersehbar.

Die Beispiele zeigen: der Warschauer Pakt ist heute ein aggressives Militärbündnis, nicht anders als die NATO. **Er richtet sich gegen die Völker Europas, gegen die nationale Unabhängikeit der Mitgliedstaaten und gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse in diesen Ländern.**

Will die Arbeiterklasse in diesen Ländern den Kampf um ihre Befreiung aufnehmen, so wird sie unweigerlich die Forderungen nach Austritt aus dem Warschauer Pakt und nach Abzug aller fremden Truppen vom Territorium dieser Länder fordern müssen.

In manchen Ländern Osteuropas sind diese Forderungen im Volke heute schon unüberhörbar.

G.S., Frankfurt

Schon in der 1. Sitzung:

Polizeieinsatz gegen kommunistische Stadträtin

Schon auf der 1. konstituierenden Sitzung des neugewählten Heidelberger Gemeinderats am 22.5. wurde die kommunistische Stadträtin Helga Rosenbaum vom Oberbürgermeister Reinhold Zundel ausgeschlossen und durch die Polizei abgeführt. Gleich in dieser Sitzung war der Gemeinderat von der anwesenden Öffentlichkeit mit den Forderungen der Heidelberger Bevölkerung konfrontiert und zur Rede gestellt worden. Deshalb hatte der Oberbürgermeister schon vor dem Ausschluß der Stadträtin Helga Rosenbaum die Öffentlichkeit ausgeschlossen und die Polizei rufen lassen.

Jetzt soll gegen einzelne Anwesende und auch ausdrücklich gegen Helga Rosenbaum Anzeige wegen "Schweren Hausfriedensbruch" erstattet werden. Oberbürgermeister Zundel begründet dies damit, daß sie "durch ihr Verhalten deutlich gemacht hat, daß sie im bewußten und gewollten Zusammenwirken mit den Störern gehandelt hat".

Das, was Zundel als Störung bezeichnet, war die berechtigte Forderung der Öffentlichkeit an die Gemeinderäte zu sagen, wie sie es mit der von der Stadtverwaltung für August geplanten durchschnittlich 25 prozentigen Fahrpreiserhöhung bei den Heidelberger Straßenbahnen halten.

Recht offen bringt es die von Oberbürgermeister Zundel angedrohte Strafanzeige an den Tag: Bewußtes und gewolltes Zusammenwirken mit der Bevölkerung, ihre Interessen zur Sprache zu bringen, das ist in diesem Stadtparlament nicht gefragt. Wer's trotzdem tut, soll vor Gericht gestellt werden.

Ganz offensichtlich hat die Anwesenheit auch nur eines Kommunisten im Stadtrat die bürgerlichen Politiker ziemlich durcheinander gebracht. In ihren Äußerungen und Taten bleibt jetzt von dem ganzen demokratischen Gesäusel, das sie während des Wahlkampfes von sich geben, nicht mehr viel übrig. CDU-Stadtrat Gehring läßt in einer Presseerklärung vom 26.5. zu den Vorfällen im Gemeinderat die Katze aus dem Sack: "In einer Demokratie gibt es neben dem Wählerwillen als Souverän im übrigen auch noch Verfassung und Gesetze." Der Wählerwille findet also nach Meinung dieser Herren seine Grenze in der in der Verfassung abgesegneten Eigentumsordnung. Auf diese Ordnung sollten denn auch die Gemeinderäte in der ersten Sitzung in einem feierlichen Gelöbnis festgelegt werden. Die Gemeindeordnung schreibt vor, daß jeder neue Stadtrat dem Oberbürgermeister in die Hand versprechen muß, "Grundgesetz und Landesverfassung zu achten, den Gesetzen Gehorsam zu leisten und für das Wohl der Gemeinde und ihrer Einwohner einzutreten".

Schon Tage zuvor war dieses Gelöbnis in der Presse besonders propagiert worden. Oberbürgermeister Zundel hatte eigens die Verpflichtungsformel auf Grundgesetz und Landesverfas-



Helga Rosenbaum (KBW) im Stadtrat

sung präzisiert. Es war klar, diese Verpflichtung, die aus den gewählten Gemeinderäten treue Staatsdiener machen sollte, hatte diesmal für die Bourgeoisie besondere Bedeutung, weil jetzt eine Kommunistin Mitglied des Gemeindeparlaments war, eine Stadträtin, die sich in ihrem Programm auf die Interessen der Arbeiterklasse verpflichtet hatte.



Heidelberg. 800 Menschen protestieren gegen die erneute Fahrpreiserhöhung bei der HSB. Das Bild zeigt die Abstimmung über die vom KBW vorgeschlagene Resolution.

Der Oberbürgermeister und die Gemeinderäte mußten es sich gefallen lassen, daß sie bei dieser Verpflichtung auf "das Wohl der Gemeinde und ihrer Einwohner" aus dem Publikum heraus gleich nach den Fahrpreiserhöhungen gefragt wurden.

Weil die kommunistische Stadträtin sich auch nach dem Ausschluß der Öffentlichkeit auf die Seite derjenigen stellte, die gefordert hatten, Ablehnung der geplanten Fahrpreiserhöhung durch den Gemeinderat, weil sie sich weigerte, die Verpflichtungsformel vor Verlesung einer Solidaritätserklärung einzugehen, ließ der Oberbürgermeister sie durch die Polizei abführen.

Helga Rosenbaum gab ihre Erklärung vor der wartenden Öffentlichkeit vor dem Rathaus ab. Ein Teil der von der Gemeinderatssitzung ausgeschlossenen Öffentlichkeit bildete einen Zug durch die Innenstadt und informierte in kurzen Kundgebungen die Bevölkerung von den Vorgängen im Gemeinderat.

Die Ortsgruppe des KBW Heidelberg rief für den folgenden Montag zu einer öffentlichen Versammlung vor dem Rathaus auf, die die nächsten Maßnahmen gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen und das weitere Verhalten der Stadträtin Helga Rosenbaum beraten sollte. Etwa 800 Menschen nahmen an der Versammlung unter freiem Himmel teil und verabschiedeten eine Resolution, die gegen die Fahrpreiserhöhungen protestiert, auffordert, sie zu verhindern und die nächsten Kampfschritte festlegt. In der Resolution heißt es u. a.:

"(. .) Die Versammelten verpflichten die Stadträtin Rosenbaum, gegen die Fahrpreiserhöhungen im Stadtrat aufzutreten, und sie fordern die anderen Stadträte auf, diesem Beispiel zu folgen. Insbesondere fordern sie die Stadträte der SPD und die Gewerkschaftsmitglieder im Stadtrat auf, diesem Beispiel zu folgen.

Was nun den Eid betrifft, den der bürgerliche Staat von den gewählten Mitgliedern des Stadtrates verlangt, bevor sie die Interessen ihrer Wähler vertreten dürfen, so betrachten ihn die Versammelten nur als eine Eintrittskarte in das bürgerliche Parlament. Damit die Stadträtin Rosenbaum dieses Parlament nutzen kann, um die Interessen der Arbeiterklasse und der arbeitenden Bevölkerung zur Sprache zu bringen und die Machenschaften Zundels und der bürgerlichen Parteien zu entlarven, soll sie sich diese Eintrittskarte erwerben. Das wird sie und ihre Wähler nichts kosten. Den Preis, den der bürgerliche Staat verlangt, Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, wird er nicht bekommen.

Die Versammelten rufen zu einer Demonstration am kommenden Samstag, dem 31. Mai, um 12 Uhr auf. Die Forderungen sind:

Keine Fahrpreiserhöhungen bei der HSB!
Schluß mit dem Abbau des öffentlichen Nahverkehrs!
Kampf der Ausplünderung der arbeitenden Bevölkerung durch den bürgerlichen Staat!

Die Versammelten fordern alle Organisationen, die die Fahrpreiserhöhungen ablehnen, auf, zu dieser Demonstration aufzurufen.

Die Stadträtin Helga Rosenbaum wird beauftragt, die Forderungen dieser Versammlung in der nächsten Gemeinderatssitzung am 5. Juni einzubringen und ihre sofortige Behandlung durch den Gemeinderat sowie die Ablehnung der Fahrpreiserhöhung zu beantragen. Wenn der Gemeinderat diesen Antrag ablehnt und dadurch seine Entschlossenheit zur Durchführung der geplanten Fahrpreiserhöhung beweist, muß eine große Kundgebung in der Innenstadt bei ruhendem Straßenbahn- und Busverkehr stattfinden."

Ortsgruppe Heidelberg

jetzt von dem ganzen demokratischen Gesäusel, das sie während des Wahlkampfes von sich geben, nicht mehr viel übrig. CDU-Stadtrat Gehring läßt in einer Presseerklärung vom 26.5. zu
Bourgeoisie besondere Bedeutung, weil jetzt eine Kommunistin Mitglied des Gemeindeparlaments war, eine Stadträtin, die sich in ihrem Programm auf die Interessen der Arbei-
berg rief für den folgenden Montag zu einer öffentlichen Versammlung vor dem Rathaus auf, die die nächsten Maßnahmen gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen und das weitere
Gegen Fahrpreiserhöhungen

Amtsrichterlicher Federstrich

Willkür von Polizei und Justiz gegen Gegner der Fahrpreiserhöhungen

Frankfurt. Am Freitag, den 31.5.1974 um 18 Uhr – zur Zeit der Protestaktionen der Frankfurter Bevölkerung gegen die Fahrpreiserhöhung – wurde ich beim Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung im Nordend für 30 Stunden festgenommen. Begründung der Polizei: "Verkauf einer Zeitung verleumderischen Inhalts."

Als ich nachträglich auf Feststellung der Unrechtmäßigkeit der Festnahme klagte, wurde diese Begründung fallengelassen und eine neue nachgeschoben. "Es konnte und mußte angenommen werden, daß der Kläger am gleichen Tag am Barrikadenbau oder anderen Ausschreitungen mitwirken würde. Diese Annahme wird dadurch begründet, daß in der vom Kläger verkauften Zeitung die Parole verbreitet wird: 'Ganz Frankfurt nach Betriebsschluß auf die Zeil! Alle Räder stehen still, wenn das ganze Volk es will!' "

Ich erhob erneut Klage. Am 13.5.1975 hat nun das Verwaltungsgericht Frankfurt über meine Klage folgendermaßen entschieden: Die Klage wird wegen Unzulässigkeit ab gewiesen, da die Entscheidung des Amtsrichters **endgültig** war. Der Kläger trägt die Kosten.

Drei Dinge werden an meinem Fall besonders deutlich:

1. Die Festnahmen der Polizei werden immer willkürlicher.

Meine Festnahme trug sich folgendermaßen zu: Der Einsatzleiter eines Konvoi fragte mich nach Flugblättern. Diese Herren waren offensichtlich gerade dabei, alle Flugblattverteiler in der Stadt einzukassieren, da diese 'zu einer verbotenen Demonstration' am nächsten Tag aufriefen. Nun fanden sie allerdings bei mir keine Flugblätter, sondern nur die Zeitung. Der Einsatzleiter war verdutzt, beriet sich mit seinen Kollegen im PKW, kam zurück und forderte mich auf, in den Mannschaftswagen einzusteigen und mitzukommen. Da er keine Begründung angab, weigerte ich mich anfangs, worauf er mich drohend fragte, 'ob seine Leute mir beim Einsteigen behilflich sein sollten'.

Über die polizeiliche bzw. richterliche Begründung für meine Festnahme schüttelt sogar die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' verständnislos den Kopf: *"Die Zeitung sei 'verleumderischen Inhalts', so sagte man, und der Verkäufer ist deshalb festzunehmen. (.,. .) Wenn dies ein hinreichender Festnahmegrund ist, werden sich Kioskbesitzer und Buchhändler künftig vorsehen müssen."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.5.1975)

2. Mit geradezu verblüffender Offenheit betätigt sich der Amtsrichter als Erfüllungsgehilfe der Polizei.

Was einem FAZ-Journalisten noch Kopfzerbrechen bereitet, ist dem Amtsrichter, der täglich ins Polizeipräsidium kommt, um die Festnahmen zu bestätigen, kein Gedanke mehr wert. Er unterschreibt unbedenklich die absurdesten Begründungen, die die Polizei ihm vorlegt. Weiß er doch, daß seine Entscheidung 'endgültig' ist. *"Die Polizei allein weiß es, und der Amtsrichter unterschreibt . . . Der amtsrichterliche Federstrich, irgendwann zwischen Kompott und Feierabend erfolgt, ist 'endgültig', andere Gerichte können seine Rechtmäßigkeit nicht nachprüfen."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.5.75)

Der Amtsrichter legt keinen Wert mehr darauf, mit dem Schein der immer wieder beschworenen richterlichen Unabhängigkeit die Blöße der Klassenjustiz zu verhüllen. Die Justiz, nach der Theorie der Gewaltenteilung Instanz der Überprüfung der Exekutive (hier der Polizei), wird vollständig zum Vollzugsorgan der Polizei.

Nachträglich wurde dann festgestellt, daß die Polizei *"irrtümlich eine falsche Begründung für die Festnahme angegeben"* und der Amtsrichter diese unterschrieben hat, so der Verwaltungsrichter im Prozeß. Nun sollte man meinen, daß damit doch erwiesen ist, daß meine Festnahme nicht rechtens war. Keineswegs! Eine neue Begründung von 7 Seiten wurde gezimmert und nachgeschoben. Ein Vorgang, der elementar gegen geltendes Recht verstößt.

3. Die Polizei brauchte dieses Urteil, um gegen die Gegner der nächsten Fahrpreiserhöhung vorgehen zu können.

Nachdem die beiden entscheidenden Stützen der Beweisführung der Polizei für meine drohende Gewalttätigkeit nicht mehr aufrechterhalten werden konnten (nämlich die KBW-Mitgliedschaft, die ich bestritt und die Teilnahme an einer Hausbesetzung, die ich bestritt), sagte der Rechtsvertreter der Polizei etwa sinngemäß: Das alles ändere seiner Meinung nach nichts an der Rechtsmäßigkeit der Festnahme. Klar sei, daß ich gegen die Fahrpreiserhöhung gewesen bin, was ich auch nicht bestreite. Da die nächste Fahrpreiserhöhung vor der Tür stehe, sei es unbedingt notwendig, daß im Sinne des Polizeipräsidiums entschieden werde.

Ihm war klar: Wird meine Klage abgewiesen, so kann die Polizei ungeniert alle Gegner der Fahrpreiserhöhung in einer zugespitzten Situation in Vorbeugehaft nehmen. Es ist dazu noch nicht einmal notwendig, sie beim Flugblattverteilen oder Zeitungsverkauf anzutreffen, sofern man ihre Namen noch vom letzten Jahr hat.

Natürlich werde ich auch gegen diese Entscheidung angehen, weil ich der Meinung bin, daß dieser Gerichtsbeschluß juristisch und politisch von sehr grundsätzlicher Bedeutung ist.

Eckhard Vogel (gekürzt)

Gegen Fahrpreiserhöhungen

Frankfurt. Gegen die vom Magistrat vorgesehenen erneuten Fahrpreiserhöhungen um ca. 30 % hat die Ortsgruppe des KBW am 22.5. eine erste größere Veranstaltung durchgeführt, zu der etwa 650 Menschen kamen.

Sie hat dort den Vorschlag erläutert, den Kampf gegen dieFahrpreiserhöhungen unter den Losungen

Schluß mit der Ausplünderung der Arbeiterklasse und des Volkes durch den kapitalistischen Staat!
Weg mit den Fahrpreiserhöhungen!
Die Kapitalisten sollen selbst bezahlen!

zu führen und den Protest gegen die Tariferhöhungen am 12. Juni, also an dem Tag, wo die Stadtverordneten voraussichtlich über die Fahrpreiserhöhung entscheiden werden, den Protest in einer Demonstration zum Römer zusammenzufassen.

Die Einladung, die Veranstaltung zur Debatte um das richtige Vorgehen im Kampf gegen die Tariferhöhungen zu nutzen und die eigenen Vorschläge darzulegen, wurde von der DKP, den Jusos und auch der Gruppe "Revolutionärer Kampf" ignoriert.

Gegen die Fahrpreiserhöhungen haben inzwischen u. a. die Betriebsräte der Firmen Brönners Druckerei, Umschau-Verlag, Brönner-Verlag und Stigma Studio in einem Schreiben an den Bezirksvorstand der IG Druck und Papier protestiert. Die Obleute-Versammlung der GEW vom 15.5. hat den DGB-Kreisvorstand aufgefordert, am 12.6. auf dem Römerberg eine Protestveranstaltung durchzuführen.



Wiesloch. Nachdem die Landesregierung in Stuttgart zu erkennen gegeben hat, daß sie die Sondermülldeponie in Malsch, deren Schließung die Bevölkerung durch eine Blockade erkämpft hatte, doch wieder aufmachen will, fand am 24. Mai eine Demonstrationsfahrt mit Autos und Traktoren durch alle betroffenen Gemeinden statt. Zur abschließenden Kundgebung vor der Müllkippe kamen 500 Menschen, die die endgültige Schließung und Entgiftung der Deponie forderten und beschlossen, bei Wiedereröffnung die Giftkippe erneut zu sperren.

Die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter trifft der Paragraf 218 besonders schwer

Betrogen

Statt Abtreibung Fehlgeburt eingeleitet

Mitte März bat mich eine türkische Genossin, für eine türkische Arbeiterin (23 Jahre, verheiratet) einen Arzt für eine Abtreibung zu finden. Die Frauengruppe gab mir eine Menge Adressen in Holland und auch die eines Arztes in der Stadt, in der die Arbeiterin wohnt, von dem sie aber nicht wußten, welches Verfahren er anwendet, man müßte sich erst darüber informieren. Die beiden Türkinnen gingen dann zu ihm. Er verlangte nur 50 DM, sagte aber nichts zum Verfahren. Da eine Reise und die Abtreibung in Holland für die Arbeiterin sehr teuer und umständlich (wegen der Sprache) gewesen wäre, akzeptierten sie. Die Arzthelferin behandelte die beiden sehr kurz, es wurde nicht erlaubt, daß die Genossin mit der Arbeiterin zu dem Arzt mit reingeht, "aus Sicherheitsgründen, weil sie ja was verraten könnte und als Nicht-Abtreibende auch nichts zu befürchten hätte". Das wäre aber notwendig gewesen, weil die Genossin schon länger hier ist und ausgezeichnet Deutsch spricht, während die Arbeiterin fast noch überhaupt kein Deutsch versteht und spricht. Der ganze Vorgang beim Arzt ging ruckzuck, ohne daß die Arbeiterin wußte, was mit ihr geschah. Nach dem, was sie dann nachher der Genossin erzählte, vermutete diese, daß der Arzt nur eine Fehlgeburt eingeleitet hatte und keinen Abort vornahm. Dies ist ziemlich gefährlich. Es dauerte dann schließlich eine Woche, bis die Fehlgeburt eintrat. Dazwischen ging sie natürlich zur Arbeit. Im Krankenhaus versuchten dann die Ärzte und Schwestern, die gemerkt hatten, daß mit der "Fehlgeburt" etwas nicht stimmt, die Arbeiterin dazu zu bringen, den Eingriff zuzugeben und den Arzt zu nennen. Dies tat sie aber nicht. Sie leidet bis heute an den Folgen dieser gefährlichen Art von Abtreibung und hat über 20 Pfund abgenommen.



Theaterszene auf einer Veranstaltung in Waiblingen

Es ist ganz richtig, was ihr in der KVZ Nr. 19, Seite 9, geschrieben habt: "Die ausländischen Arbeiter und Frauen für den Kampf gegen den § 218 gewinnen!" Denn: Die ausländischen Kolleginnen sind besonders diesem Schandparagraphen ausgeliefert, da sie aufgrund der reaktionären Ausländergesetze von größeren Sanktionen seitens des bürgerlichen Staates bedroht sind und für die Ärzte, die aus solchen gefährlichen Abtreibungsmethoden ihren Profit ziehen, wegen ihrer mangelnden Verständigungsmöglichkeiten zu hilflosen Opfern werden.

M., Heidelberg

Tödlicher Abtreibungsversuch

Münster. In der letzten Woche wurde in die Raphaelsklinik eine Ausländerin eingeliefert, um wegen der Folgen einer versuchten Abtreibung behandelt zu werden. Sie hatte in ihrer Verzweiflung Benzin getrunken, um ihr Kind abzutreiben. Die Frau konnte nicht gerettet werden. Sie ist inzwischen gestorben.

„Dreiste Hunde"

Frankfurt. Ich war letzte Woche beim Frauenarzt und kam im Wartezimmer mit den anderen wartenden Frauen über den § 218 ins Gespräch. Es war dort eine Ausländerin, die bereits drei Kinder zur Welt gebracht hatte, das jüngste davon ein Vierteljahr alt, und schon wieder schwanger war. Ihr Mann ist bereits seit einem halben Jahr arbeitslos, was sie dazu zwingt, trotz der kleinen Kinder für die Ernährung der ganzen Familie zu sorgen. Sie war verzweifelt und suchte einen Arzt, der ihr "helfen" kann, was für sie besondere Schwierigkeiten mit sich bringt. Das fängt an bei den Sprachschwierigkeiten, geht weiter mit der fehlenden Zeit, um von einem Arzt zum anderen zu laufen, und geht bis zum fehlenden Geld, sich im Ausland in eine Klinik zu legen oder hier eine illegale Abtreibung bezahlen zu können.

Besonders aufgebracht waren die Frauen über das Bundesverfassungsgerichtsurteil (sie nannten die Verfassungsrichter "dreiste Hunde, die man von ihren Stühlen treten muß"), mit dem der bürgerliche Staat sich anmaßt, auf ewig jede schwangere Frau zur Geburt zu zwingen, ihm aber nicht einfällt, nur einen Gedanken an die Sorgen und Nöte zu verschwenden, die die Erziehung der Kinder im Kapitalismus für eine Arbeiterfamilie mit sich bringt. Mit zu kleinen oder zu teuren Wohnungen, mit fehlenden Kindergartenplätzen, mit dem immer schmaler werdenden Geldbeutel soll jeder alleine fertig werden.

Wir waren uns einig, daß der § 218 für die Mehrheit der Bevölkerung ein Schlag ins Gesicht ist, der umso härter wird, wie sich die Verhältnisse verschlechtern. Und das man sich das nicht gefallen lassen kann, sondern daß der § 218 weg muß.

–Bar, Frankfurt–

Darmstadt. Auf der Techniker-Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV in Darmstadt vom 14.5.75 wurde mehrheitlich ein Antrag verabschiedet, in dem die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert wird. "Die Entscheidung", heißt es in dem Antrag, "über den § 218 darf nicht einigen hoch bezahlten Richtern überlassen werden, vielmehr muß das Volk selbst entscheiden. Dieser Forderung muß durch eine Unterschriftensammlung Nachdruck verliehen werden." Weiter heißt es: "ist es z. B. notwendig, daß wir uns für mehr Kindertagesstätten in den Betrieben einsetzen, für das Recht, während der Arbeitszeit nach den Kindern zu sehen und dafür, daß die Kindertagesstätten vom Personalrat kontrolliert werden.

Der § 218 ist nicht nur eine Frauenfrage. Durch ihn werden ganze Familien betroffen. Deshalb ist es notwendig, daß sowohl Männer wie Frauen, als auch Alte und Junge, gegen diesen Paragrafen kämpfen." Für den Antrag stimmten 24 Kollegen, 17 stimmen dagegen, einer enthielt sich.

Göttingen. Auf einer Veranstaltung des DGB-Frauenausschusses, zu der etwa 60 Kolleginnen und Kollegen zusammenkamen, wurde eine Resolution zur Vorlage in den Gewerkschaftsversammlungen verabschiedet, in der ein Volksentscheid gegen den § 218 gefordert wird. In der Versammlung der Abteilung Wissenschaft und Forschung wurde diese Resolution einstimmig übernommen.

Frankfurt. Am 21.Mai fand in der Frankfurter Universität eine § 218-Veranstaltung statt, die von der ÖTV-Betriebsgruppe durchgeführt wurde. Ca. 70 Kollegen waren dazu erschienen. Irmgard Lebküchner, Mitglied des Kreisfrauenausschusses der ÖTV, der Pharmakologe Dr. Götz, der Sexualwissenschaftler Prof. Sigusch und der Rechtswissenschaftler Hartwig Schröder hielten eingangs kurze Referate. In der Diskussion herrschte schnell Einigkeit, daß nur eine ersatzlose Streichung des § 218 nützen kann. Die Diskussion über den Kampf dafür spitzte sich sofort auf den Vorschlag, dazu einen Volksentscheid durchzuführen, zu. Eingewandt wurde dagegen, daß in der Verfassung ein solcher Volksentscheid nicht vorgesehen sei. Dagegen traten aber sofort Kollegen auf, die zeigten, daß die Lohnabhängigen von dem ausgehen müssen, was sie brauchen und nicht von dem, was ihnen die Verfassung gestattet.

Einstimmig wurde dann in einer Resolution, die auch an die Presse geschickt wurde, die Forderung nach einem Volksentscheid erhoben und alle Gewerkschafter und gewerkschaftlichen Gremien aufgefordert, "sich aktiv für die ersatzlose Streichung des § 218 einzusetzen, Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes kann der Kampf nicht beendet sein, denn die sozialen Verhältnisse, die die Frauen und Familien zur Abtreibung zwingen, haben sich nicht geändert."

Osnabrück. Auf der Jugendversammlung der IG Metall am 14.5. wurde ein Antrag des Ortsjugendausschusses mit überwiegender Mehrheit angenommen, in dem die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert wird. Der Antrag wird der Bezirksjugendkonferenz im Juni vorgelegt. Außerdem wurde beschlossen, zusammen mit der Frauengruppe des DGB eine Veranstaltung zum § 218 zu machen.

Essen. In einer Arbeitsgruppe mehrerer ÖTV-Betriebsgruppen, vor allem aus dem Gesundheitswesen, wurde eine Resolution beschlossen, die den Vorschlag des KBW übernimmt. Die Gewerkschafter wollen die Arbeit der Initiative gegen den § 218 unterstützen.

Braunschweig. Auf der Jahreshauptversammlung der Deutschen Postgewerkschaft Braunschweig wurde mit großer Mehrheit die Streichung des § 218 gefordert.

Weitere Komitees gegen den § 218 wurden gegründet in: **Dortmund**, wo 60 Menschen zur Gründungsveranstaltung kamen, in **Oldenburg** (80), in **Tübingen** (über 90), in **Heilbronn, Dotzheim**, am **Westphalenkolleg in Dortmund** und in **Ravensburg/Weingarten.**

Mannheim. Ca. 150 Menschen kamen am 23.5. zu einer Veranstaltung der Ortsgruppe Mannheim des KBW. Die Versammelten verabschiedeten gemeinsam eine Erklärung zum Kampf gegen den Abtreibungsparagrafen und bestimmten einen Ausschuß, der die Gründung eines Komitee vorbereiten soll.

Oldenburg. Einstimmig hat der Allgemeine Studentenausschuß der Fach- und Fachoberschule für Sozialpädagogik am 21.5. eine Resolution verabschiedet und an die Presse geschickt, in der die Durchführung eines Volksentscheids gegen den § 218 gefordert wird.

Braunschweig. Im Studentenrat der Technischen Universität wurde folgende Resolution verabschiedet, die vom Kommunistischen Studentenbund eingebracht worden war·

"Der Studentenrat hat sich in der Studentenrat-Sitzung vom 1. Mai in einer Resolution mit großer Mehrheit für die ersatzlose Streichung des § 218 ausgesprochen und dafür, daß das Volk in dieser Angelegenheit selber entscheiden soll.

Köln-Deutz. An der Fachhochschule Köln-Deutz hat der Institutsstudentenrat der Fachbereiche Architektur, Sozialarbeit und Sozialpädagogik ohne Gegenstimmen und mit der Zustimmung der Vertreter des MSB-Spartakus eine Resolution verabschiedet mit den Forderungen:
Weg mit dem BVG-Urteil!
Weg mit dem § 218!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!

Der Antrag war von der KHG-Fraktion eingebracht worden. Vorbereitet wird die Gründung eines Komitees.

Italien: Breite Aktionseinheit für das Recht auf Abtreibung

Die Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid hat begonnen / Über 300 000 unterstützen die Initiative

Seit dem 15. April dieses Jahres werden in Italien Unterschriften für einen Volksentscheid gesammelt, durch den die noch aus der Zeit des Faschismus stammenden Gesetze "zur Verteidigung der Rasse" abgeschafft und das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung durchgesetzt werden soll.

Die Voraussetzungen dafür, daß die erforderlichen 500 000 Unterschriften innerhalb der vorgeschriebenen Frist von 3 Monaten zusammenkommen, sind gut, die Bewegung für das Recht auf Abtreibung hat in den letzten Monaten große Fortschritte gemacht.

Die Initiative zum Volksentscheid für das Recht auf Abtreibung hatte die linksliberale Wochenzeitschrift "L'expresso" ergriffen. 300 000 Menschen, meist Arbeiter und Angestellte, haben in Briefen an die Zeitung den Vorschlag gutgeheißen und sich bereit erklärt, die Initiative mit allen Mitteln zu unterstützen. Auf einer nationalen Versammlung unter der Schirmherrschaft von "L'expresso" und der "Sozialistischen Bewegung 13. Mai – Bund für zivile Rechte und Freiheiten" fand dann eine nationale Versammlung statt, zu der etwa 800 Delegierte und Beobachter von rund 600 Arbeitsausschüssen aus ganz Italien zusammenkamen, um das Vorgehen festzulegen.

In der "Bewegung 13. Mai" haben sich verschiedene gewerkschaftliche und politische Organisationen zusammengeschlossen, darunter die Unione Italiana die Lavoro, die drittgrößte italienische Gewerkschaft.

Das Bündnis reicht von bürgerlich-liberalen Kräften wie der Radikalen Partei (PRI) bis zu den revolutionären und kommunistischen Organisationen.

Die Aktionseinheit hat ihren Einfluß schnell verbreitern können.

Die Kampfentschlossenheit der Bewegung für das Recht auf Abtreibung wurde durch eine Serie von Übergriffen und Verhaftungen durch die italienische Polizei nur gefestigt. Auf die Verhaftung von 60 Männern und Frauen in einer Florentiner Privatklinik, die Abtreibungen durchführte, hin kam es zwei Tage später zu einer großen Demonstration in Florenz.

Die Massenbewegung wurde so stark, daß sie schließlich auch auf die an der Regierung beteiligte Sozialistische Partei (PSI) Einfluß gewann. Unter dem Druck von hunderten von Basiszellen der PSI, die ihre Zustimmung zur Initiative für einen Volksentscheid erklärten, stimmte das Mailänder Regionalkomitee offiziell zu und forderte die Parteiführung auf, sich anzuschließen.

Völlig ignoriert hat bisher die Führung der revisionistischen Kommunistischen Partei Italien (KPI) die Bewegung für das Recht auf Abtreibung. Auf dem Parteikongreß im März war viel vom "historischen Kompromiß" mit den Christdemokraten die Rede, den Kampf für das Recht auf Abtreibung aber erwähnte der KPI-Generalsekretär Berlinguer mit keinem Wort und auf dem ganzen Kongreß war nie davon die Rede.

Schon einmal hat in Italien ein Volksentscheid stattgefunden. Die Christdemokraten und verschiedene katholische Verbände hatten ihn initiiert, um einer Reform der Ehescheidungsgesetze einen Riegel vorzuschieben, gegen die sie im Parlament mit den Faschisten alleine standen. Ihre Rechnung ist aber nicht aufgegangen.

Die Mehrheit, darunter ein beträchtlicher Teil der Katholiken, hat den Volksentscheid als Mittel genutzt, um ihr Interesse an einer Reform der Ehescheidungsgesetze zur Geltung zu bringen.

–L.C./h.v.–

„Gegen die Einschränkung der Fahrkostenerstattung"

Rheinland-Pfalz: Der Widerstand gegen die Einschränkung der Fahrtkostenerstattung weitet sich aus / Aktionseinheit in Kaiserslautern

Auch in Trier organisiert sich der Widerstand gegen den Beschluß der rheinland-pfälzischen Landesregierung, die staatliche Fahrgelderstattung erheblich einzuschränken.

Am 23. Mai trafen sich die Schülersprecher von vier Gymnasien (es gibt in Trier sechs), einer Realschule (es gibt drei) und ein Vertreter des Gymnasiums Hermeskeil. Diese faßten eine Entschließung, in der es u.a. heißt:

Gerade die Einschränkung der Fahrkostenerstattung wird eine erhebliche generelle Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen mit sich bringen, wobei die Kinder der werktätigen Bevölkerung und insbesondere diejenigen aus ländlichen Gebieten besonders hart getroffen werden.

Dies nehmen wir nicht hin! Wir fordern die Landesregierung auf, die Fahrkostenerstattung in ihrem bisherigen Umfang beizubehalten."

Im weiteren einigten sich die anwesenden Schülervertreter auf ein gemeinsames Vorgehen. Und zwar wurde vereinbart, daß

1. entweder am 31. Mai oder zu Anfang der darauf folgenden Woche in allen Schulen Vollversammlungen gemacht werden. Vorher sollen alle Schülermitverwaltungen die Schüler möglichst breit informieren und Unterschriften sammeln.
2. sich die Schülermitverwaltungen an die Eltern wenden. Wenn der Elternbeirat dazu bereit ist, will man mit diesen Elternversammlungen machen, ansonsten wollen die Schülermitverwaltungen selbst die Eltern zu einer Versammlung einladen. Dies soll spätestens in der Woche vom 2. bis 7. Juni geschehen.
3. die Schülermitverwaltungen in die Stadt gehen. In der halben Woche vom 5. bis 7. Juni sollen nachmittags Flugblätter verteilt und Unterschriften gesammelt werden. An dem verkaufsoffenen Samstag wollen die Schülermitverwaltungen auf dem Hauptmarkt eine Kundgebung machen.

So weit die Schülermitverwaltungen. Zwei Trierer Schülerzeitungen werden mit uns am Dienstag, den 27. Mai, eine Veranstaltung im Fetzenreich machen, deren Ziel die Bildung eines Aktionskomitees "Gegen die Einschränkung der Fahrkostenerstattung" sein soll.

Die Voraussetzungen, daß eine breite Front gegen diesen Sparbeschluß zustandekommt, sind also gut:

J. Trier

Kaiserslautern. Für Freitag, den 30.5., ist in Kaiserslautern eine Demonstration gegen den Abbau der Fahrkostenrückerstattung geplant. Zu Verhandlungen für eine Aktionseinheit zu dieser Demonstration hatte das Aktionskomitee für die volle Beibehaltung der Fahrtkostenrückerstattung eingeladen. Auf einer öffentlichen Sitzung des Aktionskomitees erklärten sich der Elternbeirat der Gesamtschule, die Schülermitverwaltungen aller Oberschulen, der Allgemeine Studentenausschuß der Fachhochschule, die DKP, die SDAJ, die Kommunistische Gruppe Kaiserslautern, die Kommunistische Schülergruppe und die Kommunistische Hochschulgruppe bereit, gemeinsam zur Teilnahme an der Demonstration aufzurufen. Grundlage der Aktionseinheit ist die Forderung: "Volle Beibehaltung der Fahrtkostenerstattung !"

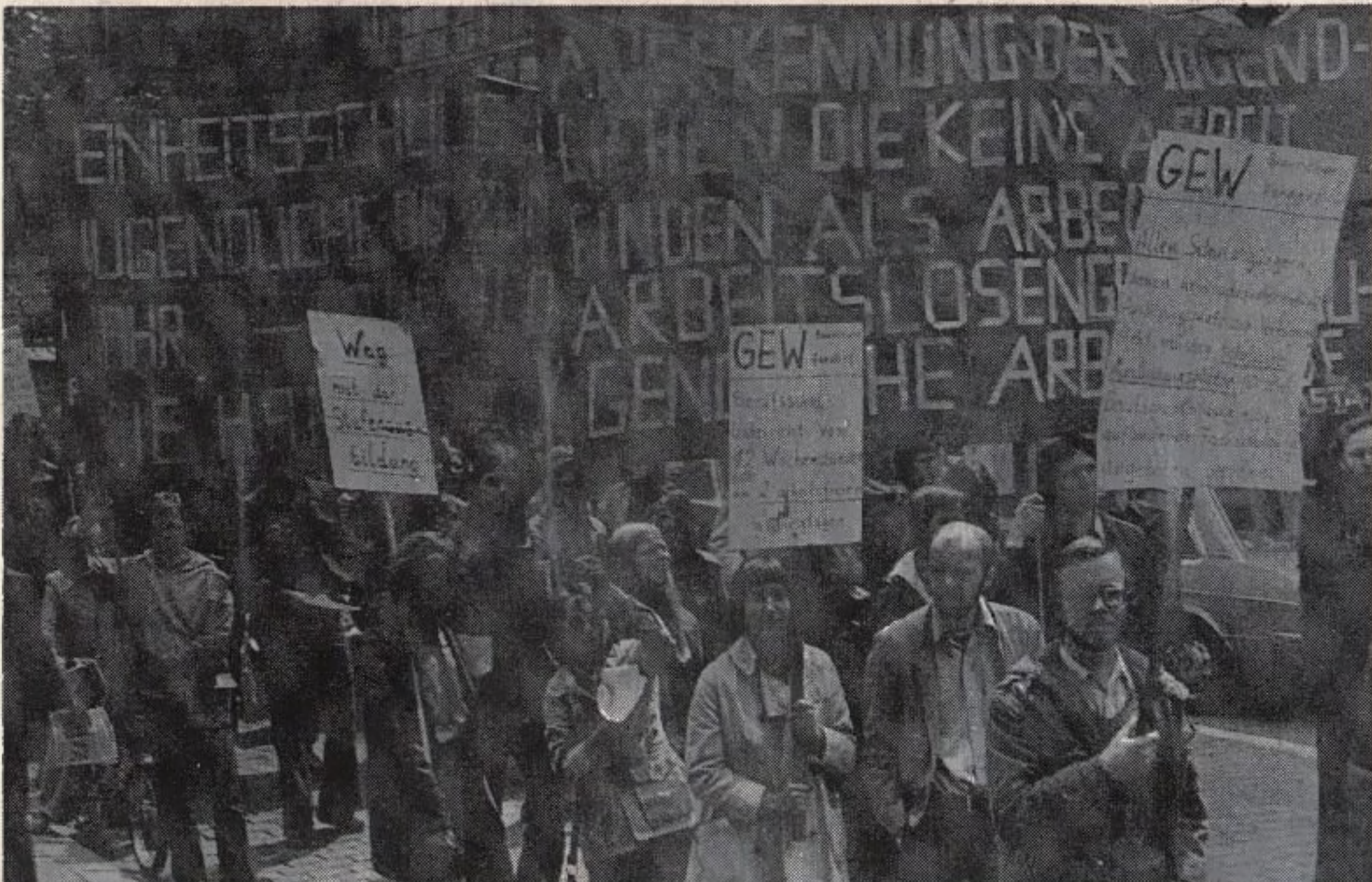
Den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und die Misere in der Berufsausbildung weiterführen!

Nach den Jugenddemonstrationen und dem 1. Mai muß der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsausbildung jetzt mit vielfältigen Aktivitäten weitergeführt werden.

An die 50 000 Menschen demonstrierten in den Wochen vor dem 1. Mai auf den Demonstrationen des DGB gegen Jugendarbeitslosigkeit und schlechte Berufsausbildung. In Betrieben, Berufsschulen und in Gewerkschaftsgremien wurden Beschlüsse gefaßt, und auch am 1. Mai haben Tausende von Arbeiterjugendlichen ihre Forderungen auf die Straße getragen. Die Demonstrationen haben im Kampf der Arbeiterjugend einen entscheidenden Punkt gesetzt. Die Arbeiterjugendbewegung wurde durch sie gestärkt. Die Verhältnisse selber haben dafür gesorgt, daß die Arbeiterjugend auf die Straße gezogen ist.

Die Lage der Arbeiterjugend ist so, daß sich die Misere in der Berufsausbildung nicht geändert hat, die Jugendarbeitslosigkeit unverändert hoch ist und die Entwicklung sich weiter verschlechtern wird. Die Bundesregierung vertuscht diese Lage, und der Regierungsentwurf zur beruflichen Bildung bestätigt gerade, daß die Berufsausbildung der Arbeiterjugendlichen allein von den Kapitalisten abhängt. Deswegen macht man dies den Kapitalisten mit Prämien schmackhaft. Die Empörung der Arbeiterjugend ist unverändert hoch, so daß der DGB weitere Aktivitäten durchführen muß und dies auch tut.

Weiter geht der DGB aber nicht, und das ist genau die Frage, auf die es jetzt ankommt. Die Demonstrationen müssen jetzt genutzt werden, um überall an den Orten, in Betrieb und Lehrwerkstatt, weitere Aktionen durchzuführen gegen die Kapitalisten und örtlichen Organe des Staatsapparates, der Bildungsbehörde usw., ric!und die1 neue Jugendliche mit einbeziehen. Die Aktionen können vielfältig sein; besonders wichtig dabei ist, daß sich auf Berufsschulen konzentriert wird. Neben der Enthüllungstätigkeit über die Zustände in denFachhklassen, der Ausstattung an technischem Gerät usw., der Zustände



Braunschweig. Etwa 320 Arbeiterjugendliche, Schüler, Studenten und ältere Kollegen nahmen am 24.5. in Braunschweig an einer Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsausbildung teil. Ungefähr ein Drittel der Teilnehmer beteiligte sich unter der Forderung nach der Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr an der Demonstration.

in den Hilfsarbeiterklassen und Arbeitslosenklassen, über Lehrinhalte müssen direkt Aktionen eingeleitet werden. Gut ist es, wenn aus den Klassenzimmern Transparente rausgehängt werden, die die Zustände anprangern. Die Schülerringe und Schülermitverwaltungen können öffentlich Anklage führen, ihren Forderungen Geltung verschaffen durch Protestveranstaltungen in der Schule während der Schulzeit, durch Podiumsdiskussionen mit Parteien, Vertretern der Behörden, wobei die Gewerkschaften nicht vergessen werden dürfen. Arbeitslosenklassen fordern das Recht auf Facharbeiterausbildung, indem sie in die Facharbeiterklassen hineingehen. Zuvor müssen sie aber die in Lehre befindlichen Jugendlichen dafür gewonnen haben. Schulstreiks oder Besetzungen können durchgeführt werden, ein Marsch zur Bildungsbehörde, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen

Politische Grundlage sind gerade die Forderungen, die schon vielfach auf den Jugenddemonstrationen erhoben worden sind und die der KBW der Arbeiterjugend vorgeschlagen hat, wie

12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen! Anerkennung der Jugendlichen, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose! Arbeitslose Jugendliche in Facharbeiterklassen ihrer Wahl! Für Lehrlinge und arbeitslose Jugendliche mindestens 60 % vom Facharbeitervecklohn! Weg mit der Ausbildung für die Interessen der Kapitalisten – Einheitsschule bis zum 18 Lebensjahr!

Diese Forderungen müssen nicht nur erhoben werden, sondern es gilt, diese in praktischen Kämpfen wirklich zu verankern. Das ist auch der Boden, wie reformistische und revisionistische Forderungen zurückgedrängt und die ideologische Zersplitterung der Arbeiterjugend aufgehoben, in den Gewerkschaften die Einheit hergestellt wird auf dem Boden des Klassenkampfes und der Kampf für eine klare gesetzliche Regelung zusammengefaßt werden kann. Wenn die Kämpfe in dieser Weise weitergeführt werden, dann kann die Arbeiterjugend und die gesamte Arbeiterklasse in diesen Kämpfen ihre Einheit und Selbständigkeit gegenüber den Kapitalisten und ihrem Staat bedeutend stärken und sich dabei gute Voraussetzungen schaffen, um im Kampf um die politische Macht im Staate das ganze Volk zusammenzuschließen, die politische Macht zu erobern und den Sozialismus aufzubauen.

J.K.

Forderung nach Einheitsschule

Osnabrück. Die Jugendvertretung von Klöckner Osnabrück stellte alternativ zu den Forderungen des DGB zum Berufsbildungsgesetz die Forderung nach der Einheitsschule auf. Diesen Antrag der Jugendvertretung verabschiedete mit überwiegender Mehrheit auch die Jugendversammlung der IG Metall am 14.5.1975.

Zweitägiger Warnstreik

Gießen. Gegen die politischen Sonderverhöre und Überprüfungen von Tutoren und wissenschaftlichen Hilfskräften an der Hochschule führten die Gießener Studenten einen zweitägigen aktiven Warnstreik durch. Dieser war auf einer Vollversammlung am 13.5. unter Anwesenheit von über 1 200 Studenten beschlossen worden. Die Vollversammlung beauftragte den Allgemeinen Studentenausschuß auch, sich über die Landesastenkonferenz für zentrale Maßnahmen gegen die politische Überprüfung einzusetzen. Angestrebt werden soll ein Streik aller hessischen Studenten.

Öffentliche Erklärung

Frankfurt. Mehr als 50 Professoren der Universität Frankfurt, über 100 wissenschaftliche Mitarbeiter, Sekretärinnen und über 200 Studenten wandten sich mit einer Erklärung gegen die politischen Überprüfungsverfahren an der Universität an die Öffentlichkeit. Die Unterzeichner warnen in dieser Erklärung vor der "Einschränkung demokratischer Rechte, die durch die Praxis der Berufsverbote erfolge".

Gegen den Numerus Clausus

Heidelberg/Karlsruhe. In Baden-Württemberg wird ab dem Wintersemester 1975/76 ein Numerus Clausus an allen Pädagogischen Hochschulen eingeführt werden. Gegen diese Maßnahme führten die Studenten der Pädagogischen Hochschule Heidelberg am 13. und 14.5. Aktionstage durch, in denen auf Veranstaltungen diskutiert wurde, wie der Kampf gegen die Verschlechterung der Lehrerausbildung geführt werden muß. Weiter geplant ist eine Urabstimmung für einen aktiven Streik. Auch an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe fand eine Vollversammlung der Studenten zum geplanten Numerus Clausus statt. Dort brachte die Zelle PH der Kommunistischen Hochschulgruppe eine Resolution ein, die die Arbeitsgrundlage für die auf der Vollversammlung beschlossenen Arbeitsgruppen darstellt. In dieser Resolution wird gefordert, daß keine Höchstzulassungszahlen für den Zugang zu den Hochschulen festgelegt werden sollen. Gefordert wird weiterhin die Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr.

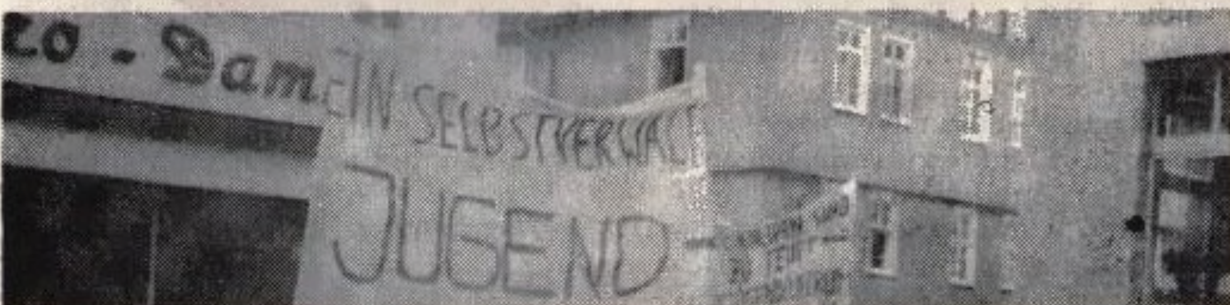
Arbeitsgrundlage für die auf der Vollversammlung beschlossenen Arbeitsgruppen darstellt. In dieser Resolution wird gefordert, daß keine Höchstzulassungszahlen für den Zugang zu den Hochschulen festgelegt werden sollen. Gefordert wird weiterhin die Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr.

Landesastenkonferenz von MSB/SHB boykottiert

Hannover. Hier sollte am 21.5. eine Landesastenkonferenz stattfinden, auf der u. a. die Frage der Beteiligung an der DGB-Jugenddemonstration am 14.6. in Hannover besprochen werden sollte. Diese Konferenz war schon einmal verschoben worden, da die MSB/SHB-ASten erklärt hatten, die Einladung sei ihnen von der Post nicht zugestellt worden. Zu dieser Konferenz waren sie nun per Einschreiben geladen worden. Sie erschienen aber gar nicht und ließen durch eine anwesende Beobachterin erklären, daß man aufgrund des Verhaltens der Jusos und der "Chaoten" wisse, daß auf dieser Konferenz keine Beschlüsse im Interesse der Studenten – womit sie ihre eigenen Beschlüsse meinen – gefaßt werden könnten. Die anwesenden elf ASten, die so nicht beschlußfähig waren – 12 wären notwendig gewesen – verabschiedeten einstimmig eine Presseerklärung, in der sie diese "Sabotagepolitik" verurteilten.. Eine neue Konferenz wurde jetzt auf den 2.6. einberufen, damit noch vor der Jugenddemonstration in Hannover ein gemeinsames Vorgehen der niedersächsischen ASten zur Unterstützung der Demonstration beschlossen werden kann.

Berichtigung

In der KVZ Nr.20 S.10 berichteten wir über den Kampf der Kaiserslauterer Schüler für die Beibehaltung der Fahrkostenerstattung. Darin steht, die Vollversammlung der Gesamtschule habe ihren Beschluß zum Warnstreik in Abwesenheit des Rektors wieder zurückgenommen. Richtig muß es heißen: "in Anwesenheit".



Eltern wollen Probestunde

37 Eltern haben im April einen Brief an den Regierungspräsidenten in Hildesheim geschrieben, in dem sie ihn dazu aufforderten, daß die Lehre- des KPD-Verbots wurde außer acht gelassen. Diesen Mangel wollen wir beheben. Ein Schritt dazu ist, daß wir den Eltern eine Veranstaltung vorge-



Wolfhagen. 150 Jugendliche demonstrierten am 16. Mai für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum und für die Finanzierung durch die Stadt.

Eltern wollen Probestunde

37 Eltern haben im April einen Brief an den Regierungspräsidenten in Hildesheim geschrieben, in dem sie ihn dazu aufforderten, daß die Lehrerin R., die vor 10 Monaten vom Schuldienst suspendiert wurde, wieder unterrichten kann. Sie setzen sich ein für eine gute Ausbildung ihrer Kinder und kritisieren Lehrermangel und Unterrichtsausfall. Die Eltern haben so zum Ausdruck gebracht, daß sie die Schulverhältnisse nicht einfach hinnehmen und auch nicht, was die Regierung anordnet. So haben sie gefordert, daß sie anhand einer Unterrichtsstunde selbst entscheiden wollen, ob die Lehrerin R. wieder unterrichten soll.

Wir müssen jetzt klarmachen, daß das Beamtenrecht fallen muß.

In unserer Arbeit wurde der Zweck des Staatsapparates noch nicht dargestellt, auch nicht, wozu er ein Beamtenrecht braucht, und auch der Inhalt des KPD-Verbots wurde außer acht gelassen. Diesen Mangel wollen wir beheben. Ein Schritt dazu ist, daß wir den Eltern eine Veranstaltung vorgeschlagen haben, auf der die Lehrerin R. mit den Schülern eine Unterrichtsstunde durchführt zur Jugendarbeitslosigkeit. Schulrat und Schulleiter sollen dazu eingeladen werden. Die Lage der Arbeiterjugend soll anhand eines Films diskutiert werden. Es wird in dieser Probestunde zu zeigen sein, woher die Arbeitslosigkeit kommt und daß die Lösung nur die soziale Revolution sein kann, die die Arbeiterklasse zur Herrin der Fabriken macht. Diese Feststellung als Lehrerin zu äußern, ist verboten, und zwar deshalb, weil es das KPD-Verbot und das Beamtenrecht gibt. Daß damit verhindert werden soll, daß Lehrer die gesellschaftlichen Verhältnisse so darlegen, wie sie sind, wird auch den Eltern einleuchten.

R./M.

Zentrale Aktion geplant

Resolution des Studentenrates der TU Braunschweig

Auf der Gründungsversammlung des Verbandes der Studentenschaften, der "Vereinigten Deutschen Studentenschaft", Anfang Mai in Gießen haben die Mitgliedsstudentenschaften beschlossen, "im Wintersemester eine bundesweite Kampagne gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Studenten zu initiieren". In diesem Zusammenhang fordert der Verband die Erhöhung der Stipendien für die Kinder von Eltern, die das Studium nicht bezahlen können, auf 600 DM und der Elternfreibetragsgrenze auf 1 200 DM. Der Studentenrat der Technischen Universität Braunschweig hat dazu Anfang dieser Woche folgenden Beschluß gefaßt:

"Der Studentenrat begrüßt den Beschluß der Mitgliederversammlung der VDS e.V., im Wintersemester zentrale Aktionen zur Durchsetzung der sozialen und studienbe[illegible] Interessen der Studenten durchzuführen. Um diesen zentralen Aktionen den nötigen Nachdruck zu verleihen, schlägt er vor, auf der nächsten Zentralratssitzung über die Möglichkeit der Organisierung eines bundesweiten Streiks als Höhepunkt dieser Aktionen an westdeutschen und Westberliner Hochschulen im Wintersemester 1975/76 zu beraten und einen dementsprechenden Beschluß zu fassen.

Dieser Streik sollte dazu dienen, die Regierung politisch unter Druck zu setzen, damit sie die berechtigten Forderungen der Studenten erfüllt.

Diese außerordentliche Maßnahme von seiten der Studenten ist gerechtfertigt, da angesichts der Lage der Studenten dringend eine Besserung notwendig ist und andere Maßnahmen der Studentenschaften diese Besserung bisher nicht erreichen konnten."

"Einstimmig verabschiedet"

DGB Kreisvorstand lehnt Jugenddemonstration ab

Am Mittwoch, 21.5.75, wurde bekannt, daß der Kreisvorstand des DGB-Osnabrück zum zweiten Male eine örtliche Demonstration des DGB-Kreisjugendausschusses gegen Jugendarbeitslosigkeit und für ein besseres Berufsbildungsgesetz abgelehnt hat. Der Kreisvorstand führte als Begründung an: man solle es verhindern, daß der KBW sich wieder einmische – und außerdem kämen wohl die angekündigten Bundestagsabgeordneten zur Podiumsdiskussion nicht.

Am 21.5. fand daraufhin eine Versammlung des DGB-Kreisjugendausschusses und der Ortsjugendausschüsse bzw. VJA (Jugendausschüsse der verschiedenen gewerkschaftlichen Ebenen) der Einzelgewerkschaften statt, auf der eine Resolution gegen den Beschluß des Kreisvorstandes einstimmig verabschiedet wurde. In dieser Resolution wird die Begründung des Kreisvorstandes als fadenscheinig abgelehnt, der Beschluß sei vielmehr gegen ein wichtiges und hervorragendes Protest- und Kampfmittel der Arbeiterklasse gerichtet, nämlich gegen die Demonstration für ihre Forderungen.

Emden. An einer zentralen ostfriesischen DGB-Demonstration zur Lage der Arbeiterjugend am 24.5. in Emden nahmen nur ca. 80 Kollegen teil. Lediglich die DGB-Jugend Leer hatte versucht, die Demonstration aktiv vorzubereiten. In den anderen Städten war von einer Vorbereitung öffentlich nichts zu spüren. So schlecht hatte der DGB für die Demonstration mobilisiert, daß er sich für die Kundgebung das Megaphon der Kommunistischen Gruppe Norden ausleihen mußte.

1. Mai

Erste Reaktion der Bundeswehr-Führung auf in Uniform demonstrierende Soldaten am 1. Mai

Hildesheim. In einem Fernschreiben, das kürzlich unser Bataillon erreichte, schrieb die Bundeswehrführung, daß gegen die ca. 130 in Uniform demonstrierenden Soldaten am 1. Mai in der BRD hart vorgegangen werden soll. Die Soldaten sind anschließend namentlich aufgeführt worden. Soweit uns bekannt, sind inzwischen drei der vier uniformierten Soldaten, die an der 1. Mai-Demonstration in Hildesheim teilnahmen, von den verantwortlichen Sicherheitsoffizieren verhört worden. Diese Verhöre sind Voraussetzungen dafür, daß die Soldaten bestraft werden können.

—mr, Initiative zum Soldaten- und Reservistenkomitee Hildesheim—



Leopard-Panzer der 11. Panzergrenadierdivision auf dem Bahnhof Bremen-Vegesack für das Manöver "Starke Festung" in Bergen-Hohne. Wer Teile der Armee kennt, die gegen die Imperialisten gerichtet sind, soll sie benennen, damit dort die Zersetzungsarbeit eingestellt und der Kadavergehorsam propagiert wird. (s. nebenstehenden Artikel)

gen die Imperialisten gerichtet sind, soll sie benennen, damit dort die Zersetzungsarbeit eingestellt und der Kadavergehorsam propagiert wird. (s. nebenstehenden Artikel)

Die Noskes von heute

Die Vaterlandsverteidigung der Gruppe Rote Fahne und die Zersetzungsarbeit in der imperialistischen Bundeswehr

Genosse J.S. hat in der KVZ Nr. 18 hervorgehoben, daß sich besonders in der Militärfrage die bürgerlichen und die proletarischen Auffassungen schroff gegenüberstehen. Das ist auch kein Wunder, sind doch Kriege **"die höchste Kampfform, die bei der Lösung der Widersprüche zwischen Klassen, Nationen, Staaten oder politischen Gruppen angewendet wird, sobald diese Widersprüche eine bestimmte Entwicklungsstufe erreicht haben"**. (Mao Tsetung, Strategische Probleme des revolutionären Krieges in China)

An der Frage des Krieges haben sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung Kommunisten und Sozialchauvinisten unterschieden, und an dieser Frage scheiden sie sich auch heute in der Bundesrepublik

Aus der Geschichte lernen

1907 fand der Stuttgarter Kongreß der II. Internationale statt. Auf Antrag von Lenin und R. Luxemburg beschloß der Kongreß folgenden Zusatz zur offiziellen Resolution über das Verhalten der Sozialdemokratie im Kriegsfall:

beschloß der Kongreß folgenden Zusatz zur offiziellen Resolution über das Verhalten der Sozialdemokratie im Kriegsfall:
"Falls der Krieg dennoch ausbrech-

"Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie (die sozialdemokratischen Parteien) verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen."

Klar ist, was dieser Zusatz bedeutete: keine Solidarisierung mit den herrschenden Klassen im Kriege, Keine Verteidigung des imperialistischen Vaterlandes, keine Aufgabe des Klassenkampfes.

Im selben Jahr hielt der Sozialdemokrat Noske im Reichstag eine Rede, die mit den Stuttgarter Beschlüssen nicht mehr das Geringste zu tun hatte. Er erklärte: Die Sozialdemokratie wolle keinesfalls die Disziplin im Heere untergraben, sie wolle Deutschland möglichst wehrhaft sehen, und sie werde im Kriegsfalle das Gewehr auf den Buckel nehmen und sich im Kriege von keiner anderen Klasse an Patriotismus übertreffen lassen.

Das war 1907. 1914 erklärte dann die SPD im Reichstag: *"Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich"* und bewilligte die Kriegskredite. Von Noskes Rede bis dorthin war es kein langer Weg mehr gewesen.

60 Jahre später

Heute treten die Führer der Gruppe Rote Fahne in die Fußstapfen Noskes, wenn sie die Vaterlandsverteidigung in einem imperialistischen Staat propagieren Wer sagt: "Wir müssen die Bundeswehr und Militärpolitik der Monopolbourgeoisie gerade deshalb angreifen, weil sie nicht in der Lage sein werden, die nationale Verteidigung" zu gewährleisten, unterscheidet sich kaum von einem Noske, der erklärt, er möchte die imperialistische Bundesrepublik möglichst wehrhaft sehen.

Wer Teile der Armee kennt, die gegen die Übergriffe der Imperialisten gerichtet sind, sollte sie schleunigst benennen, damit in diesen Teilen der Armee die Zersetzungsarbeit eingestellt und der Kadavergehorsam propagiert werden kann, und der sollte auch gleich wie sein Vorbild Noske erklären, daß er die Disziplin in der Armee nicht untergraben will.

Die Begründungen der Gruppe Rote Fahne (Noskes) für die Vaterlandsverteidigung haben nichts mehr mit Marxismus-Leninismus zu tun, das zeigen ihre historischen Vorbilder.

Warum, erklärt uns ein Professor Delbrück 1914:

"Stellen wir uns vor, wir hätten diese großen Arbeitervereinigungen nicht, sondern Millionen ständen dem Staat nur als Individuum gegenüber, so ist es doch sehr wahrscheinlich, daß sich sehr viele unter ihnen finden würden, die, nicht von der allgemeinen Bewegung ergriffen, der Einberufung zur Armee passiven oder auch aktiven Widerstand entgegengesetzt hätten. Vor 1870 haben die Mobilmachungen an nicht wenigen Orten nur mit Gewalt durchgesetzt werden können. Das ist sogar hier und da 1813 vorgekommen, diesmal hat sich auch nicht das Geringste ereignet. . ."

Heute bedankt sich die Bourgeoisie nicht bei denjenigen, die sich ihr als neue Noskes anbieten. So bleibt bei der Gruppe Rote Fahne alles klar: Die Arbeiterklasse mag nichts mit der Gruppe Rote Fahne zu tun haben, und die Bourgeoisie kann keine Noskes gebrauchen, die keinen Einfluß auf die Masse der Arbeiter haben.

Für uns heißt dies aber, daß es notwendig ist, die Geschichte der Arbeiterbewegung zu studieren, damit es neuen Noskes nicht gelingen kann, wirklich in die Fußstapfen ihres Vorbildes zu treten.

B., Gefreiter, Holzminden

"Noske wird parieren"

1907 bedankte sich die Kapitalistenklasse in den "Lustigen Blättern" bei Noske mit folgendem Gedicht:

Herve will Soldatenstreik
Liebknecht spricht so ähnlich
Ledebour zeigt sich dem Heer
Auch nicht sehr versöhnlich;
Doch der Hoffnung letzten Rest
Soll man nicht verlieren
Eins steht heute bombenfest:
Noske wird parieren.

Geht es mal in ferner Frist
Ans Kanonenfuttern
Denkt so mancher Reservist:
"Nee – ich bleib bei Muttern!"
Doch das soll uns Kampf und Schlacht
Nimmermehr vergällen
Denn es ist heut ausgemacht
Noske wird sich stellen.

Kommandiert der Herr Major
"Feuer vorn und hinten!"
Ruft ein arbeitsscheues Korps:
"Schmeiß mer fort die Flinten!"
Aber dennoch, Mut für Mut
Laßt's euch nicht verdrießen
Noske, der wird schießen.

Noske schnallt den Säbel um
Noske geht auf's Ganze
Noske feuert Bum bum bum
Noske stürmt die Schanze
Noske schreit Hurra hurra
Noske hält die Wachen
Noske schießt Victoria
Noske wird's schon machen.

Schluß des Interviews mit einem französischen Soldaten aus der Karlsruher Garnison

Kampf der französischen Soldaten

In dem ersten Teil des Interviews, der in der letzten er, wie der Widerstand der Soldaten in der französischen

Ermittlungsverfahren

Verkäufer der "Volksmiliz" wegen Wehrkraftzersetzung angezeigt

Kassel/Hessisch-Lichtenau. Beim letzten Verkauf der "Volksmiliz", der Zeitung des Soldaten und Reservistenkomitees Kassel/Hessisch-Lichtenau, beschlagnahmten die Polizisten gleich ein Exemplar mit dem Hinweis, daß der Offizier vom Wachdienst gesagt habe, die Zeitung enthalte bundeswehrzersetzende Äußerungen.

Inzwischen ist die Beschlagnahmung vom Gericht wegen "Verdacht auf Störpropaganda" bestätigt worden. Aus dem Bescheid erfuhren wir, daß die Staatsanwaltschaft gegen vier Verkäufer ein Ermittlungsverfahren wegen Wehrkraftzersetzung (§ 109 d StGB) eingeleitet hat. Gegen vier weitere Mitglieder und Freunde, die uns beim Verkauf unterstützt haben, wird von der Staatsanwaltschaft und vom Verfassungsschutz ebenfalls "ermittelt".

Soldaten und Reservistenkomitee Hessisch-Lichtenau (gekürzt)

Von Mirbachs Beerdigung

Wer wie beerdigt wird, hängt von der Klassenzugehörigkeit ab

Eckernförde. Am 30. April wurde hier der Militärattache der deutschen Botschaft in Stockholm, von Mirbach, Oberstleutnant im Generalstab, beerdigt. Er war am 24. April beim Überfall einer bewaffneten Gruppe von Anarchisten auf die Botschaft erschossen worden. Es war eine sinnlose Aktion, die sich nicht auf eine Bewegung in der Bevölkerung stützen konnte und auch von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt wurde. Die bürgerlichen Zeitungen, die Bundesregierung und die Militärführung hier am Ort haben diese Sache allerdings genutzt, um die Aufrüstung der Polizei unter dem Deckmantel der "Inneren Sicherheit" voranzutreiben. So machte sich am Tag der Beerdigung ein riesiges Polizei- und Feldjägeraufgebot in Eckernförde breit, kontrollierte Straßen und sperrte ab – übte wieder einmal den Einsatz gegen den "Inneren Feind".

Der Vorfall wurde benutzt, um die "Notgemeinschaft" zu propagieren, das Zusammenhalten von Ausbeutern und Ausgebeuteten, wenn es gegen den Staat der Ausbeuter geht. Bundeskriegsminister Leber meinte: "Oberstleutnant Baron von Mirbach gab sein Leben für uns alle!" Und der Vorfall wurde außerdem benutzt, um jedermann zu zeigen: Einen der "oberen Zehntausend", einen Vertreter der herrschenden Klasse, ermorden Gegner der herrschenden Klasse nicht ungestraft. Und wenn sie ihn ermorden, ist das etwas ganz anderes als z.B. der Mord an einfachen Soldaten, wie er in jedem Manöver vorkommt, Völlig übermüdete Fahrer, zu stundenlangen Nachtfahrten gezwungen, bauen Unfälle; beim Verladen von Panzern werden wegen der Antreiberei die Sicherheitsbestimmungen nicht beachtet und ein Soldat zerquetscht – keine "tragischen Unfälle"! Hier sind fahrlässige und schikanöse Offiziere die Verantwortlichen, was sich zur Reklame für den bürgerlichen Staat natürlich schlecht eignet und deshalb zumeist verschwiegen wird. Dort in Stockholm waren es Anarchisten, die zwei Menschen getötet haben, was sich zur Propaganda der Kapitalisten gegen alle fortschrittlichen Menschen und Ideen sehr viel besser eignet und darum ungeheuer breitgetreten wird. So wurde von Mirbach, dessen Familie in Eckernförde ein Gut hat und auf diesem Gut eine Familiengruft, in einer Kapelle aufgebahrt, vor der nachts Gefreite der Luftwaffe Wache schieben mußten! Tagsüber standen dann natürlich für Fernsehen und Presse Marineoffiziere Wache, nachts hätten sie sich ihren Arsch wohl erkältet. Die Gefreiten bekamen zwar einen Tag Sonderurlaub dafür, aber wo hat man es je erlebt, daß einfachen Soldaten solche "Ehre" gegeben worden ist, z.B. den englischen Fallschirmjägern, die im Herbstmanöver 1974 "Bold Guard" wegen Fahrlässigkeit ihrer Vorgesetzten in den Nord-Ostsee-Kanal gesprungen und ertrunken sind?

Ein Soldat

Schluß des Interviews mit einem französischen Soldaten aus der Karlsruher Garnison
Kampf der französischen Soldaten

In dem ersten Teil des Interviews, der in der letzten KVZ abgedruckt wurde, hatte der französische Soldat zu der Rolle der in Westdeutschland stationierten französischen Einheiten Stellung genommen. In diesem Teil zeigt er, wie der Widerstand der Soldaten in der französischen Armee sich mehr und mehr vom Standpunkt des Klassenkampfes entwickelt.

Der Erfolg im Kampf gegen die geplanten Maßnahmen in Draguignan war ein großer Aufschwung in der Bewegung unter den Soldaten. Auch in Karlsruhe kam im September/Oktober 1974 die erste Zeitung eines Komitees französischer Soldaten heraus: Rekrut im Zorn. Sie wurde in manchen französischen Tageszeitungen abgedruckt, für viele Soldaten bedeutete sie eine Stärkung des Kampfeswillen. Am Tag des Prozesses kam eine weitere Nummer der Zeitung heraus, die zu Solidaritätsbekundungen wie z. B. Essensverweigerung aufrief. Da das Komitee selbst nicht organisierend eingriff, gab es zwar keine große einheitliche Aktion in der Kaserne, aber von manchen Soldatengruppen wurde der Aufruf befolgt.

Frage: Im Januar dieses Jahres wurde von französischen Soldaten in Karlsruhe eine Demonstration durch die Stadt gemacht. Wie kam es dazu?

Antwort: Eine Woche nach dem Prozeß in Draguignan hatte das Karlsruher Komitee eine Versammlung. Es sollte ein Forderungen-Katalog aufgestellt werden, damit eine vernünftige Grundlage für eine weitere Arbeit geschaffen werde. In derselben Zeit wurde von den Soldaten in der Kaserne eine spontane Versammlung abgehalten, auf der Vorschläge für weitere Aktionen besprochen wurden. Zum Beispiel wollte einer ein Haus der Kaserne besetzen. Diesen Vorschlag lehnten die Soldaten aber ab. Wir entschlossen uns, eine Versammlung auf dem Hof zu machen, um zu diskutieren. Da klar war, daß an einer derartigen Aktion ziemlich viel Soldaten teilnehmen mußten, wenn nicht eine ganze Reihe Disziplinierungen folgen sollten, wollten wir zuerst prüfen, wieviele Soldaten wir tatsächlich mobilisieren können. Im Kino wurde daher ein "Test" durchgeführt; zu einem bestimmten Zeitpunkt sollten alle aufstehen, die die Aktivitäten für die Forderungen aktiv unterstützen. Der "Test" verlief erfolgreich. Daher wurde die Versammlung morgens um 5 Uhr auf dem Kasernengelände gemacht.

Daraus wurde ein Rundgang im Hof, dann ein zweiter, und als die in der ersten Reihe sahen, daß sie mit ihren 200 Männern hintendran schon eine richtige Demonstration darstellten, entschlossen sie sich kuzerhand, das Kasernengelände zu verlassen. Als ein Offizier schnell die Tore schließen wollte, rannte der ganze Zug durchs Tor. In einer sehr disziplinierten Demonstration liefen die Soldaten dann bis zur Hauptpost, von wo aus sie die französische und die örtliche Presse von ihrem Marsch benachrichtigten. Dann gingen sie ebenso diszipliniert in die Kaserne zurück. Schon in den Nachrichten eine Stunde später wurde unsere Demonstration erwähnt. Die Erfolge der Demonstration waren: statt 70 Francs 210 Francs im Monat; eine kostenlose Heimfahrt im Monat, gewisse Erleichterungen, was das Verlassen der Kaserne außerhalb der Dienstzeit betrifft. Außerdem haben sich die Soldaten mit dieser Aktion eine gewisse Position der Stärke gegenüber den Offizieren und Colonels erkämpft; einige jüngere Generäle sympathisieren sogar mit ihnen. Die Reaktion auf diese Demonstration von seiten der Generäle und des französischen Staates war eine großangelegte Umfrage-Aktion, durch die die "Rädelsführer" herausgefunden werden sollten. In Verhören, mit Erpressungen und den bekannten Schikanen wurden die Soldaten ausgequetscht. Aber die Truppe hielt dicht. So wurden 4 Kameraden ins Gefängnis gesteckt, eine ganze Reihe strafversetzt – aber es waren nur willkürlich Herausgegriffene, Abschreckungsmahnmale!

Ähnliche Bewegungen und Aktionen gab es in anderen französischen Kasernen: wie z. B. in Tübingen oder in Frankreich in Nancy, Verdun, Belfort. Sie wurden deshalb nicht so bekannt wie die Karlsruher Aktion, weil sie sich auf dem Kasernengelände abspielten.

Frage: Wie geht die Organisierung des Widerstandes jetzt weiter und welche Aufgaben stellen sich den fortschrittlichen Organisationen in Westdeutschland?

Antwort: Da bestimmte Forderungen jetzt erfüllt sind und der Druck verstärkt wurde, außerdem im April wieder neue Rekruten kamen, gibt es in Karlsruhe zwar kein Komitee mehr, aber die Diskussion um die Forderungen läuft weiter. Es wurde von uns eine Diskussionsgrundlage geschaffen, die in folgende Forderungen mündet:

- *Für einen Lohn, der nach SMIC (gesetzlicher Mindestlohn in Frankreich) festgelegt ist und für ein Überbrückungsgeld in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung, das uns ermöglicht, nach Ableistung des Dienstes eine Arbeit zu finden.*
- *Freiheit, außerhalb der Dienstzeit aus der Kaserne zu gehen, wann wir wollen, ohne um Erlaubnis fragen zu müssen.*
- *Einen Monat bezahlten Urlaub im Jahr.*
- *Aufhebung der Bevormundung durch die allgemeine Wehrordnung.*
- *Keine Einberufung weiter als 200 km vom Heimatort entfernt.*
- *Freie Wahl des Einberufungstermins zwischen 18 und 25 Jahren.*
- *Volle Informations-, Rede-, Organisations- und Versammlungsfreiheit.*
- *Aufhebung der Maßnahmen gegen die aktiven Soldaten.*
- *Freilassung aller gefangenen Soldaten.*
- *Auflösung der Militärischen Sicherheitsbehörde.*
- *Abschaffung der militärischen Sondergerichtsbarkeit.*

Die Diskussion muß die Wiedergründung eines Komitees zur Folge haben, weil Karlsruhe strategisch wichtige Bedeutung für den Widerstand in der Armee gewonnen hat. Für die gesamte FFA ist es wichtig, daß unter den französischen Soldaten, bzw. unter ihren Komitees Kontakte gebildet werden. In Frankreich gibt es eine zentrale Stelle, an die sich alle wenden können. Für die Soldaten in der BRD ist jetzt die Aufgabe, eine Konferenz vorzubereiten, die eine ähnliche Zentralstelle gründen soll.

Die Aufgabe der fortschrittlichen Organisationen Westdeutschlands ist dabei die Unterstützung unserer Bemühungen, diese Kontakte herzustellen, da es für uns selbst sehr schwierig und äußerst gefährlich ist, selbst etwas in dieser Richtung zu unternehmen.

Es lebe der Sieg des laotischen Volkes!

Die großartige Offensive des Volkes von Laos hat nun auch in diesem Land die zwei letzten wichtigen Stützen der US-Aggressoren ausgeschaltet: die von den USA als imperialistisches Machtinstrument aufgebaute 'königliche Regierungsarmee und die sogenannte amerikanische Entwicklungshilfeorganisation USAID, die in Wirklichkeit eine Tarnorganisation des US-Kriegsministeriums und des CIA ist.

Nachdem bereits vier rechte Minister, auf die die US-Imperialisten sich stützten, von den Massen zum Rücktritt gezwungen wurden, haben am 18.Mai 1 000 Luftwaffenpiloten den Rücktritt des "Chefs der laotischen Luftwaffe, General Phothivongsa" erzwungen. *"Die Piloten warfen ihm seine feindliche Haltung gegenüber dem Pathet Lao in früheren Jahren vor."* (Neue Züricher Zeitung, 20.5.75) *Um jeden weiteren Versuch, Einheiten der US-Marionettentruppen zu Anschlägen gegen die Unabhängigkeit von Laos einsetzen zu können, zu vereiteln, hat die Koalitionsregierung den Einmarsch von Pathet-Lao-Truppen in die drei Städte Savannakhet, Thakkek und Pakse verfügt und die baldige Vereinigung der bisherigen königlichen Armee mit den Streitkräften des Pathet Lao angekündigt. An alle Offiziere und Mannschaften ist der Befehl ergangen, sich für die vorgesehene Schaffung vereinigter Streitkräfte zu 'verbrüdern'."* (Neue Züricher Zeitung, 23.5.75)

"Einen triumphalen Empfang bereitete die Bevölkerung am 20. Mai in den Städten des Südens den Streitkräften der 'Linken'", berichtete die französische Zeitung Le Monde am 22.5.. *"Während der Nacht von Tschepone aus anrückend, kamen die Truppen des Pathet-Lao gegen 11.00 Uhr morgens in diesen kleinen Marktflecken 35 km nordöstlich Savannakhets an. Schon der Empfang war herzlich, auf de Straße von Seno nach Savannakhet wurde es ein Triumph.*

Vor dem Militärkonvoi, auf den Kühlern von Kleinlastern des amerikanischen Entwicklungsdienstes (US-AID) oder eigenen Fahrzeugen zogen die Schüler, – die die Neutralisierung der Stadt erzwungen hatten – sie sangen Volkslieder, in denen der Friede und die Freiheit verherrlicht werden ... Auf den Transparenten ist zu lesen: 'Willkommen den patriotischen Streitkräften' oder auch: 'Die Korruption wird mit der unrechtmäßigen Herrschaft verschwinden, Savannakhet geht guten Zeiten entgegen.'" (Le Monde, 22.5.)

Früchte der Freundschaft mit dem US-Imperialismus

In Bangkok, der Hauptstadt Thailands, leben 3 Mio Menschen, fast alle ohne sanitäre Einrichtungen –
dafür kann im ganzen Land Farbfernsehen empfangen werden

Die Zerschlagung der "amerikanischen Agentur für internationale Entwicklung"

Die andere Front der Volksmassen richtet sich gegen die zweite Säule der US-Einmischung, die "amerikanische Agentur für internationale Entwicklung" USAID. Um den Schein der Nichteinmischung und Respektierung der Neutralität von Laos nach dem Abkommen von 1962 zu wahren, war diese Organisation vom US-Kriegsministerium gegründet worden, um unter ihrem Deckmantel US-Militär- und Zivilberater einzuschleusen, die die US-Marionetten-armee und Marionettenverwaltung ausbilden und im Krieg gegen das laotische Volk jahrelang leiteten. Obwohl das Abkommen vom Februar

ausbilden und im Krieg gegen das laotische Volk jahrelang leiteten. Obwohl das Abkommen vom Februar

1973 den Abzug allen ausländischen Militärpersonals fordert, halten sich immer noch US-Militärs und thailändische Söldner in Laos auf. Nach der Stuttgarter Zeitung vom 23.5. sind allein in Vientiane 1 000 Amerikaner.

Mit der Besetzung der Büros der USAID durch Demonstranten und der Durchsetzung der Forderung nach Schließung – die US-Regierung mußte dem bereits zustimmen (Neue Züricher Zeitung, 23.5.), wurde den US-Imperialisten auch dieses Instrument aus der Hand geschlagen. Damit sind die entscheidenden Hindernisse für die Erfüllung des Selbstbestimmungsrechtes des laotischen Volkes beseitigt und der Weg offen für die Erfüllung des Laos-Abkommens vom Februar 73.

Die US-Einmischung hat eine lange Geschichte

Die Einmischung der USA geht zurück bis auf den Präsidenten Truman, der 1950 Frankreich beim Versuch unterstützte, Laos wieder zur Kolonie zu machen, nachdem es sich am Ende des 2. Weltkrieges befreit hatte. Nach der Niederlage des französischen Imperialismus 1954 in der Schlacht bei Dien Bien Phu gegen das vietnamesische Volk intervenierten die USA dierekt. Etwa 1960 begannen die USA heimlich (mit Hilfe der USAID) mit der Rekrutierung, Ausbildung und Bewaffnung einer eigenen Söldnerarmee aus Bergstämmen, indem sie kulturelle und andere Unterschiede ausnutzten, um sie gegeneinander aufzuhetzen für die Rekrutierung von Kanonenfutter für den Krieg der Imperialisten. Außerdem rekrutierte der CIA in Thailand Söldner für den Krieg in Laos.

Nachdem diese jedoch den Kampf des laotischen Volkes unter Führung des Pathet Lao nicht eindämmen konnten, begannen die USA 1964 mit heimlichen Bombardierungen. Der CIA gründete dazu eine "zivile Fluggesellschaft": "Air America". Nach Angaben des Pentagon warfen sie auf Laos von 1964-1973 3 Millionen Tonnen Bomben ab. Lange Zeit war Laos das am heftigsten bombardierte Land Indochinas.

Erst 1970 gelang es, die von der US-Regierung und den imperialistischen Komplizen, wie der BRD-Regierung, betriebene Nachrichtenunterdrückung zu durchbrechen und diesen 'heimlichen Krieg' vor den Völkern der Welt aufzudecken.

Der US-Imperialismus wurde 1973 zur Unterstützung des Laos-Abkommens gezwungen.

Die großartigen Siege des Pathet

Laos-Abkommens gezwungen.

Die großartigen Siege des Pathet

Lao in den folgenden Jahren und vor allem die vernichtende Niederlage der Nixon-Regierung bei der Laos-Invasion 1971 zwangen diese zur Unterzeichnung des Laos-Abkommens von 1973.. Dieses war bereits das dritte, das das laotische Volk in seinem langen Kampf mit dem US-Imperialismus schloß (davor 1954 und 1962). Beide Male hatte die USA das Abkommen gebrochen, als die Entmachtung ihrer Marionetten sich abzeichnete. Auch jetzt haben sie wieder alles darangesetzt, um die Koalitionsregierung und die Erfüllung des Laos-Abkommens zum Scheitern zu bringen. So zettelten sie verschiedene Putschversuche rechter Militärs an, die jedoch allesamt an der Wachsamkeit des laotischen Volkes scheiterten.

Die Neo Lao Haksat (Pathet Lao oder Laotische Befreiungsfront) führte den Widerstand des laotischen Volkes bereits seit 1940 gegen die französische Kolonialmacht. Ab 1954 hatte sie über 2/3 des Landes befreit. Die US-Imperialisten haben durch Bombenteppiche weite Landstriche unbewohnbar gemacht, wie die Ebene der Tonkrüge und von 3 Millionen Gesamtbevölkerung 800 000 zu Flüchtlingen gebombt. Die Laotische Befreiungsfront hat jedoch trotz der Bombardierungen und Schwierigkeiten des Krieges den Aufbau der laotischen Gesellschaft vorangetrieben, 60 ethnische Gruppen geeint, wirtschaftliche Reformen im ganzen Land durchgeführt. Fabriken und Schulen wurden in Höhlen in den befreiten Gebieten gebaut, die Felder bei Nacht bestellt. Inzwischen wurden Teile der zwangsvertriebenen Bauern wieder in ihre Heimatgebiete zurückgeführt. Der Aufbau des Landes ist überall in Angriff genommen.

Auch in Laos ist der US-Imperialismus am unbeugsamen Widerstand des Volkes gescheitert! **H.L.**



Im befreiten Phnom Penh: Son Sen, der Generalstabschef der Volksbefreiungsstreitkräfte im herzlichen Gespräch mit Kämpfern einer Panzereinheit

Kambodscha: Neutralität und Blockfreiheit

Gute Nachbarschaft mit Thailand / Erklärung der GRUNK über die Grenzen

Das Ministerium der Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) weist die Meldung zurück, wonach Kambodscha territoriale Ansprüche gegenüber Thailand erhebe. Im folgenden eine Übersetzung der Erklärung der GRUNK.

"In den letzten Tagen hat die westliche Presse die Meldung verbreitet, wonach Kambodscha von Thailand ultimativ gefordert habe, es solle binnen einer Woche seine Grenzen um einen Kilometer zurücknehmen.

Das Propaganda- und Informationsministerium der Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha dementiert kategorisch diese Meldung, die in jedem einzelnen Punkt erfunden ist. Es ist der heimtückische Versuch und eine Provokation, um noch mehr die Weltöffentlichkeit über die Nation und das Volk von Kambodscha zu täuschen. Die Meldung ist Teil der Manöver der amerikanischen Imperialisten und ihrer Komplizen, die unaufhörlich und immer wieder aufs neue dabei sind, diese oder jene Sache zu erfinden, um der Nation und dem Volk von Kambodscha Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Nation und das Volk von Kambodscha halten sich fest an die Politik der Neutralität und der Blockfreiheit. Sie halten an der Notwendigkeit fest, in Frieden und Ruhe mit allen ihren Nachbarländern zu leben. In der Vergangenheit hat Kambodscha niemals Thailand oder ein anderes Land angegriffen, und es hat niemals irgendeinem Land erlaubt, Militärstützpunkte in Kambodscha zu errichten, um irgendein anderes Land anzugreifen. Ganz im Gegenteil, es gibt nur gewisse Nachbarländer Kambodschas, die den amerikanischen Imperialisten gewohnheitsmäßig als Militärstützpunkte gedient haben, um immer wieder Kambodscha anzugreifen. Kürzlich noch, während der Affäre mit dem amerikanischen Schiff "Mayaguez", haben die amerikanischen Imperialisten ihre Militärstützpunkte in Thailand benutzt, um erneut Kambodscha anzugreifen.

Trotz der Ereignisse, die geschehen sind, wünschen Nation und Volk von Kambodscha nur, daß beide Länder, Kambodscha und Thailand, immer in guter Nachbarschaft, Frieden und Ruhe zusammenleben, jedes innerhalb seiner Grenzen.

Phnom Penh, den 19. Mai 1975"

Sihanoukville bombardiert

Unter dem Vorwand der Rückeroberung der Mayaguez haben die US-Imperialisten die kambodschanische Hafenstadt Sihanoukville bombardiert. Die Mission der Kambodschanischen Regierung in Paris teilt über die Bedeutung der Stadt mit:

"Sihanoukville ist ein wichtiges wirtschaftliches Zentrum wegen seiner Industrie und seines Handelshafens. Es gibt dort eine Ölraffinerie, eine Montagefabrik für Traktoren, Lebensmittelfabriken, eine Brauerei, ein Kühlhaus und Lagerhallen für den Handel mit dem Ausland über den großen und tiefen Hafen.

Bevor der Feind besiegt wurde, hat er viele Gebäude, Material und Fabriken zerstört, u. a. die Ölraffinerie, den Wasserturm für die Trinkwasserversorgung und das Elektrizitätswerk. Kürzlich, am 15. Mai haben die amerikanischen Imperialisten den Hafen, die Ölraffinerie und den Flugplatz Kang Kug bombardiert."

rikanischen Imperialisten den Hafen, die Ölraffinerie und den Flugplatz Kang Kug bombardiert."

Ein Lump im Talar

Ein Lump im Talar

Mit Spendengeldern nicht kranken Kindern, sondern reichen Vietnamesen geholfen

Durch die westdeutschen Gemeindehäuser reist derzeit der Pfarrer Fritz Berghaus, Leiter der "Aktion Friedensdorf" in Südvietnam und Verwalter von Millionenbeträgen an Spenden. Er berichtet von *"seiner langen Odyssee ... während der letzten Kriegstage in Vietnam"* und über seine *die den Kindern galt"* (General-Anzeiger der Stadt Wuppertal vom 20. Mai).

Wem die Sorge dieses Gottesmannes tatsächlich galt, das hat jetzt der Korrespondent der "Welt" in Saigon enthüllt. *"Die 14 kranken vietnamesischen Kinder, die Berghaus in Sicherheit zu bringen versprochen hatte und für die er angeblich Plätze im Hubschrauber reserviert hatte, wurden vor dem verschlossenen Eisentor der amerikanischen Botschaft von Berghaus und seinem Begleiter zurückgelassen."* (Die Welt vom 22. Mai) Stattdessen *"waren der gute Hirte, sein vietnamesischer Direktor, der Schwager des Direktors und weitere 11 Verwandte sowie drei reiche Chinesen auf dem Dach der amerikanischen Botschaft in einen Evakuierungshubschrauber ... gestiegen."*



Der Gottesmann Berghaus, Leiter der "Aktion Friedensdorf": reisender Lump in Sachen Wohltätigkeit.

Der ausgeflogene "vietnamesische Direktor" und Leiter des "Friedensdorfes" war ein Oberst Manh. Ein zurückgelassenes Mädchen berichtet: *"Manh bekam wahrscheinlich Geld von den Chinesen."*

Die vor der Botschaft zurückgelassenen kranken und gelähmten Kinder *"verbrachten eine einsame Nacht voller Schrecken im Stadtzentrum, während Raketen und Geschosse auf den Flugplatz regneten und rings um Saigon die Munitionslager in die Luft flogen".*

Inzwischen hat Berghaus sich zu den Vorwürfen geäußert. Seine Erklärung: *"Es war alles zu spät"*, und er selber habe unbedingt ausfliegen müssen, denn *"Ich habe in Oberhausen immerhin eine 7000-köpfige Gemeinde zu versorgen. Außerdem hatte ich noch drei Konfirmationen vor mir."* (Die Welt vom 27. Mai)

Für das Spendengeld ist allerdings vom Pfarrer und seinen Kumpanen gesorgt worden. *"Geld ist keins mehr vorhanden,* berichtete der neue Leiter des Friedensdorfes, *weil die Bank Francaise mir sagt, daß der Oberst Manh das gesamte Guthaben des Friedensdorfes abgehoben hat, ehe er abflog."*

Dieser neue Leiter, der sich um die verlassenen Kinder gekümmert hat, war früher von Berghaus entlassen worden, weil er *"einen angeblichen Skandal enthüllte, bei dem es um zwei Millionen Mark im Zusammenhang mit Schiebungen bei einem Bauauftrag des Poliozentrums und Bergerholungsheim gegangen sei."*

W.M.

Spanien will die Sahara räumen

Die spanische Regierung hat erklärt, sie sei bereit, sich aus ihren letzten afrikanischen Kolonien in der Sahara zurückzuziehen. Sie wolle die Forderung mehrerer UNO-Resolutionen erfüllen, die die Selbstbestimmung der Spanischen Sahara vorsehen. Vorausgegangen waren in der letzten Zeit mehrere Angriffe von Befreiungskämpfern gegen spanische Truppen.

Spenden für Vietnam und Kambodscha

Seit Mitte Februar sind auf die Spendenkonten der Indochina-Komitees insgesamt
101.020,73 DM
überwiesen worden. Davon wurden für Kambodscha 36.284,36 DM und für Vietnam 64.736,37 DM gespendet.

Spendenkonto Kambodscha
130 24 50 (H. Leberl)
Bezirkssparkasse Heidelberg

Spendenkonto Vietnam
437 50 92 (H. Leberl)
Bezirkssparkasse Heidelberg

Die Klassenkämpfe in Portugal

Die Arbeiterklasse und die Volksmassen entfalten den Klassenkampf. / Die Aufgaben der Revolution: Unabhängigkeit vom Imperialismus und Kampf für den Sozialismus

Die Klassenkämpfe in Portugal treiben auf eine Entscheidung zu, die den Gang der Revolution in der nächsten Zeit bestimmen wird. Nach zwei zurückgeschlagenen Putschversuchen der offen bürgerlichen und faschistischen Kräfte im September 1974 und im März 1975 sind Bourgeoisie und Großgrundbesitzerklasse in Portugal keineswegs geschlagen, aber sie treten heute öffentlich kaum mehr in ihrem eigenen Namen auf. Die Arbeiterklasse und Teile des Volkes sind in Bewegung gekommen und suchen nach einem Weg, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Parteien und politischen Kräfte, die heute das Feld beherrschen, beanspruchen alle, für die Arbeiterklasse und das Volk zu sprechen, und proklamieren den Sozialismus als ihr Ziel. Ob die Arbeiterklasse in diesem Streit verschiedener Parteien, die in ihrem Namen auftreten, ihren Weg findet, davon hängt die weitere Entwicklung ab.

In den Streit um die Zeitung "Republica" sind gegenwärtig alle diese politischen Kräfte verwickelt, die öffentlich handeln und das Volk für sich zu gewinnen versuchen. Der Ausgangspunkt dieses Streits: Die Arbeiter der Druckerei haben den Chefredakteur abgesetzt, der von den Aktionären der Zeitung bestellt war, und sie versuchen, die Zeitung unter ihrer Kontrolle erscheinen zu lassen. Für sich genommen ist das ohne Frage ein revolutionärer Schritt: die Durchsetzung des Rechts der Arbeitenden gegen die Ansprüche der Eigentümer im Bereich der Presse.

Der unmittelbare Anlaß für diesen Schritt war jedoch keineswegs revolutionär. Der zur Sozialistischen Partei (PS) gehörende Chefredakteur Rego wollte einen Artikel abdrucken von der Kommunistischen Partei Portugal/Marxisten-Leninisten (PCP/ML) über die Volksrepublik China, in dem die Sowjetunion und die revisionistische Kommunistische Partei Portugal (PCP) unter Führung von Cunhal angegriffen wurden. Die politisch unter dem Einfluß der revisionistischen PCP stehenden Arbeiter verweigerten das.

Die PCP nutzte den Widerspruch zwischen den Arbeitern der Zeitung und dem Chefredakteur, um die Leitung des Blattes in die Hand zu bekommen. Aus dem Widerspruch in der "Republica" wurde so eine Art Putsch. Denn so gerecht es ist, wenn die Arbeiter der Zeitung dieses Instrument der Meinungsbildung im Namen der Arbeiterklasse den Eigentümern aus der Hand nehmen: Es ist keineswegs gerecht, wenn die revisionistische Partei einzelne Belegschaften dazu benutzt, um Positionen innerhalb des bürgerlichen Staatsapparates und der Organe der Meinungsbildung mit ihren Leuten zu besetzen.

Die Revisionisten versuchen in

Die Revisionisten versuchen, in den bürgerlichen Staatsapparat einzudringen

Das genau ist die Vorgehensweise der revisionistischen PCP insgesamt: Sie kämpft innerhalb der bestehenden Institutionen und des nach wie vor bestehenden bürgerlichen Staatsapparates um Positionen und Posten, wobei sie jeweils die von ihr beeinflußten Belegschaften als Werkzeug einsetzt. Sie unternimmt hingegen keinerlei Versuche, die Massen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und zum Aufbau repräsentativer revolutionärer Organe der Arbeiterklasse und des Volkes zu mobilisieren, in deren Hand dann auch die Besetzung solcher für die ganze Klasse wichtigen Organe wie der Zeitungen übergehen könnte. Stattdessen spricht sich der Führer der Revisionisten, Cunhal, gegen die *"Wählerei aus, die den revolutionären Prozeß störe"*. Verbunden mit der Vorgehensweise der Revisionisten und ohne gleichzeitige Propagierung demokratischer Volksorgane, zu denen ja ebenfalls gewählt werden müßte, ist das keineswegs ein Angriff nur gegen die bürgerlich-parlamentarische Demokratie, sondern gegen die Demokratie insgesamt. Die PCP setzt nicht auf die Demokratie und den revolutionären Willen der Volksmassen. Sie setzt darauf, in die Institutionen des fortbestehenden bürgerlichen Staates einzusickern, um darüber seine Exekutive in die Hand zu bekommen mitsamt der Organe der öffentlichen Meinungsbildung. Das ist keine revolutionäre Taktik, das ist die Taktik des Putsches. Und die Arbeiter, die der PCP folgen, werden als Werkzeuge dieser Taktik benutzt, statt daß deren revolutionäre Bestrebungen entwickelt und in Organen der Volksmacht zusammengefaßt würden. Die revisionistische PCP kann diese Taktik mit einiger Aussicht auf Erfolg gegenwärtig verfolgen, weil der bürgerliche Staatsapparat fortbesteht, aufgrund der Niederlage in den Kolonialkriegen und der Revolte der Offiziere aber schwer erschüttert ist und derzeit von der portugiesischen Bourgeoisie nicht ohne weiteres eingesetzt werden kann. Die Revisionisten bieten sich in dieser Lage als neue Schicht von Trägern der bürgerlichen Herrschaft an, die den bürgerlichen Staatsapparat unangetastet läßt und die Arbeiterklasse an ihn zu binden versucht als Gegenleistung für den Postengewinn einiger Funktionäre.

Die Sozialistische Partei tritt für den bürgerlichen Parlamentarismus ein

Die Sozialistische Partei (PS) unter Führung von Mario Soares hat nicht versäumt, die PCP nach der Übernahme der "Republica" des Putsches auch zu beschuldigen Sie beruft sich auf ihren Erfolg bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung und beansprucht von daher einen größeren Anteil an den öffentlichen Ämtern und Publikationsorganen Die Sozialistische Partei ist eine parlamentarische Partei reinsten Wassers Sie verlangt, daß es zugehen soll wie in jeder anderen bürgerlich-parlamentarischen Republik Einmal alle vier Jahre soll das Volk zwischen verschiedenen Parteien wählen können Und das soll den Ausschlag geben für den Anteil, den die Parteien bei der Besetzung der Ämter und der Leitung der Verwaltung beanspruchen können Den Staatsapparat selber will die PS unangetastet lassen. Und eine Aktion wie die der Drucker in der "Republica" sieht die Sozialistische Partei als einen unerlaubten Eingriff der Arbeiter in die Belange der Parteien an.

Gleich nach der Absetzung des Chefredakteurs Rego von der Sozialistischen Partei hat die Sozialistische Partei zu Demonstrationen vor dem Gebäude der "Republica" aufgerufen

Gebäude der "Republica" aufgerufen

und versucht, die Zeitung zu besetzen, während das Gebäude von den Druckern gehalten wurde. Getrennt wurden die beiden Parteien schließlich durch Soldaten, welche die Bewegung der Streitkräfte (MFA) einsetzte.

Die Führung der Sozialistischen Partei unter Soares nahm daraufhin die Gelegenheit wahr, es ihrerseits mit einer Art Putsch zu versuchen. Sie rief zu Massendemonstrationen ihrer Mitglieder in Lissabon und Porto, den beiden größten Städten des Landes, auf und stellte der Bewegung der Streitkräfte und den übrigen Parteien ein Ultimatum: Ihre zwei Minister und fünf Staatssekretäre würden erst dann wieder in der Regierung mitarbeiten, wenn die Sozialistische Partei "in Verwaltung, Gewerkschaften und Information ... gerecht beteiligt" würde. Gleichzeitig verlangten sie die endgültige Festlegung auf die politische Form einer parlamentarischen Republik.

Die Sozialistische Partei bekämpft den Aufbau von Räten

Dieses Ultimatum der Sozialistischen Partei, das sich stützen kann auf den Erfolg bei den Parlamentswahlen und somit eine bürgerliche Form der demokratischen Rechtfertigung für sich anführen kann, richtet sich indes nicht nur gegen das Ämterspringen der revisionistischen PCP. Es richtet sich zugleich gegen alle Bestrebungen, Organe der Volksmacht aufzubauen und den Willen des Volkes in den öffentlichen Angelegenheiten unmittelbar zur Geltung zu bringen.

Soares erklärte: *"Seine Partei lehne auch Vorstellungen ab, die Staatsmacht auf Arbeiter- und Nachbarschaftsräte zu gründen. 'Mit seiner Stimmabgabe hat sich das portugiesische Volk für die politischen Parteien entschieden. Die Bindung zwischen den Streitkräften und dem Volk ist unentbehrlich, aber das muß korrekterweise seinen politischen Ausdruck durch die Parteien finden.'"* (Frankfurter Rundschau vom 23. Mai) Soares polemisierte in diesem Zusammenhang gegen eine "Albanisierung" Portugals (Süddeutsche Zeitung vom 23. Mai).

Mit anderen Worten: Die Sozialistische Partei ist dagegen, daß die arbeitenden Massen sich selbst in Bewegung setzen, sich organisieren und die öffentlichen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Sie ist für eine parlamentarische Republik mit Parteien und abgesondertem Staatsapparat, der über den arbeitenden Massen steht und als Garant des Privateigentums und der bürgerlichen Ordnung benötigt wird. Das ist im Streit um die "Republica" mit hinreichender



Gegen den festen Zusammenschluß von Arbeitern und Soldaten müssen die Reaktionäre unterliegen.

die Reaktionäre unterliegen.

Deutlichkeit erklärt worden Auf die Sozialistische Partei konzentrieren sich daher heute sowohl die Hoffnungen großer Teile der besitzenden Klassen Portugals auf Erhalt ihrer Klassenherrschaft als auch die Hoffnungen insbesondere der westeuropäischen und westdeutschen Imperialisten.

Die bürgerlichen Arbeiterparteien müssen an die Massen appellieren

Beide Parteien aber, die revisionistische PCP und die Sozialistische Partei, müssen bei ihrer Rivalität um die Staatsämter an die Massen appellieren. Die PCP versucht, die Belegschaften und die Arbeiter in den Gewerkschaften für sich in Bewegung zu setzen. Die Sozialistische Partei, die organisatorisch weniger fest in der Arbeiterklasse verankert ist, versammelt ihre Mitglieder zu Kundgebungen und Demonstrationen. Ob sie es wollen oder nicht, tragen sie dazu bei, die Massen zum bewußten politischen Leben zu erwecken und in die Auseinandersetzung über den Fortgang der Bewegung hineinzuziehen.

Beide Parteien, die revisionistische PCP und die Sozialistische Partei, haben gemeinsam ihre Ablehnung einer Massenmobilisierung mit dem Zweck, Organe der Volksmacht aufzubauen. Auch Cunhal, der Sekretär der revisionistischen PCP, hat sich *"für eine pluralistische Demokratie ... ausgesprochen. 'Wir wünschen ein politisches Regime, in dem es Freiheit für die Bildung und die Arbeit politischer Parteien gibt.'"* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Mai), hat er im portugiesischen Fernsehen erklärt.

Dennoch ist die Rivalität zwischen ihnen so stark und gegenwärtig so zugespitzt, daß sie auf eine Entscheidung hindrängt.

Die Bewegung der Streitkräfte drängt auf Einheit der Parteien

Die Rivalität zwischen der revisionistischen PCP und der Sozialistischen Partei kann gegenwärtig über ihre bürgerliche Gemeinsamkeit dominieren, weil es eine Massenbewegung für Arbeiter- und Nachbarschaftsräte unter revolutionärer politischer Führung wohl erst in Ansätzen gibt.

Die Rivalität zwischen den Parteien wird im Augenblick nur gedämpft durch den Druck der Bewegung der Streitkräfte (MFA). Wo immer die beiden großen Parteien aufeinander losgehen wollen, gehen Soldaten dazwischen und verpflichtet der Revolutionsrat der MFA die Parteien auf Einheit. So geschah es vor dem Gebäude der "Republica". So ist die Erklärung des Revolutionsrates nach den Ereignissen gehalten. Die Sozialistische Partei bekommt eine Rüge wegen "demagogischer Propaganda" und die Antwort, daß *"die Verteidigung der Freiheiten nicht ein Exklusivrecht einer politischen Partei sei"* (Frankfurter Rundschau vom 24. Mai). Der Streit um die Zeitung wird *"als ein einfacher Konflikt zwischen der Verlagsleitung und den Arbeitern dieser Zeitung dargestellt"* (Frankfurter Rundschau vom 24. Mai), als ein *"Arbeitskampf"* (Süddeutsche Zeitung vom 24. Mai). In der Sache selbst ist vorläufig nichts entschieden. Die Parteien werden zu Gesprächen eingeladen.

Das ist ein Rezept für den Moment, aber nicht für die Dauer. **Die Lage ist vielmehr äußerst labil und muß nach einer der Richtungen: entweder bürgerlich-parlamentarische Republik nach Vorstellungen der Sozialisten oder Übernahme der Exekutive durch eine Koalition unter Führung der Revisionisten oder aber Aufbau von Organen der Volksmacht gelöst werden.** Soweit Äußerungen einzelner Mitglieder des Revolutionsrates der MFA bekannt geworden sind, muß man den Schluß ziehen, daß Anhänger aller drei Richtungen in ihm vertreten sind, so daß der Revolutionsrat selbst nur eine sehr zerbrechliche Einheit bildet.

Die Aufgaben der portugiesischen Revolution:

1. Die Entkolonialisierung

Die objektiv in Portugal bestehenden Widersprüche können nur dann tatsächlich gelöst werden, wenn es gelingt, den alten Staatsapparat zu zerschlagen und aufzulösen und eine Staatsmacht aufzubauen, die unmittelbar vom Volk unter Führung der Arbeiterklasse getragen wird. Welche Widersprüche sind das, die gelöst werden müssen, damit Portugal aus Armut und Elend, die es gegenwärtig gefangen halten, sich befreien kann?

Als erstes muß der Widerspruch zwischen Portugal und seinen Kolonien vollständig gelöst werden. Der Versuch zur Aufrechterhaltung der Kolonien hat in Portugal nur den Großgrundbesitzern und einem Teil der Kapitalisten genützt. Die Großgrundbesitzerfamilien besitzen z.T. in den Kolonien bzw. ehemaligen Kolonien riesige Plantagen. Ein Teil der Kapitalisten ist mit seinen Waren auf dem Weltmarkt der Konkurrenz so hoffnungslos unterlegen, daß er den geschützten Markt der Kolonien brauchte bzw. aus den Kapitalanlagen dort, besonders in der Rohstoffindustrie, bedeutende Extraprofite ziehen konnte.

Für die Arbeiter, die Bauern und die Kleinbürger aber wurden die Kolonien zur unerträglichen Last. Die Kolonialkriege legten ihnen eine ständig wachsende Steuerlast auf, forderten lange Dienstzeiten bei der Armee und einen wachsenden Blutzoll. Die Kriegslasten machten 40 % aller öffentlichen Ausgaben aus (Handelsblatt vom 17. September 1974). Aber auch für einen Teil der Kapitalisten waren die Kolonien zu einem Hemmschuh geworden. Solange die besitzenden Klassen Portugals die Kolonien ausplündern konnten, hatten sie nur geringes Interesse an Kapitalanlagen in der heimischen Industrie und Landwirtschaft, sondern neigten dazu, ihre Extraprofite aus den Kolonien zu verprassen.

Im Hinblick auf die Beendigung der kolonialen Unterdrückung gab es deshalb in der Bewegung der Streitkräfte und im ganzen portugiesischen Volk eine verhältnismäßig große Einigkeit. So konnte diese Aufgabe rasch angegangen und – was die politische Entscheidung zur Freigabe der Kolonien betrifft – gegen die Großgrundbesitzer und Teile der bürgerlichen Klasse gelöst werden.

2. Erkämpfung der Unabhängigkeit gegenüber dem Imperialismus

Der zweite Widerspruch, der gelöst werden muß, damit das Land sich entwickeln kann, ist der Widerspruch zum Imperialismus. Portugal ist ein armes, ökonomisch abhängiges Land. Ein ständig wachsender Teil seiner Industrie geht in die Hände imperialistischer Mächte über. Dabei stehen die rasch ansteigenden Direktinvesti-

rasch ansteigenden Direktinvesti-

tionen der westdeutschen Imperialisten an der Spitze und nahmen 1969 nach Schätzungen der "Deutsch-portugiesischen Handelskammer" in Lissabon mit 24 Prozent der gesamten ausländischen Kapitalanlagen den ersten Platz ein. Allein von 1965 bis Mitte 1973 stiegen sie von 28 auf 163 Millionen DM (BRD-Politik. Berlin/DDR 1972, Seite 247, und Handelsblatt vom 17. September 1974). Billige Waren aus den weiter entwickelten imperialistischen Ländern überschwemmen den portugiesischen Markt. Auch hier steht Westdeutschland als größtes Lieferland, das 15,4 % der Einfuhren bestreitet, an der Spitze. Das Handwerk und die traditionelle Kleinindustrie werden dadurch vernichtet. Die Bauern haben immer mehr Mühe, sich über Wasser zu halten. Eine wachsende Zahl von Portugiesen wird arbeitslos und ist gezwungen, sich als Gastarbeiter in den imperialistischen Ländern ausbeuten zu lassen. Die Investitionen aus den imperialistischen Ländern in Portugal tragen nicht dazu bei, dessen ökonomische Selbständigkeit zu entwickeln und eine eigene Industrie zu schaffen. Hauptsächlich handelt es sich um Montagewerke und Zulieferbetriebe von großen Konzernen, in denen Halbprodukte hergestellt werden – berechnet auf die Bedürfnisse des imperialistischen Landes.

Die ökonomische Abhängigkeit Portugals vom Imperialismus, insbesondere vom westeuropäischen Imperialismus mit dem westdeutschen an der Spitze, ist gegenwärtig so stark, daß alle ausländischen Investitionen in Portugal von den bisher erfolgten Nationalisierungen ausgenommen werden mußten. Das Defizit der Handelsbilanz Portugals wächst, und die portugiesische Regierung ist auf der Suche nach Krediten der Imperialisten. Bis heute ist die weitgehende Liberalisierung der Kapitaleinfuhr und der Gewinnübermittlung, wie sie das

Fortsetzung nächste Seite links oben

Caetano-Regime zur Freude der Imperialisten eingeführt hat, nicht angetastet worden. Trotzdem sind seit dem Sturz des Caetano-Regimes die privaten ausländischen Investitionen stark zurückgegangen. Die Kapitalisten wollen sehen, wie die Sache läuft. Um Einfluß auf den Gang der Dinge zu behalten, drängen gegenwärtig alle bürgerlichen Parteien in Westdeutschland darauf, staatliche Kredite an Portugal zu geben. Die portugiesische Regierung will Bedingungen vorlegen für ausländische Investitionen. Sie kommt damit nicht recht voran: Der Wunsch nach Wahrung der Unabhängigkeit des Landes, der strenge Bedingungen für ausländisches Kapital erfordern würde und ein Außenhandelsmonopol des Staates, steht im Widerspruch zum Wunsch nach möglichst reichlichem Zufluß ausländischen Kapitals, das nur kommt, wenn es Extraprofite erwarten und seine Bedingungen durchsetzen kann.

Solange die ökonomische Abhängigkeit besteht, kann auch die politische Abhängigkeit Portugals nicht wirklich überwunden werden. Portugal ist heute Mitglied des imperialistischen NATO-Bündnisses. Auf seinem Boden befinden sich Stützpunkte der USA und der westdeutschen Bundeswehr. Unabhängig von der militärischen Bedrohung, die ein eventuelles Ausscheren aus dem westlichen imperialistischen Lager für Portugal bedeuten würde, hat es mit Sicherheit ökonomischen Druck zur Folge. Portugal wäre dann gezwungen, bei einer anderen interessierten imperialistischen Macht, bei der Sowjetunion, Hilfe zu suchen und Abhängigkeit einzutauschen.

Schon heute mischen sich die imperialistischen Mächte in die Angelegenheiten Portugals ein und verletzen dessen politische Unabhängigkeit. Das Land wird immer mehr zum Streitobjekt in der Rivalität der beiden Supermächte USA und UdSSR. Der Außenminister der USA erklärt öffentlich: *"Wenn Portugal tatsächlich in kommunistische Hand übergehe, dann müßten sich die Verbündeten über die Folgen klar werden."*

Bei ihren Einmischungen können sich die USA auf das bestehende imperialistische NATO-Bündnis berufen. Eine ähnliche Rechtfertigung für Einmischungen besitzt die Sowjetunion nicht, die darum gezwungen ist, verborgener zu operieren und sich auf die revisionistische PCP als ihre innere Agentur zu stützen. Ebenfalls auf das NATO-Bündnis beruft sich der westdeutsche Imperialismus bei seinen Einmischungen, dessen Politiker nichts dabei finden, ihre Interventionsmöglichkeiten in Portugal im Bundestag zu erörtern. Man stelle sich das Geschrei vor, wenn umgekehrt eine portugiesische Regierung Erklärungen darüber abgeben würde, wie man die Revolution in Westdeutschland zu fördern gedenke.

3. Enteignung von Großgrundbesitzern und Kapitalisten

Seine ökonomische Abhängigkeit vom Imperialismus und die darauf beruhende politische Abhängigkeit kann Portugal nur überwinden, wenn seine arbeitenden Klassen in der Revolution weiterschreiten, Großgrundbesitzer und Kapitalisten enteignen und auf die eigene Kraft gestützt das Land aufbauen. In der Landwirtschaft waren 1965 noch 35 % der Beschäftigten tätig, insgesamt 1,15 Millionen. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt lag bei etwa 20 % und ist bis 1970 auf 16 % zurückgegangen. Die portugiesische Landwirtschaft stagniert. Im Süden des Landes, wo Großgrundbesitz überwiegt, hängt ihr wie ein Klotz am Bein die Drohnenhaftigkeit der reichen Familien, die bei größter Armut der Landarbeiter auch bei der wenig intensiven Landwirtschaft ausgezeichnet leben und zusätzlich Subventionen bekommen. Hier konzentrieren sich die 463 Güter von mehr als 1 000 Hektar. Enteignung der Großgrundbesitzer und gemeinsame Anstrengung der Bauern beim Wasserbau sind hier der Schlüssel für rasche Entwicklung. Gefunden werden kann er nur durch die Revolution.

Im Norden findet sich die Masse der 677.528 Betriebe unter 5 Hektar, Parzellenbesitz, gestreut über Dörfer, in denen einige Großbauern und der Pfaffe das Leben bestimmen. Der Anstoß zum Zusammenschluß dieser Kleinbauern, zu modernen Produktionsmethoden und zur Mechanisierung, kann nur kommen von der Arbeiterklasse, welche die Führung ergreift. Setzt sich die Bourgeoisie im Bündnis mit den Imperialisten durch, dann bedeutet das ein langsames und elendes Bauernsterben, die Abwanderung in die Städte auf der hoffnungslosen Suche nach Arbeit und die Ausbreitung städtischer Slums.

Ähnliches gilt für die Industrie, deren Anteil am Bruttosozialprodukt nur 37 % beträgt. Mehr als 90 % aller Betriebe haben kleinindustriellen und handwerklichen Charakter und haben weniger als 20 Lohnabhängige. Der überwiegende Teil dieser Industrie wird dem Druck der imperialistischen Großkonzerne und einiger sich bildender heimischer Großkapitale weichen müssen, wenn die große Industrie nicht in Volkseigentum überführt und als Hebel zum Aufbau statt als Hebel der Konkurrenz verwendet wird. Hier ist die Konzentration heute schon groß: die 1,4 % der Betriebe mit mehr als 100 Lohnabhängigen beschäftigen schon 44 % der im produktiven Gewerbe Tätigen.

Dieser Weg des Aufbaus, bei dem alle nationalen Ressourcen eingesetzt werden, kann nicht gemeinsam mit der bürgerlichen Klasse Portugals und den Imperialisten beschritten werden, sondern muß gegen sie freigekämpft werden (Alle Angaben: Portugal-Heft der Allgemeinen Statistik des Auslandes, 1973).

Bis heute hat die von der MFA getragene Regierung etwa 30 % der Industrie nationalisiert (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. April) und eine vorsichtige Landreform versprochen. Die meisten dieser Maßnahmen verlaufen aber noch ohne direkte Einbeziehung der arbeitenden Massen, im wesentlichen als ein Verwaltungsakt. Das kann ohne die Bildung revolutionärer Organe der Volksmacht auch gar nicht anders sein. Es wird dadurch nicht die Bourgeoisie enteignet, sondern einige Bourgeoisfamilien werden entmachtet, während die bürgerliche Klasse weiterhin die Ökonomie beherrscht.

Nur die Revolution macht es möglich, die bestehenden Widersprüche im Interesse der arbeitenden Massen zu lösen

Der Sturz des Caetano-Regimes durch die Bewegung der Streitkräfte im April 1974 hat nicht die Frage entschieden, welche Klasse in Portugal herrschen und welchen Weg der Entwicklung das Land nehmen wird. Aber dieser Staatsstreich der linken Offiziersbewegung hat die Schleusen geöffnet für eine Entwicklung der Klassenkämpfe, durch die diese Frage entschieden wird. Gegenwärtig werden immer breitere Schichten des portugiesischen Volkes in die politische Bewegung hineingerissen. Nach den Arbeitern der großen Städte, den Landarbeitern des Südens sind kürzlich die Fischer in den Streik getreten. Je breiter die Schichten sind, die in die Politik hineingerissen werden, um so besser entwickelt sich die Lage für die Revolution. Denn die Revolution ist die einzige Antwort auf die Widersprüche der portugiesischen Gesellschaft, die mit den Interessen der großen Mehrheit übereinstimmt.

Noch sind sehr viele Fragen ungeklärt; insbesondere hat sich eine deutliche und klare Führung der revolutionären Kräfte nicht herausgebildet, und unter den organisierten Arbeitern haben offenbar die Revisionisten noch die Führung. Aber die zunehmende Polemik der bürgerlichen Arbeiterpolitiker gegen den "Utopismus" der Arbeiterräte, gegen die "Albanisierung" und gegen die Existenz bewaffneter "Revolutionärer Brigaden" außerhalb der Armee deutet auf Fortschritte hin.

Von den Befreiungskämpfen der Völker der Dritten Welt ist der Funke der Revolution nach Europa übergesprungen. Die herrschenden Klassen in Westeuropa, in den USA und in der Sowjetunion werden versuchen, ihn auszutreten. Die westdeutsche Bourgeoisie versucht, dabei eine führende Rolle zu spielen. Das westdeutsche Kapital hat in Portugal stark investiert, das Caetano-Regime und seine Kolonialkriege in Afrika sind lange Zeit von der westdeutschen Bourgeoisie direkt unterstützt worden. Heute spricht diese wieder von "Hilfe für Portugal". Bei der "Demokratisierung" soll geholfen werden. Gesetzt wird wird dabei auf die Führung der Sozialistischen Partei unter Soares, die enge Beziehungen zur westdeutschen SPD unterhält und – solange ein neuer Rechtsputsch aussichtslos erscheint – auch von der CDU gelobt wird. Für die westdeutsche Arbeiterklasse besteht deshalb besondere Veranlassung, die Entwicklung der Klassenkämpfe in Portugal genauer zu verfolgen und der eigenen Bourgeoisie bei ihren imperialistischen Bestrebungen und Aktionen entgegenzutreten. Wenn die Arbeiter und Bauern in Portugal sich vom Druck des -Imperialismus befreien und ihre eigene Bourgeoisie schlagen können, so ist das ein großer Schritt auch für die Revolution in Westdeutschland.

W.M.

Sinai:
Weitere Verwüstungen durch Israel

In dem Gebiet Rafah, im Nordosten der Sinai-Halbinsel, wurden Tausende von Obstbäumen in voller Blüte mit Bulldozern entwurzelt, die arabischen Bewohner vertrieben, ihre Häuser zerstört und anschließend die Schule und die Moschee dem Erdboden gleichgemacht, um an ihrer Stelle jüdische Siedlungen zu errichten.

Dies geschieht nach dem selben Modell, wie die Israelis es auch auf den Golan-Höhen und in Westjordanien gemacht haben. M.Oded, Mitglied eines benachbarten Kibbutz, sagte: *"Die vertriebenen Bewohner, deren Häuser und Hab und Gut vernichtet wurden, kehren auf ihr Land zurück, um als Tagelöhner bei den neuen Herren ihres Besitzes zu arbeiten. Einige Israelis empören sich über diesen Zynismus und beschäftigen keine Araber – aus Sicherheitsgründen."* (Le Monde, 15.5.75) Die Kolonisierung begann in Rafah schon 1969.

1972 verjagten die Soldaten des General Sharon, der im Oktoberkrieg 1973 die Operation gegen Ägypten leitete, 10 000 Bauern und Beduinen, zerstörten ihre Häuser mit Bulldozern oder Dynamit, vernichteten die Ernten, schütteten die Brunnen zu. Die Bewohner einiger umliegender Kibbutzim (zionistische Wehrdörfer) protestierten zwar heftig, was aber ohne Erfolg blieb. Während des Oktoberkrieges 1973 wurden weitere 1 000 Menschen vertrieben und 36 000 ha fruchtbaren Bodens beschlagnahmt. Im Herzen des Gebiets von Rafah entsteht der Traum des ehemaligen israelischen Verteidigungsministers Dayan: die Stadt Yamit. Mit Hilfe von arabischen Arbeitern gebaut, soll diese Stadt von den neuen Einwanderern aus der Sowjetunion bewohnt werden. Es gibt nur noch ein "Hindernis": zwischen der Stadt und dem Meer leben auf einem 2 km breiten Streifen noch Tausende Araber. Auch diese fruchtbare Oase wird evakuiert: ihre Bewohner haben grüne Karten erhalten, die sie zum Bleiben bis zum 15.5.75 berechtigte. Ein Greis erzählt: *"Wir wurden von den Ottomanen, den Engländern und den Ägyptern beherrscht, aber keiner rührte den Boden an, auf dem wir leben. Die Israelis jedoch haben nur ein Prinzip: uns zu vertreiben."*

Man sieht also: die Zionisten haben ihre Politik des Kein-Stein-auf-dem-anderen-lassens nicht aufgegeben. Alle Behauptungen zionistischer Führer, sie seien in den besetzten Gebieten, um ein gutes Zusammenleben mit den Arabern bemüht, werden durch ihre Taten Lügen gestraft.

mb

Westjordanien:
Aufschwung der Kämpfe

Seit dem Oktoberkrieg 1973 haben die Kämpfe in Westjordanien, seit 1967 von den Israelis besetzt, einen großen Aufschwung genommen. Die Unterdrückungsmaßnahmen der Zionisten scheitern immer mehr.

Seit dem 1. Mai haben 25 Aktionen stattgefunden und in dem Zeitraum vom 1.4.74 bis 31.3.75 sind nach Angaben des israelischen Polizeiministers Chlomo Hillel bei Aktionen der Fedayin 82 Menschen getötet worden, im Vergleich dazu: 9 in den 12 Monaten zuvor. Gegen zwei Städte in Westjordanien, Ramallah und Bireh gingen die Zionisten massiv vor: zahlreiche Geschäfte wurden geschlossen, allen Bewohnern wurde verboten, nach Jordanien zu reisen oder Besuche, auch nahe Verwandte, aus arabischen Ländern zu empfangen. (Le Monde, 21.5.75)

In zahlreichen Prozessen sind Palästinenser angeklagt, einer der Widerstandsorganisationen anzugehören. Es sind alles Militärgerichtsprozesse, in denen die Angeklagten keinerlei Rechte haben und das Urteil vorher fest steht. Nach Augenzeugen wiesen die Angeklagten starke Anzeichen von Folterungen auf, z. B. Wunden von ausgedrückten Zigaretten im Gesicht und am Hals. Auf das Gericht macht dies keinen Eindruck, auch wenn die Angeklagten die anwesenden Agenten des Shin Beth (israel. Geheimdienst) als ihre Folterer identifizieren.

Der Widerstand im besetzten Westjordanien wird von der Nationalen Palästinensischen Front organisiert.

Die Nationale Palästinensische Front (NPF), ein Teil der PLO, ist die Organisation in den besetzten Gebieten, die alle Schichten des palästinensischen Volkes umfaßt. Von ihr organisiert wurden z. B. die Streiks der arabischen Arbeiter während des Oktoberkrieges, der Boykott der Araber in Jerusalem bei den Stadtwahlen im Dezember 73, sowie die ganzen Aktionen und Demonstrationen der palästinensischen Bevölkerung bei Arafats Auftritt in der UNO. Es vergeht keine Nacht, in der nicht eine Bombe explodiert, sei es in einer Bank oder einem Touristik-Büro, in der nicht ein Molotow-Cocktail gegen israelische Militärfahrzeuge oder Gebäude fliegt, in der nicht Sabotage an Eisenbahnlinien vorgenommen wird. An einem öffentlichen Gebäude wird plötzlich am hellichten Tage die palästinensiche Fahne hochgezogen. Auf all das antworten die Zionisten mit verschärfter Unterdrückung: bis zu den Zähnen bewaffnete Militärpatrouillen kontrollieren auch tagsüber die Straßen, "Vorbeuge-Verhaftungen" sind alltäglich.

Die Herrschaft der Zionisten ist unsicher geworden, das zeigen die Vorgänge im besetzten Westjordanien.

mb

Teheran:
2 US-Offiziere erschossen

In Teheran haben Guerillas 2 amerikanische Offiziere erschossen. Wer diese Guerillas sind etc., wurde nicht gemeldet.

Gleichzeitig wurden aber folgende Enthüllungen zusätzlich im Hessischen Rundfunk am 21.5. in den 12.00 Uhr-Nachrichten gebracht:

200 dieser sogenannten Guerillas sind entweder in Kämpfen mit der Polizei in Persien gefallen oder hingerichtet worden. Mindestens 3 000 dieser "Guerillas" sitzen nach einer Aussage des Schahs in Gefängnissen.

Die amerikanische Militärmission, der auch die getöteten Offiziere angehörten, besteht aus 1 000 Zivilpersonen und 2 000 Militärpersonen.

Dortmund:
Nahostkomitee gegründet

Dortmund. Am 24.5.1975 fand in Dortmund eine Palästina-Veranstaltung statt, zu der der Initiativkreis für ein Nahost-Komitee Dortmund und der arabische Jugendverband Dortmund aufgerufen hatten.

Circa 350 Personen, die Hälfte davon arabische Freunde und Kollegen, besuchten diese Veranstaltung, die zwei Ziele hatte:

Erstens sollte informiert werden über den Kampf des palästinensischen Volkes für Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Zweitens sollte mit dieser Veranstaltung ein Nahost-Komitee Dortmund seine Arbeit aufnehmen.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde durch ein Referat, durch Dias und Filme über die geschichtliche Entwicklung und aktuelle Lage des Palästina-Konflikts berichtet.

Zum Abschluß der Veranstaltung verabschiedeten die Anwesenden noch einstimmig eine Entschließung mit folgendem Inhalt:

"Die Teilnehmer der Palästina-Veranstaltung vom 24.5.1975 in Dortmund haben sich an diesem Abend über das Palästina-Problem informiert. Sie stellen fest, daß der Kampf des palästinensischen Volkes für Selbstbestimmung und gegen jede ausländische Einmischung gerecht ist und jeder nur möglichen Unterstützung bedarf.

Die Anwesenden begrüßen die Gründung eines Nahost-Komitees in Dortmund, da dieses eine geeignete Form für die Unterstützung des Kampfes der arabischen Völker für Selbständigkeit und Unabhängigkeit ist. Solidarität mit dem Befreiungskampf der arabischen Völker!"

Auf der Veranstaltung wurde eine Spendensammlung für die PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) durchgeführt, die 285 DM ergab.

–a.z., Mitglied des Nahost-Komitees Dortmund–

Die Herrschaft der Zionisten ist unsicher geworden
ZANU-Veranstaltungen

Freiburg. Am Freitag, den 23.5.75, fand in Freiburg eine Veranstaltung des Afrika-Komitees und der Aktion Dritte Welt zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe (Rhodesien) gegen das weiße Siedlerregime statt.

Drei Genossen der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) waren zu dieser mit 500 Menschen gut besuchten Veranstaltung erschienen, unter ihnen Rex Chiwara, der Vertreter der ZANU für Westeuropa.

Mehrere Lieder in ihrer Sprache, die die drei Genossen mit mitreißender Begeisterung unter viel Beifall vortrugen, zeigten uns, wie lebendig sich der Kampf des Volkes von Zimbabwe und sein Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit auch in seinen Liedern ausdrückt.

Nicht zuletzt das Sammlungsergebnis von 1 367 DM und 200 DM Einzelspende, die für eine Druckmaschine für die ZANU gegeben wurden, zeigt, daß den Teilnehmern dieser erfolgreichen Veranstaltung die Notwendigkeit der Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker lebendig bewußt gemacht wurde.

–e.l., Afrika-Komitee, Freiburg–

ZANU-Spendenkonto
Nr. 10 68 326
Volksbank Mannheim

Frankfurt. Auf Einladung der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) berichteten drei Vertreter der ZANU über den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gegen das rhodesische Siedlerregime. Obwohl nur 60 Teilnehmer zu der Veranstaltung gekommen waren, wurden 1 228 DM gespendet, davon 600 DM von dem Heimkollektiv des Dietrich-Bonhoeffer-Heims, wo die Veranstaltung stattfand.

Ford läuft fort

Da, schau mal her, da rennt
Der Ami-Präsident!

Er läuft vor seinen Leuten weg
Die wollen ihn was fragen
Da kriegt er einen großen Schreck
Und kann kein Wort mehr sagen.

Es läuft der Spitzel, läuft der Dieb
Es läuft gar mancher Wicht
Wenn schneller als dem Pack so lieb
Die Wahrheit kommt ans Licht.

Die Wahrheit jetzt schon jeder kennt
Sie dröhnt in allen Ohren,
Denn darum rennt der Präsident:
Den Krieg hat er verloren!

Was nicht er sagt, macht doch ihn heiß
Es brennen ihm die Sohlen
Und wenn er noch so Reißaus reißt:
Der Teufel wird ihn holen!

Der Teufel sitzt in Vietnam
Und pflanzt dort Reis und Bohnen
In US baut er Weizen an,
Wird ihn auch hier nicht schonen!

Deswegen, schau, drum rennt
Der Ami-Präsident!

–R.G., Westberlin–

Ein Stück über die Arbeiterkämpfe an der Ruhr 1920

Zur Uraufführung der "Ruhr-Kampf-Revue" von Yaak Karsunke in Mülheim am 1. Mai 1975

Die "Ruhr-Kampf-Revue" versucht den Kampf der Ruhrgebietsarbeiter gegen den Kapp-Putsch und gegen die bewaffnete Reaktion im Jahre 1920 nachzuspielen. Und dies nicht aus der Sicht der Sieger, sondern aus der Sicht von Arbeitern, die dabei waren und mit für die Räterepublik gekämpft haben.

Die ungeheure Ausbeutung und die schlechte Lebenslage nach dem Ersten Weltkrieg schafften im ganzen Reich, insbesondere im Ruhrgebiet, eine explosive Stimmung unter den Arbeitern. Die miserable Lage derBergarbeiter schildert in der "Ruhr-Kampf-Revue" ein Gespräch an einer Seltersbude, in dem sich der SPD- und Gewerkschaftsfunktionär Brosse den Fragen klassenbewußter Arbeiter stellt:

Moormann:

'14 bis '18 hieß es, man dürfte der Front nicht mit Streiks in den Rücken fallen. Damals habt ihr uns vertröstet; nach dem Krieg wird die Kohle knapp und der Bergmann stark. Jetzt ist es soweit, jetzt heißt es plötzlich: Aufbau.

Brosse:

Hab ich gewußt, daß wir verlieren? Außerdem haben wir eine Lohnerhöhung rausgeholt.

Jatzek:

15 Prozent – bloß sind die Kohlepreise eine Woche später um 50 Prozent erhöht worden.

Verkäuferin:

Die kosten heute mehr als dreimal soviel wie vor dem Krieg.

Brosse:

Ihr könnt nichts wie meckern. Wir haben erreicht, daß die Schichtzeiten verkürzt worden sind –

Jatzek:

Dafür müssen zweimal die Woche Zwangsüberschichten gefahren werden.

Brosse:

Zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Bergbaus ist bezahlter Urlaub vertraglich vereinbart –

Moormann:

Und zwar je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit ganze drei bis sechs Tage im Jahr.

Den Kapitalisten dagegen geht es relativ gut. Der Arbeiter Moormann liest mit ironischem Kommentar aus einer Zeitung vor:

"Da behaupten gewisse Elemente immer, uns gehts nicht gut. Hier, hör mal: 'Beim Essener Bergwerksverein beschloß der Aufsichtsrat, den Aktionären 12 Prozent für Normalaktien, 17 Prozent für Vorzugsaktien anzubieten.' Die Ahrensbergsche AG Essen zahlt 15 Prozent Dividende, die Magdeburger Bergwerke AG 25 Prozent auf die alten und 28 Prozent auf die neuen Aktien. Sag bloß, ist das kein Aufschwung – anderthalb Jahre nach dem Krieg!"

Und die sozialdemokratische Regierung, durch die Revolution von 1918 an die Macht gekommen, läßt die Kapitalisten gewähren, verbietet Streiks und verspricht die Sozialisierung *"aller dafür reifen Wirtschaftszweige"*.

Über sie heißt es im Prolog der "Ruhrkampf-Revue":

Ein Krieg verloren, dann Revolution:
Die Arbeiterpartei ergreift das Steuer.
Doch ist ihr dieser Sieg nicht ganz geheuer,
denn die Proleten fordern ihren Lohn.
So stützt sich die Regierung auf Soldaten,
verbietet Streik und ruft das Standrecht aus.
Die Bürger spenden spärlich nur Applaus.
Wie lang das gut geht? Dreimal dürft ihr raten.
Dann putschen Reaktion und Generale,
und die Regierung ruft – mit einem Male!
zur Hilfe schnell das Proletariat
und läßt es niederknalln, wenn sie gewonnen hat.
Dergleichen hört man nicht in Heldensagen;
schlimm nur: es hat sich wirklich zugetragen.

Die bewaffnete Macht war ganz auf der Seite der Bourgeoisie, wie aus einem Gespräch in der "Ruhrkampf-Revue" hervorgeht:

Brosse:

Dir hat der Krieg wohl nicht lange genug gedauert?

Krugat:

Kann doch nicht jeder mit 'ner Knarre rumlaufen, Jung.

Jatzek:

Jeder? Wir sind doch die einzigen, die nicht dürfen. Die besseren Herrschaften sind alle 1 a bewaffnet, sind ja auch in der Einwohnerwehr, wo sie keinen von uns nehmen. Die Polizei hat Waffen, die Freikorps haben welche –

Moormann zum Publikum:

Die Freikorps werden von ehemaligen kaiserlichen Offizieren als Freiwilligenverbände aufgestellt. Meist setzen sie sich aus deutschnationalen Studenten zusammen und aus Offiziersanwärtern des Weltkrieges –

Jatzek:

Denen hat der Krieg nicht lange genug gedauert, die wollen noch Karriere machen – bei Herrn Noske, der sie ja so schnell wie möglich in die Reichswehr übernommen hat.

Brosse:

Da sind sie wenigstens unter Aufsicht.

Moormann:

Da sind sie unter sich, meinst du wohl.

In dieser Situation war der Putsch des deutschnationalen Reaktionärs Kapp der Funke, der die Explosion brachte. Die Arbeiter traten in den Generalstreik. Im Ruhrgebiet bewaffneten sich die Arbeiter, indem sie den Einwohnerwehren und der Polizei die Waffen nahmen. Sie befreiten ihre Führer aus den Gefängnissen und bildeten die "Rote-Ruhr-Armee". In heftigen Kämpfen trieben sie die überall stationierten Freikorps aus dem Ruhrgebiet hinaus.

Diesen Kampf gegen die bewaffnete Reaktion führten sie auch fort, als der Kapp-Putsch in Berlin zusammenbrach und die alte Regierung Ebert, Bauer, Noske zur Wiederaufnahme der Arbeit aufrief. Denn die Arbeiter waren zwar gegen Kapp, aber nicht für Ebert und Noske. Die Rote-Ruhr-Armee, die zum größten Teil aus Sozialdemokraten bestand, kämpfte für die sozialistische Räterepublik, die mit Ebert, Bauer und Noske nicht zu erreichen war.

Die Stärke der Ruhrgebietsarbeiter lag in ihrer Geschlossenheit gegenüber der bewaffneten Reaktion. Als dann an der Lippe-Front der Stellungskrieg begann, zeigte sich sehr schnell, daß die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes noch keine einheitliche Klasse war. Die Widersprüche zwischen den Arbeiterparteien SPD, USPD und KPD traten wieder stark hervor; die Verhandlungstaktik der SPD- und Gewerkschaftsspitze konnte große Verwirrung in die Reihen der kämpfenden Arbeiter bringen, denn es gab keine Einheit über den einzuschlagenden Weg, keine einheitliche Organisation, keine einheitliche Führung. Das Kommando der Roten-Ruhr-Armee zersplitterte sich:

Werra:

... Drei Zentralen haben wir jetzt: in Hagen eine, die andere in Essen, und die Mülheimer machen sich offensichtlich selbständig. Jeder weiß was anderes, jeder will was anderes.

Moormann:

Die Sorgen hat die Reichswehr nicht.

Werra:

Alles ein Kommando – und das von allen Seiten. Die haben Militär bis aus Schlesien und Ostpreußen rangekarrt. Der ganze Pott ist praktisch umstellt. In Essen verhandeln sie zwar noch, aber von Watter läßt marschieren.

Jatzek:

Und Severing unterschreibt die Befehle – in der linken Ecke natürlich.

Der großen reaktionären Übermacht konnte die uneinheitliche Rote-Ruhr-Armee nicht lange widerstehen. Reichswehr und Freikorps marschierten schließlich ins Ruhrgebiet ein. Grausam wüteten sie unter den Ruhrgebietsarbeitern; sie rächten sich für die Niederlage, die die Arbeiter ihnen beigebracht hatten.

Eine Szene aus dem Stück: Die Rote-Ruhr-Armee stürmt den Essener Wasserturm.
Die Ruhrkampf-Revue widerlegt die bürgerliche Lüge von der Brutalität der roten Wasserturmstürmer. In Wirklichkeit zeigten die braunen Verteidiger die weiße Fahne und warfen dann Handgranaten zwischen die eindringenden Arbeiter.

Die Ruhrkämpfe von 1920 – ein wichtiger Abschnitt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – beschreibt die "Ruhr-Kampf-Revue", indem sie die Erlebnisse einiger Arbeiter und Arbeiterinnen an verschiedenen Fronten des Kampfes zeigt. Die Handlung ist gelockert durch verschiedene Lieder (Lied vom Funktionär, Lied von der Leitung, Essener Kanonen-Song u.a.). In "Zwischenvorhängen" wird das Geschehen dokumentiert durch Regierungserklärungen, Reichswehrbefehle, Aufrufe und Flugblätter von Gewerkschaft und Parteien usw.

Die "Ruhr-Kampf-Revue" kann mithelfen, das Verhältnis der westdeutschen Arbeiterbewegung zu ihrer eigenen Vergangenheit wiederherzustellen, das durch die Niederlage im Dritten Reich und unter dem Adenauer-Regime gebrochen wurde.

Vorausgesetzt natürlich, die Arbeiter und das Volk könnten sie sehen, was im Rahmen des bürgerlichen Kulturbetriebes nicht sehr wahrscheinlich ist.

Der Essener Kanonen-Song

Wir haben für Krupp die Kanonen gebaut
und die Granaten gedreht.
Herr Krupp hat den Mehrwert eingesteckt
wie das eben so geht.

Mit unseren Kanonen macht Wilhelm den Krieg
die Firma macht ihren Profit
das machen die so über hundert Jahr
jetzt spielen wir nicht mehr mit.

Denn am 19. März ist deutlich zu sehn,
daß es auch anders geht;
weil da nämlich die rote Artillerie
vor Krupp seinem Denkmal steht.

Wir haben ganz einfach die Rohre gedreht
um 180 Grad
in die richtige Richtung – da schossen sie
genauso akkurat.

Herr Krupp steht auf seinem Sockel herum
und sieht auf uns herab,
was im Sarg von ihm noch übrig ist
das dreht sich jetzt im Grab.

Denn wenn das Geschütz, das wir gebaut
erst auf die Ausbeutung zielt,
ist es bald vorbei mit dem Profit
und Krupp hat ausgespielt!

Einem Teil dieser Auflage liegt ein Prospekt über Literatur aus der Volksrepublik China von Guozi Shudian Peking bei.

Veranstaltung zum Kirchenaustritt von K.H. Lechner, vormals Pastor

Der Klerus hatte keine Argumente!

Vor zwei Wochen ist Karl-Helmut Lechner als Pastor in Norderstedt aus der Kirche ausgetreten (vgl. KVZ Nr. 19, Seite 16). Er hat diesen Schritt nicht vollzogen wie einer, der den Glauben wechselt und nun kommunistisch statt evangelisch ist. Karl-Helmut Lechner hat diesen Schritt getan als einer, der im Laufe seiner fünfjährigen kirchlichen Praxis erfahren hat, daß die Religion für die Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung kein Hilfsmittel ist. Vielmehr verdunkelt die Religion den Blick der Arbeiterklasse für ihr revolutionäres Ziel, die Ausbeuterordnung zu stürzen und für den Sozialismus zu kämpfen. Die Marxisten gehen davon aus, daß Religion aus den Mängeln und Notsituationen der Menschen geboren wird. **"Die Ohnmacht der ausgebeuteten Klassen im Kampf gegen die Ausbeuter erzeugt ebenso unvermeidlich den Glauben an ein besseres Leben im Jenseits, wie die Ohnmacht des Wilden im Kampf mit der Natur den Glauben an Götter, Teufel und Wunder erzeugt"**, schreibt Lenin. Was materiell fehlt, ersetzt ideell die Hoffnung auf ein Jenseits, die gleichzeitig die seelische Kraft geben soll, das Unerträgliche, den Mangel zu ertragen.

Der Mensch, der seine Hütte vor dem Blitz nicht schützen kann, weil ihm wissenschaftliche Erkenntnisse und die technischen Möglichkeiten fehlen, einen Blitzableiter zu bauen, erfindet sich sein Totem oder den christlichen Gott, der Felsen zerschlägt, um sich den unerklärlichen Vorgang erklärbar zu machen und um gleichzeitig ein Mittel zu entwickeln, über diesen Gott auf die Natur Einfluß zu gewinnen.

In unserem technisch und wissenschaftlich entwickelten Zeitalter ist zwar die Natur durch den Menschen weitgehend angeeignet, die Religion aber dennoch nicht überflüssig geworden. So wie der Wilde sich die Natur nicht aneignen konnte, so wird dem Arbeiter in der kapitalistischen Produktion verwehrt, sich das von ihm geschaffene Produkt anzueignen, weil Werkzeug und Produkt privates Eigentum des Kapitalisten sind. Der Kapitalist entreißt dem produzierenden Arbeiter sein Produkt und macht ihn so zum ausgebeuteten Objekt. Dies schafft auch in der wissenschaftlich und technisch entwickelten Gesellschaft den Nährboden für religiöse Bedürfnisse. Lenin beschreibt dies so: *"Die Religion ist das Opium des Volkes. Die Religion ist eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenwürdiges Leben ersäufen."* Der tausendfache Mangel, den die Massen erfahren und erleiden müssen, wird darüberhinaus zielstrebig von der Bourgeoisie und ihren kirchlichen Handlangern umgesetzt in schwüle Formen von Jenseitsglauben, Sündenkomplexe, Autoritätsgläubigkeit und irrationalen Wahn – solange nicht bewußte Aufklärung diesem Spiel entgegenwirkt und die Massen von diesen Illusionen befreit.

Die Arbeiterklasse kann und muß dies tun. Sie ist revolutionär. Sie ist es, die den gesamten gesellschaftlichen Reichtum produziert. Und daher ist sie in der Lage, sich selbst und damit die gesamte Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien. Der Weg der Befreiung der Völker Indochinas ist heute dafür das beste Beispiel, an dem wir lernen können.

Aus diesem Grunde stellte die KBW-Gruppe Norderstedt die Veranstaltung zum Kirchenaustritt von Karl-Helmut Lechner am vergangenen Donnerstag unter das Motto: "Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott ...!"

Gekommen waren auf unseren Aufruf hin gut 200 Leute. Drei Stunden lang diskutierten sie mit uns die Frage, wem die Religion denn wohl nützt. In seinem Vortrag erklärte Karl-Helmut Lechner, daß im Sozialismus, wo gemäß den Bedürfnissen der Menschen geplant und produziert wird, die Religion als irrationaler Trost und Ausflucht aus der Wirklichkeit nicht mehr gebraucht wird. Ebenso werden die Hoffnungen und Sehnsüchte der Religion überflüssig sein, da diese von den Menschen selbst konkret formuliert und praktisch in die Tat umgesetzt werden können.

Die meisten Fragen der Anwesenden zielten daher voller Neugier darauf, wie wir in Westdeutschland den Weg zu diesem Ziel zu gehen hätten.

Darüberhinaus war auf der Veranstaltung ein gutes Dutzend Pastoren anwesend. Teilnehmer der Veranstaltung forderten sie auf, sie sollten doch einmal angesichts des Schrittes und der Argumente von Karl-Helmut Lechner von ihrer Warte her begründen, wozu die Religion nütze sei. Da hatte der Klerus keine Argumente! Wenn wir Kommunisten positiv die Ziele der Arbeiterklasse formulieren und die Rolle der Religion dabei aufdecken, ist der einzige Ausweg, der dem Klerus bleibt, die Diffamierung. Daher versuchten die Pastoren den Schritt von Karl-Helmut Lechner, wie vorher schon die Presse, als große menschliche Tragödie jenseits aller Theologie und Politik darzustellen, als Knacks in der psychischen Entwicklung von Karl-Helmut Lechner. Dies ist ganz natürlich, da diese Pastoren als Inhaber des Lehramtes der Religion ihr Gehalt von mindestens 3.500 DM behalten wollten.

Aber nicht einmal mit seiner Demagogie konnte der Klerus landen.

Karl-Helmut Lechners Abkehr von der Religion und seine Mitarbeit im Kommunistischen Bund Westdeutschland hier in Norderstedt verunsicherte besonders die Theologiestudenten und Vikare. Sie sahen lange Zeit in Pastoren wie Karl-Helmut Lechner ihr Vorbild für die "revolutionäre" kirchliche Berufspraxis. Mit einem halbwegs linken Bewußtsein hegen sie die Hoffnung, im kirchlichen Amt ihren Beitrag zur sozialen Revolution leisten zu können, und gerade damit rechtfertigen sie ihre privilegierte und gut bezahlte Stellung. Ihre Haltung erinnert eben stark an den Spruch: "Wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß!"

In den nächsten Wochen erscheint eine Broschüre, die umfassend die Frage der Stellung der Kommunisten zu Religion und Kirche behandelt.

C.C., KBW-Gruppe Norderstedt